



# FREMDENHASS IN DER BUNDESREPUBLIK



## POLITISCHE PROZESSE

### 3 300 Anträge auf Todesstrafe

- 1 300 gegen DEVRİMCI YOL
- 292 gegen DEVRİMCI SOL
- 272 gegen PKK
- 109 gegen TDKP
- 83 gegen EYLEM BIRLIGI
- 79 gegen TIKKO
- 69 gegen PARTIZAN
- 115 gegen DISK

Fortsetzung Seite 4.

## FOLTERKNECHTE

Immer wenn sich Ausländer in der Türkei aufhalten, wird ihnen versichert, daß Folterungen auf den Polizeistationen und in den Gefängnissen nur seltene Ausnahmen seien, die in jedem Fall auf das Härteste bestraft würden. Diese Behauptung ist zwar durch eine Menge von Beweismaterial zu widerlegen; wir wollen uns hier aber einmal mit einem Fall beschäftigen, der zunächst die Behauptungen der Militärjunta zu bestätigen scheint.

Am 26. November 1981 wird der stellvertretende Komissar Mustafa Haskırsız zu 14 Jahren Haft verurteilt, da das Gericht ihn für schuldig befand, den linksorientierten Häftling Zeynel Abidin Ceylan zu Tode gefoltert zu haben. Was war passiert?

Fortsetzung Seite 4

## BIRKOM

### Organisationen aus der Türkei schließen sich zusammen !

Die Zersplitterung der Linken in der Türkei war einer der wesentlichen Gründe mit dafür, daß es der faschistischen Militärjunta so schnell gelungen ist, entscheidende Schläge gegen die fortschrittlichen Kräfte in der Türkei und Nordkurdistan zu führen. Mit Exekutionen bei Festnahmen, Folterungen und Hinrichtungen versucht sie nun schon seit anderthalb Jahren, jeglichen Widerstand auszurotten. Für die oppositionellen Organisationen ist es deshalb wichtiger denn je, sich zusammenzuschließen.

Während in der Türkei und Nordkurdistan entsprechende Gespräche zum Aufbau einer Widerstandsfront noch andauern, sind die Vertretungen im Ausland darangegangen, sich über eine Vereinigung der Aktivitäten zu unterhalten. In gewisser Hinsicht ist dieses Vorhaben auch um Einiges einfacher, als die Verbindung der verschiedenen politischen Bewegungen im Heimatland. Dort gilt es, grundsätzliche Unterschiede bei der Einschätzung wichtiger Fragen auf ein Minimum zu reduzieren, während hier im Ausland die Organisationen alle

die gleichen Bedingungen für ihre Arbeit vorfinden, und es auch in der praktischen Ausrichtung kaum wesentliche Unterschiede gibt.

Es ist wohl undisputabel, daß eine Zusammenfassung der Aktivitäten die Effizienz erhöhen wird. Aber bis auf wenige Ausnahmen (Demo in Duisburg am 12.9.81) hat es unter der Linken aus der Türkei noch keine bedeutenden gemeinsamen Aktionen gegeben.

Jetzt sind zunächst 4 politische Gruppen noch einen Schritt weitergegangen. Sie haben ein gemeinsames Komitee zur Koordinierung der Aktivitäten im Ausland gegründet. Dieses Komitee trägt den Namen: **Antifaschistisches Einheitskomitee im Ausland (BIRKOM)** und wird momentan von den Gruppen:

- Devrimci İsci (Unterstützer von Devrimci Yol in der Türkei)
- Serxwebûn (Unterstützer von PKK in Türkei - Kurdistan)
- Emekçi (Unterstützer von Türkiye Emekçi Partisi)
- Kivılcım (Unterstützer von Sosyalist Vatan Partisi)

Fortsetzung Seite 2

## HUNGERSTREIK

### 7 000 politische Gefangene im Widerstand

aus Protest gegen das faschistische Massaker in Kahramanmaraş, 1978, und gegen die grausamen Haftbedingungen in den Gefängnissen der faschistischen Militärjunta.

#### Reaktion der Junta:

- 3 Gefangene durch Rauch- oder Tränengasbomben ermordet
- Mindestens 60 Verletzte in Metris

Fortsetzung Seite 3



## AUS DEM INHALT:

Einheit .....	S. 2
Widerstand in den Militärgefängnissen .....	S. 3
Folterfälle .....	S. 3
Politische Prozesse .....	S. 4
Interview mit Beobachtern des DISK-Prozesses .....	S. 5
Gedichte für İlhan Erdost .....	S. 6
Interview mit einem CHP-Funktionär .....	S. 7
Beratende Versammlung .....	S. 8
Wirtschaftsrückblick '81 .....	S. 10
Fremdenhaß .....	S. 13
Analyse der Anklageschrift einer DISK-Gewerkschaft .....	S. 16



# WIDERSTAND IN DEN MILITÄRGEFÄNGNISSEN

Während sich eine Delegation des Europarates in der Türkei aufhielt, um mit Juntachef Kenan Evren über seine Art der 'Demokratisierung' zu sprechen, protestierten mehr als 7000 Gefangene in den Militärgefängnissen Mamak/Ankara, Metris/Istanbul und Alemdağ/Istanbul mit Hungerstreiks gegen die Haftbedingungen in den Militärgefängnissen, gegen Folter und Menschenrechtsverletzungen durch die Militärs.

## MAMAK/Ankara

In Mamak führten 3000 Gefangene vom 22. - 26.12.1981 einen Hungerstreik und einen Boykott gegen die Gefängnisordnung durch. Sie erschienen nicht zum Appell, weigerten sich, Lieder zu singen, nahmen weder an der militärischen Erziehung noch an den Atatürk-Lektionen teil. Der Hungerstreik selbst war auf 10 Tage beschränkt, während die Boykottmaßnahmen auch danach weitergehen sollten. Die Gefängnisleitung ging wie erwartet hart gegen die Streikenden vor. Außerdem verboten die Militärs den Zeitungen ausdrücklich, über den Hungerstreik zu berichten.

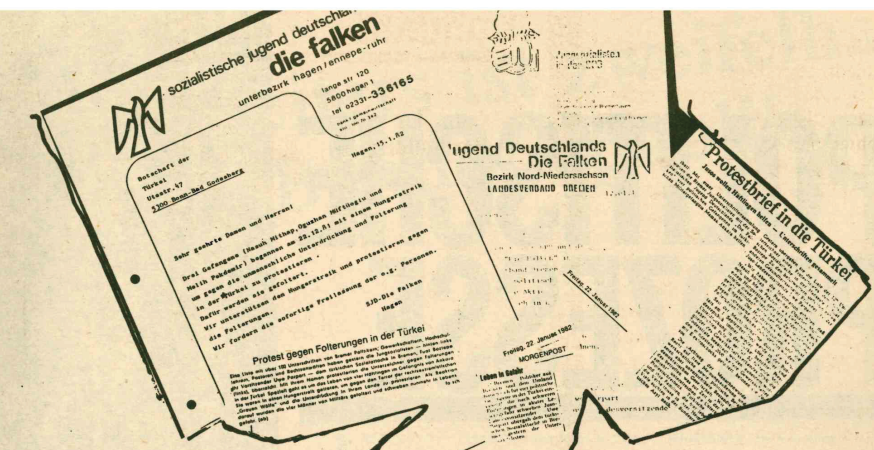
Der Protest der Gefangenen wurde auch von den Angehörigen unterstützt. Sie versammelten sich vor dem Gebäude der Kriegsverfahrenskommandantur und bildeten eine Delegation aus vier Personen, die mit dem Kriegsverfahrenskommandanten sprachen und von ihm die Einhaltung der Menschenrechte für die Gefangenen fordern sollten. Polizisten, die die vier auf dem Weg zum Kommandanten verhaften sollten, wurden daran gehindert. Der Stellvertretende Kriegsverfahrenskommandant ließ sich schließlich dazu herab, mit der Delegation zu sprechen und zu versichern, den Gefangenen im Hungerstreik werde nichts geschehen.

Unter der Anschuldigung, den Hungerstreik initiiert zu haben, wurden die angeblichen Mitglieder des Zentralkomitees von DEVRIMCI YOL, Nasuh Mitap, 34 Jahre, Oguzhan Müftüoğlu, 38 Jahre, und Melih Pekdemir, 30 Jahre, schweren Folterungen unterzogen und befinden sich zur Zeit noch immer in sehr schlechtem Gesundheitszustand. Alle drei wurden vor etwa einem Jahr verhaftet. Nasuh Mitap, der schon im letzten Jahr so schwer gefoltert wurde, daß er an Querschnittslähmungen litt, liegt derzeit im Koma.

Bei dem Versuch der Militärs, den Streik gewaltsam zu brechen, kam es zu Auseinandersetzungen, bei denen mindestens 60 Menschen zum Teil schwer verletzt wurden. Ob ihnen ärztliche Versorgung gewährt wird, ist sehr zweifelhaft.

## METRIS/Istanbul

Während des Hungerstreiks in Metris gingen die Soldaten mit harten Maßnahmen auch gegen Angehörige vor, die am 12.1.82 zum Besuchstag zum Gefängnis kamen, aber wegen des Streiks nicht eingelassen wurden. Einige Angehörige berichteten, daß sie aus den Zellen heraus Stimmen von Gefangenen gehört hätten, die nach einem Arzt riefen und mitteilten, daß es einigen von ihnen gesundheitlich sehr schlecht gehe. Die Gefangenen riefen entschlossenen Losungen gegen die faschistische Junta. Von der Gefängnisleitung gibt es keinerlei Informationen über den Zustand der Gefangenen und ihre ärztliche Betreuung. Einige politische Gefangene, deren Gesundheitszustand schlecht ist, bzw. die verletzt sind:



Hasan Koç, Hasan Şensoy, Hüseyin Özlütaş, Hayat Şenerler, Mehmet Teker, Tayfun Özkök, Sabri Çalkoç, Cemil Ulu, Mehmet Çakır, Mehmet Kılıç, Kerim Peşkirli, Burhan Tekeli.

Mehrere Gefangene wurden zu erneuten Folterungen zum 1. Kommissariat (politische Polizei) gebracht. Unter ihnen befinden sich auch Erzan Öztürk und Ömer Özökmenler vom Zentralkomitee der TDKP.

## ALEMDAĞ/Istanbul

Auch in Alemdağ versuchten die Militärs, den Hungerstreik der Gefangenen gewaltsam zu beenden. Hier wurden sogar Rauch- und Tränengasbomben in die Zellen geworfen. Drei Gefangene sind bei Explosionen von Rauchbomben am 26.12.81 ums Leben gekommen; unter ihnen befinden sich Şerif Sar und Hakan Memeroğlu.

Auch der 40jährige Lehrer Bahadır Dumanlı aus Ankara ist am 7.1.82 infolge von Tränengas in Alemdağ ermordet worden. Er wurde zur Erpressung einer Aussage über seinen Schwager Ataman Ince festgenommen.

Die Hungerstreiks, die dieses Mal sehr viel organisierter ablaufen als im Sommer, zeigen deutlich den ungebrochenen Willen der politischen Gefangenen, auch unter den Bedingungen im Militärgefängnis Widerstand zu leisten. Sie zeigen auch, daß die Widerstandsbewegung in der Türkei keineswegs völlig vernichtet wurde. Sie stellen eine Herausforderung an alle demokratischen Kräfte dar, diesen Widerstand zu stärken und internationale Solidarität zu üben. Die Europarats-Delegation, die sich gerade zum Zeitpunkt der Hungerstreiks in Ankara und Istanbul aufhielt, kümmerte sich sehr wenig um diese Vorfälle, obwohl sie darüber informiert war. Die ersten Entscheidungen bezüglich weiterer EG -'Hilfe' und des Ausschlusses der Generäle aus dem Europarat machen deutlich, daß es bei den Gesprächen einmal mehr keineswegs um die Situation der Menschen und die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei ging, sondern einzig und allein um für beide Seiten profitable Geschäfte, und vielleicht noch darum, wie man diese Geschäfte vor der demokratischen Öffentlichkeit Europas rechtfertigen kann.

Während sich Politiker jeder Couleur in aller Welt über Polen öffentlich Sorgen machen, gehen sie in der Türkei über Leichen.

## Widerstand im Militärgefängnis Elazığ gegen erneute Folterungen

Im Dezember sollten 2 politische Gefangene im Militärgefängnis Elazığ wieder zum Polizeipräsidentium der Provinz gebracht werden, um sie erneuten Folterungen zu unterziehen. Die Mitgefangenen hinderten Polizisten und Soldaten eine Woche lang daran, die beiden dorthin zu überführen und beendeten ihren Widerstand mit Erfolg.

SOLIDARITÄT MIT ZEHNTAUSENDEN VON POLITISCHEN GEFANGENEN!

Bis zum 22. Januar 1982 wurden 102 namentlich bekannte Personen bei Folterungen seitens der Junta ermordet. Die reale Zahl von Opfern liegt aber weitaus höher.

Bisher verneinte die Junta ihre faschistischen Handlungen und schob die Verantwortung auf einzelne Offiziere und Polizisten, die sich angeblich gesetzeswidrig verhalten haben und bestraft werden sollen. Da aber die Folterungen von höchster staatlicher Stelle befohlen werden, nehmen sie kein Ende mehr. Sie sind Bestandteil der Politik des herrschenden Regimes.

Die Ehefrauen der beiden Opfer des Staatsterrors der Junta, Sevim Ince und Ayten Dumanlı sind immer noch in Haft!

Die Ehefrauen der beiden Opfer des Staatsterrors der Junta, Sevim Ince und Ayten Dumanlı sind immer noch in Haft!

## Staatsterror am Beispiel Ataman INCE und Bahadır DUMANLI

Brief des Vaters von Ataman Ince, Zeki Ince:

An den Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates Ankara

Mein Sohn Ataman Ince wird als Entfloherer des Gefängnisses Adana gesucht. Deswegen ist er, höchstwahrscheinlich unter einem anderen Namen, vor ungefähr einem Monat durch die Beamten der 1. Abteilung des Polizeipräsidentiums festgenommen worden. Nachrichten und Äußerungen verschiedener, an den gleichen Tagen dort inhaftierter Personen, die sich nach ihrer Einlieferung ins Militärgefängnis ihren Rechtsanwältinnen gegenüber gemacht haben, ist er während des Verhörs gestorben.

Während des Verhörs meines Sohnes sind meine Tochter Ayten und ihr Ehemann aus Ankara hergebracht worden, meine Schwiegertochter, Sevim Ince, ist ebenfalls verhaftet worden. Um den Gesundheitszustand meiner Kinder und die Nachricht vom Tode meines Sohnes Ataman zu überprüfen, bin ich am 9.11.1981 um 15.30 Uhr zur 1. Abteilung des Polizeipräsidentiums Istanbul gegangen. Der wachhabende Kommissar, der mir seinen

Namen verschwiegen, bestätigte den Aufenthalt meiner Tochter, meiner Schwiegertochter und meines Schwiegersohnes in der Abteilung, hat aber meinen Wunsch nach einem Gespräch mit ihnen zurückgewiesen und mir gesagt, daß sich mein Sohn Ataman Ince nicht im Polizeipräsidentium aufhalte.

Sie werden einsehen, daß ich als Vater in großer Sorge und sehr beunruhigt bin. Falls mein Sohn eine Tat begangen hat, wird er sich vor der Justiz verantworten müssen. Es ist eine Rechtsnorm, daß mein Sohn bis zu einem Urteil als unschuldig behandelt werden muß und sein Leben und seine körperliche Unversehrtheit unter dem Schutz des Staates stehen. Diese Tatsache wurde schon oft von Vertretern des Staates auf höchster Ebene gegenüber der Öffentlichkeit betont.

Ich, als Vater, bitte den Staat, das Schicksal meines Sohnes Ataman Ince unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten aufzuklären und mir das Ergebnis mitzuteilen, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und zu bestrafen, falls sich herausstellt, daß mein Sohn während des Verhörs gestorben ist, und uns seine Leiche auszuhändigen.

Hochachtungsvoll, Zeki Ince

Wie Ataman Ince zu Tode gefoltert wurde, schilderte der Angeklagte Alişan DIL bei einer Verhandlung vor dem Militärgericht Istanbul, 3. Kammer:

Militärgericht Istanbul, 3. Kammer, Akten-Nr. 981/338, 12.11.1981

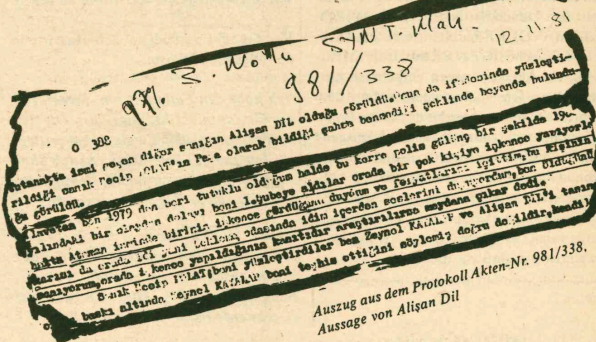
Angeklagter Alişan DIL: "...Zusätzlich will ich sagen, daß ich seit 1979 inhaftiert bin und die Polizeibeamten mich in lächerlicher Weise wegen eines Vorfalles im Jahre 1980 in der Ersten Abteilung vorgeführt haben. Dort wurden viele Menschen gefoltert. Ich habe gehört, wie eine Person mit Namen 'Ataman' gefoltert wurde, ich habe seine Schreie gehört; die Ehefrau dieser Person war auch dort; ich befand mich im Warteraum und habe die Schreie gehört. Ich glaube, daß er an den Folterungen gestorben ist. Das ist ein Beweis, daß dort gefoltert wird. Wenn Untersuchungen eingeleitet werden, wird sich dies herausstellen..."

Obwohl eine Antwort der faschistischen Junta auf Zeki Inces Brief ausblieb, wurde von Oppositionellen festgestellt, daß Ataman Ince nach seiner Ermordung auf Veranlassungsschrift der Militärstaatsanwaltschaft Istanbul vom 26.10.1981 am 12.11.1981 vom Leichenhaus abgeholt und auf dem Friedhof Zindanarkas begeben wurde. Er wurde durch den Imam der Stadtverwaltung Fatih-Istanbul, Naci Uzun, im Grab Nr. K 1151 auf Befehl der Kriegsverfahrenskommandantur Istanbul beigesetzt.

Genosse Ataman Ince war auch unter diesen grausamen Folterungen, wie Tausende von Oppositionellen, nicht bereit,

Geständnisse abzulegen. Deshalb verhaftete die Junta auch seine Frau Sevim Ince, seine Schwester Ayten Dumanlı (38) und seinen Schwager, den Lehrer Bahadır Dumanlı (40) und unterzog auch sie der Folter, um etwas über zu erfahren.

Nach den Folterungen aller vier Personen und nach der Ermordung Ataman Inces wurde Bahadır Dumanlı ins Militärgefängnis Alemdağ/Istanbul überführt. Während des Hungerstreiks der politi-



Auszug aus dem Protokoll Akten-Nr. 981/338. Aussage von Alişan Dil

MILLI GÜVENLİK KONSEYİ GENEL SEKRETERLİĞİNE ANKARA

Oğlum Ataman Ince Adana Kapalı Cezaevi firarisi olarak aranmaktadır. Bu nedenle büyük bir olasılıkla değişik bir hüviyetle, başka bir isim altında yaklaşık bir ay önce İstanbul Emniyet Müdürlüğü 1. Şube görevlilerince gülsaltına alınmış, yaygın stilyentiy ve aynı günlerde aynı yerde gülsaltında bulunup daha sonra askeri cephesine gönderilen çeşitli sanıkların avukatlarına anlattıklarına göre Daniyette sorgusu devam ederken öldürülmüştür.

Sorgusu sırasında öldürülme anlaşılmaz halinde sorular hakkında soruşturma açılarak cezalandırılmalarının sağlanmasını ve cesedinin bize teslimini, bir baba olarak diliyorum. Saygılarımla.

Zeki INCE

Original des Briefes von Zeki Ince

Wir trauern um den Erlöschenden Lehrer

**Bahadır Dumanlı**

Er wurde am 22. Oktober 1981 in Ankara verhaftet und anschließend starb er im Polizeipräsidentium von Istanbul überführt. Am 2. Januar 1982 schob sein Schwager Ataman Ince in der Haft den Tod gefundene Leiche nach er im Oktober 1981 in guten Gesundheitszustand verhaftet worden war.

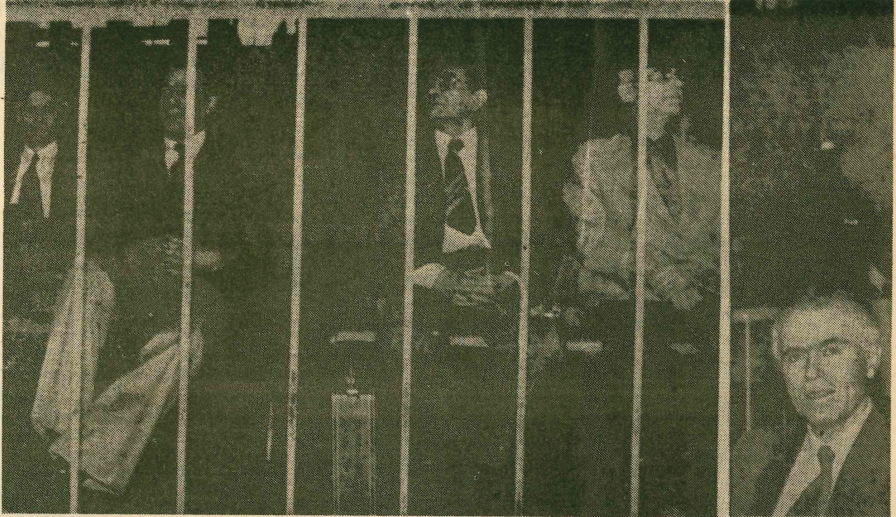
Unseren Appellen, die verantwortliche Fälligkeit von Mitleiden sofort und vollständig einzusetzen, ist die türkische Regierung bisher nicht geantwortet.

Unsere Aktivitäten konnten Bahadır Dumanlı nicht retten, so bleibt uns nur die Trauer um ihn.

Genosse Internationalist

Stellen der Bundesrepublik Deutschland e.V.

# POLITISCHE PROZESSE



Während ein großer Teil der nach dem 12. September 1980 bei unzähligen Operationen festgenommenen Oppositionellen noch auf ihre Prozesse warten, haben gegen Ende letzten Jahres einige der mit Spannung erwarteten Prozesse begonnen. Aufschlußreich sind die Prozesse gegen die 52 Spitzenfunktionäre von DISK in Istanbul oder gegen die 800 Angehörigen von DEVRIMCI YOL in Erzurum deshalb, weil an ihnen wieder einmal deutlich wird, wie wenig die Militärs von rechtsstaatlichen Prinzipien halten.

In einem weiteren, von der Öffentlichkeit etwas aufmerksamer verfolgten Prozeß sind inzwischen die Urteile gefällt worden. 58 Angehörige der Lehrervereinigung TÖB-DER wurden am 25.12.81 zu Haftstrafen zwischen 1 und 9 Jahren verurteilt, wobei die meisten der Angeklagten eine Haftstrafe von 8 Jahren Zuchthaus erhielten. Fast schon selbstverständlich ist dabei die Tatsache, daß die Lehrervereinigung gleichzeitig verboten wurde. Dies ist aber beileibe noch nicht alles, was man gegen die fortschrittlichen Lehrer geplant hat. Schon hat ein neuer Prozeß gegen Mitglieder von TÖB-DER begonnen, und auch die in Ankara Verurteilten müssen mit einer zusätzlichen Bestrafung rechnen, wenn die Prozesse gegen politische Organisationen beginnen, zu denen sie angeblich gehören sollen. Aus diesem Grunde ist das Thema Verfolgung von TÖB-DER Angehörigen mit den Urteilen in Ankara noch nicht abgeschlossen.

Außerdem halten sich in der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern etliche der führenden Mitglieder auf, die die Türkei ganz gerne wieder im eigenen Land sähe, um ihnen eine empfindliche Strafe aufzubrummen und gleichzeitig zu verhindern, daß Demokraten im Ausland das wahre Gesicht der Junta enthüllen könnten. Hier gibt es auch für die solidarische Öffentlichkeit im Ausland eine Auf-

gabe, nämlich die Auslieferung und Ausweisung der in der Türkei Gesuchten zu verhindern.

## DER DISK-PROZESS

Exakt am Heiligen Abend, dem 24.12.81, begann der Prozeß gegen 52 führende Gewerkschafter der revolutionären Gewerkschaftskonföderation DISK. Die Anklageschrift hatte schon Monate vorher die Öffentlichkeit bewegt, da der militärische Staatsanwalt Süleyman Takkeci in allen 52 Fällen die Todesstrafe gefordert hatte. Etwas unverständlich war demgegenüber die Tatsache, daß 10 der Angeklagten zu Beginn des Prozesses noch auf freiem Fuß waren. Erst während der Verhandlung wurden sie inhaftiert.

Diese erste Verhandlung begann dann auch mit einem Paukenschlag. Der Militärstaatsanwalt Takkeci forderte von der Richterbank, daß die Kriegsbestimmungen angewendet werden. Für ihn hieß das, die Zahl der Verteidiger, von denen sich mehr als 70 im Saal (einer umgebauten Sporthalle) eingefunden hatten, begrenzt werden sollte. Nach dem Willen dieses rachsüchtigen Staatsanwaltes sollten im Prozeß nur so viele Verteidiger auftreten, wie Angeklagte vorhanden waren, d.h. ganze 52. Die wahre Zahl der Verteidiger in diesem populären Prozeß belief sich aber auf mehr als das Dreifache.

Deshalb war es selbstverständlich, daß diese Verteidiger Einspruch gegen eine solche Entscheidung einlegten, die in 5 Minuten von der Kriegsgerichtskammer gefällt worden war. Als Wortführer der Anwälte betätigte sich dabei der Vorsitzende der Istanbul Anwaltskammer, Herr Orhan Apaydin, der auch in Bezug auf die Folter durch seine demokratische Gesinnung bekannt ist. Orhan Apaydin ist in seinem hohen Alter gleichzeitig einer der angesehensten Anwälte der Türkei.

Gerade diesem Mann mußte es passieren, daß er nach seinem zweiten Protest des Saales verwiesen wurde.

Daraufhin verließen auch die übrigen Anwälte den Saal. Trotzdem fuhr der Staatsanwalt mit der Verlesung der Anklageschrift fort. Der Vorsitzende von DISK, Abdullah Baştürk, verlangte zwar die Absetzung der Kammer, aber auch sein Mißtrauensantrag wurde abgelehnt. Bei der zweiten Verhandlung bekamen die Verteidiger kurz einmal Gelegenheit mit ihren Mandanten zu reden, aber auch in dieser Verhandlung kam es kurz darauf zu einem Eklat. Das Problem der Begrenzung der Verteidigerzahl bildete wiederum die Grundlage. Dieses Mal verlangte der ehemalige Innenminister im Kabinett Ecevit, Hasan Fehmi Güneş, der ebenfalls die

verwiesen, wodurch die anderen Verteidiger erneut zu einem Protest durch Verlassen des Saales veranlaßt wurden. Also fand auch der zweite Verhandlungstag ohne Anwesenheit der Verteidiger statt.

Von ausländischen Beobachtern, wie z.B. dem norwegischen Anwalt Karl Nandrup Dahl, der im Namen der Freien Gewerkschaftsvereinigung ICTFU anwesend war, wurde dieses Vorgehen auch in der türkischen Presse kritisiert. Sie akzeptierten zwar die Entscheidung, daß nach Kriegsbestimmungen vorgegangen wurde, bemängelten aber, daß die Anklageschrift in Abwesenheit der Verteidiger verlesen wurde.

Das Gericht zeigte sich aber von dieser von außen vorgetragenen Kritik völlig un-

formulierte Anträge, die zwar verlesen aber nicht zu Protokoll genommen wurden.

Für das Gericht war es ein Leichtes, auch diese Anträge vom Tisch zu fegen. Als nun die Anwältin bat, aus dem Prozeß entlassen zu werden, wurde ihr das mit der Begründung verweigert, ein Verteidiger könne den Prozeß nur verlassen, wenn zuvor festgestellt worden sei, daß er oder sie nicht in der Lage sei, der Verhandlung beizuwohnen. Es wurde dann auch wirklich ein Arzt geholt, der bei der Verteidigerin zu hohen Blutdruck feststellte. Erst jetzt konnte sich die Anwältin zurückziehen.

Wie schon die ersten Verhandlungstage gezeigt haben, dürfte es auch in den kommenden Sitzungen noch einige Überraschungen geben. Denn in den ersten vier Verhandlungstagen konnten trotz aller Bemühungen des Staatsanwaltes und des Militärrichters nur 114 Seiten der insgesamt 817 Seiten umfassenden Anklageschrift verlesen werden. Außerdem ist weiterhin geplant, noch mehr als 2000 Gewerkschafter der DISK vor Gericht zu stellen, was aber in mehreren verschiedenen Prozessen geschehen wird. Darüber hinaus stehen vor den unterschiedlichsten Gerichten noch weitere Verfahren gegen DISK an, die aber nach Eröffnung des Prozesses 'DISK 1' von zweitrangiger Bedeutung sind.

Fortsetzung Seite 5

Cumhuriyet, 27.12.81  
Ein norwegischer Anwalt: Die Anklageschrift kann nicht in Abwesenheit der Verteidiger verlesen werden

Im DISK 1 - Prozeß haben auch ausländische Beobachter die Reaktionen verfolgt. Der norwegische Gewerkschafter und Anwalt Karl Nandrup Dahl, der als Vertreter von ICTFU den Prozeß verfolgt, nahm zur Anwendung der Kriegsbestimmungen und dem Ausschluß der Anwälte wie folgt Stellung:  
'Die wichtigste Aufgabe eines Anwaltes ist es, zu überprüfen, ob die Anklageschrift richtig verlesen wird oder ob an ihr Veränderungen durchgeführt worden sind. Anstatt 78 Verteidiger auszuschließen, hätte man auch eine Verwarnung aussprechen können. In jedem Fall hätte nach dem Ausschluß der Prozeß nicht mehr weiter gehen dürfen.'

DISK-Mitglieder verteidigt, das Wort, das ihm aber vom vorsitzenden Richter nicht erteilt wurde. Auch seine zweite Wortmeldung blieb unbeachtet, und Herr Güneş wurde ebenfalls des Saales verwiesen.

Als ein zweiter Anwalt daraufhin das Wort verlangte, wurde auch er des Saales

geführt. Denn der Militärstaatsanwalt forderte ein noch schärferes Vorgehen gegen die Verteidiger, die seiner Meinung nach die ordentliche Durchführung des Prozesses behinderten. Am dritten Verhandlungstag Anfang Januar zeigt sich dies erneut.

Hier erschien nur eine einzige Anwältin und überreichte dem Gericht 4 schriftlich

Zeynel Abidin Ceylan und seine Begleiterin Pakize Simsek waren am 22.09.80 festgenommen worden, da sie ein Plakat mit der Aufschrift 'NIEMAND WIRD DIE BEVÖLKERUNG VON FATSA ZUM SCHWEIGEN BRINGEN / DEV-YOL' in Aktepe/Ankara aufgehängt haben sollten. Die Nacht vom 22. auf den 23. September verbrachten beide auf der Polizeiwache von Aktepe. Nach Aussagen von Pakize Simsek wurden sie und Zeynel Abidin auf der Polizeiwache alle 2, 2 1/2 Stunden für 5-10 Minuten der Bastonade und Prügeln unterworfen. Am Schluß zeigte man ihr Zeynel und sagte: "Wenn du nicht zugibst, daß du das Plakat aufgehängt hast, werden wir dich auch so zu richten."

Als Simsek und Ceylan am nächsten Morgen zum Polizeipräsidium gebracht wurden, übernahm der Beamte Mustafa Haskirş den Fall, obwohl er erst einem anderen Kommissar zugewiesen werden sollte.

Wie Haskirş vor Gericht aussagte, war Zeynel Abidin bei der Einlieferung, als er ihn zum ersten Mal sah, vollkommen gesund. Am 26. September 1980 fand man ihn tot in seiner Zelle vor. Drei

Rippen waren gebrochen, die Leber war voll Blut gelaufen, und überall am Körper waren Brandspuren von Strom zu sehen.

Vor Gericht verteidigte sich Haskirş in der folgenden Weise:

*'Ich habe den Foltertod von Zeynel Abidin Ceylan nicht herbeigeführt. Die Türen der Untersuchungszellen sind verriegelt. Jemand mit übler Absicht kann ohne Mitteilung an das zuständige Befragungsteam irgendein Verfahren anwenden.'*

*'Solche Sachen haben sich von Zeit zu Zeit ereignet. D.h. jemandem, für den das Team zuständig war, wurde schlechte Behandlung zuteil. Dies hat sich auf Beschwerde immer herausgestellt.'*

Neben dem Versuch, sich durch eine solche Aussage reinzuwaschen, wird aber auch deutlich, daß hier ganz offen die Folterungen zugegeben und als etwas durchaus Übliches dargestellt werden (selbst wenn hier wiederum Individuen die Verantwortlichen sein sollen).

## PROZESSE GEGEN FOLTERKNECHTE - EIN WITZ

Während des Prozesses waren die Mitangeklagten Sait Özer und Mehmet Ali Emir so frech, daß sie die Pressefotos bedrohten, falls sie ihre Fotos veröffentlichten sollten. Kurz darauf geschah dann etwas, was für die Beobachter nur verständlich wird, wenn man sich die Bestechungs- und Drohpraxis dieser Menschen vor Augen hält. Das Gericht entließ den unter mehr als 10 Jahren Haft angeklagten Mustafa Haskirş aus der Haft.

In der Begründung dieses Entlassungsurteils heißt es, daß der Angeklagte nun schon eine lange Zeit in Haft sei (man schrieb den 21.09.81-fast ein Jahr Haft), die Beweislage geklärt sei, der Angeklagte

Beamter sei und einen festen Wohnsitz habe, und außerdem der Charakter der Tat dafür spreche. Mustafa Haskirş erschien noch einmal zur Verhandlung am 19.10.81 und war weder bei der Urteilsverkünd-

ung noch später je wieder gesehen. Wer ist dieser Haskirş, bzw. was wußte das Gericht so gut wie die Öffentlichkeit über seine Vergangenheit?

Haskirş war schon einmal entlassen worden, weil er bewaffnete Rechtsextremisten aus der Polizeistation Yıldız, wo er damals Dienst hatte, hatte fliehen lassen. Nach einem Regierungswechsel war er aber wieder zu Amt und Würden gekommen. Sein Cousin ist als Mörder des Studenten Hakan Yurdakuler überführt worden und aus dem Gefängnis Konya entkommen. Ein weiterer Verwandter von ihm, Halil Haskirş, ist ein Hauptmann, der auf Zypern der MHP zu Waffen verholten hat und deshalb inhaftiert ist. Außerdem kann man in der Anklageschrift gegen die MHP und Idealistenvereinigungen lesen, daß Mustafa Haskirş einige als Mörder Verdächtige in seiner Wohnung versteckt gehalten hat.

Der stellvertretende Kommissar Mustafa Haskirş war also kein Unbekannter, als man ihn, so mir nichts dir nichts, aus der Haft entließ. Sicherlich wäre das Urteil auch niemals so hart ausgefallen, wenn man dem Angeklagten nicht vorher zur Flucht verholten hätte. Im Falle des Foltertod von TDKP-Anhänger Hasan Asker Özmen wurden drei Polizisten zu je einem Jahr Haft verurteilt. Auch diese Polizisten wurden aus der Haft entlassen, da man ihre Strafe bei der Urteilsverkündung (ca. 9 Monate nach der Tat) als verbüßt ansah.

Nach offiziellen Angaben des Nationalen Sicherheitsrates (Junta) gibt es 342 Beschwerden wegen Folter. In 40 Fällen wurden Untersuchungen eingeleitet, und gegen 89 Beamte ein Verfahren angestrengt. Angesichts der Art der Verfahren ist es einfach lächerlich zu behaupten, die Mörder der Gefangenen würden wirklich zur Rechenschaft gezogen. Bei der Auszeichnung von erfolgreichen Polizisten in Ankara waren auch Mustafa HASKIRIS, Mörder von Zeynel Abidin Ceylan und Enver GÖKTÜRK, Mörder von Hasan Asker Özmen (Meldung in der Cumhuriyet vom 11.08.81).

Fortsetzung von Seite 4



Auch im Prozess gegen 800 Angehörige der Organisation DEVRIMCI YOL in Erzurum gelten Kriegsbestimmungen, die nicht nur besagen, daß die Zahl der Verteidiger beschränkt werden kann, sondern auch beinhalten, daß es keine Revision der Urteile gibt, die dann allenfalls durch den jeweiligen Kommandeur der Region bestätigt oder abgelehnt werden können. Außerdem ist bei Todesurteilen nicht das Parlament oder eine sonstige geardete Regierung der Türkei zuständig, sondern der Generalstab.

Der Unterschied zu dem Prozeß gegen DISK in Istanbul ist allerdings der, daß hier die Öffentlichkeit nur sehr wenig von den Vorgängen erfährt. In den Zeitungen stehen höchstens Sensationsmeldungen, wie die, daß ein Angeklagter von den anderen getrennt wurde, weil die übrigen

Angeklagten ihn für einen Verräter halten, und das Gericht um seine Gesundheit fürchtet. In einer weiteren Meldung hieß es, daß zwei Angeklagte die Verteidiger abgelehnt haben, die ihnen ihre Väter besorgten, weil sie diese Anwälte als rechtsorientiert einstufen.

Man kann aber davon ausgehen, daß die Verfahrensweise in diesem Prozeß noch rigorosere ist, als in dem DISK-Verfahren. So wurden von dem Gericht alle Beschwerden der Angeklagten über Folterungen bei der Polizei und während der Haft rundweg abgelehnt. Der Staatsanwalt forderte sogar eine zusätzliche Anklage, weil die Angeklagten sein Amt verunglimpft hätten, indem sie behaupteten, auch in seiner Kanzlei seien sie unter Druck gesetzt und im Beisein des Staatsanwaltes gefoltert worden.

Wo also in Istanbul auch durch die Anwesenheit von ausländischen Beobachtern noch eine gewisse Beachtung von Rechtsnormen sichergestellt werden könnte, sind die 800 Angeklagten von Erzurum vollkommen der Willkür ausgesetzt. Sie müssen nicht nur in Handschellen zum Prozeß (wobei ein Großteil gar nicht erst vorgeführt wird, da sie aufgrund der Behandlung in den Gefängnissen gesundheitlich auch gar nicht dazu in der Lage sind), sondern sitzen auch in einer Sporthalle, die durch Stacheldraht und Minenfelder abgesichert ist.

Die Zeitungen, die Beobachter zu diesem Massenprozeß entsandt haben, streiten sich auch über die richtige Zahl der Angeklagten und die Zahl der beantragten Todesstrafen. Während zunächst von 540 Angeklagten und 90 geforderten Todesstrafen die Rede war, erhöhte sich die Zahl der Angeklagten später auf 752 (bzw. 800), und die geforderten Todesstrafen nahmen einmal um 19, dann wieder um 23 zu, um schließlich von den meisten Berichterstattern mit 123 angegeben zu werden.

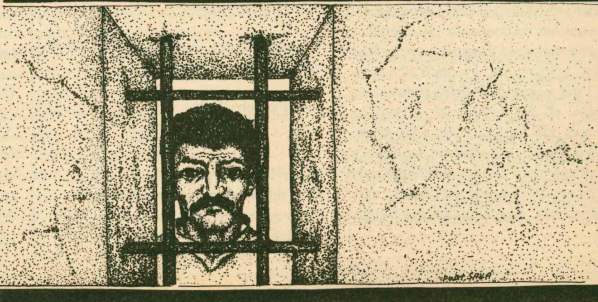
Noch bevor der Schauprozeß gegen die angebliche Führungsmannschaft von DEVRIMCI YOL in Ankara mit mehr als 600 Angeklagten anfängt (ursprünglich war der Beginn auf Ende 1981 geplant), hat in Adana ein erneutes Massenverfahren gegen mehr als 277 Beschuldigte begonnen, für die in 126 Fällen die Todesstrafe beantragt wird. Wie bekannt, wurde im November 1981 schon ein Verfahren in Adana abgeschlossen, wo für 10 Leute die Todesstrafe festgelegt wurde (angeklagt waren 99 Angehörige von DEVRIMCI YOL). Von diesen 10 Todesstrafen wur-

den zwei aufgrund der Minderjährigkeit der Angeklagten in lebenslänglich umgewandelt, während ein weiteres Todesurteil gar nicht mehr bestätigt zu werden braucht, da es schon vollstreckt ist. Gemeint ist der Genosse Mustafa Özeç, der zu den bislang hingerichteten 10 jungen Menschen gehört.

Über einen weiteren sehr aufschlußreichen Prozeß haben wir an anderer Stelle dieser Ausgabe ausführlich berichtet (Yeni Çeltik). Auch dieser Prozeß ist noch nicht eröffnet, sodaß man sich fragt, wieviele Verfahren denn überhaupt noch anstehen. Eine grobe Übersicht zeigt aber, daß gegen die Organisation DEVRIMCI YOL bislang die meisten Verfahren angestrengt wurden. Demzufolge ergibt sich, daß mindestens 10.000 Angehörige dieser Organisation in den Gefängnissen sitzen (verurteilt, in U-Haft oder vorläufiger Haft). Und noch immer werden bei Operationen sogenannte Militante von Dev-Yol tot oder lebendig festgenommen. In den

bisher eröffneten Prozessen sind mehr als 4000 Mitglieder der Volksbewegung angeklagt und, in fast 1182 Fällen haben die Militärstaatsanwälte die Todesstrafe gefordert (insgesamt bis zum 20.1.82 3.119, davon 450 gegen Rechte)

Alein diese Zahlen zeigen schon, daß es hier nicht um die Bekämpfung des 'Terrorismus' gehen kann, sondern hier werden Demokraten und Oppositionelle angeklagt und dadurch weitere eingeschüchtert, die einmal den Mund gegen den drastischen Kurs der Militärregierung aufmachen könnten. Während in den Prozessen gegen die Rechten einer nach dem anderen freigelassen wird (auch gerade solche, für die einmal die Todesstrafe gefordert worden war), haben die Linken im Lande keine ruhige Minute. Denn die Militärs an der Macht sind nur eine uniformierte Variante zu dem faschistischen Terror vor dem 12.09.80. Hier wird brutaler Staatsterror faschistischer Prägung ausgeübt.



**„Man kann in der Türkei wirklich nicht von einer Rückkehr zur Demokratie sprechen“**

Vom 22. - 27. Dezember hielten sich der Anwalt der Norwegischen Arbeitergewerkschafts-Konföderation Karl Nandrup Dahl und als Vertreter der ICFTU ein Anwalt der Dänischen Arbeitergewerkschafts-Konföderation Felix Poulsen, in der Türkei auf, um den DISK-Prozeß zu beobachten. Im folgenden veröffentlichen wir ein Interview der neuen türkischen Zeitung DEMOKRAT TÜRKIYE mit Felix Poulsen:

Demokrat Türkiye: Herr Poulsen, was haben Sie während Ihres Türkei-Aufenthaltes beobachten können?

Felix Poulsen: Was ich in der Türkei beobachtet habe, kann ich ganz kurz in ein paar Worten konkretisieren: Diktatur, Folter, Unterdrückung, Erpressung, Zensur, und zwar Zensur durch den Staat, aber auch eine Zensur, die sich die Menschen selbst auferlegen. Das letzte, was jemand, der in die Türkei reist, sehen könnte, wäre eine Spur der Rückkehr zur Demokratie, meiner Meinung nach.

Wie Sie wissen, fuhr ich mit meinem norwegischen Kollegen zusammen in die Türkei, um den DISK-Prozeß, der am 24. Dezember anfang, zu beobachten. Während meines Aufenthaltes in der Türkei beobachtete ich die ersten beiden Verhandlungstage, und ich konnte mit niemandem außer den Anwälten, die an den Verhandlungen teilnahmen, und den Angehörigen der Angeklagten sprechen.

Der Prozeß fand in einem Sportsalon statt, in dem viele bewaffnete Soldaten waren. Obwohl ich ein Schreiben vom Dänischen Außenminister persönlich bei mir hatte, das von der Bot-

schaft ins Türkische übersetzt worden war, war es sehr schwer, in den Verhandlungssaal zu gelangen. Den Prozeß an sich können Sie ja auch von hier aus beobachten, deshalb werde ich mich auf solche Dinge eingehen, die leicht übersehen werden können. Die meisten Beschuldigungen in der Anklageschrift beinhalten Punkte, die schon in anderen Prozessen vor verschiedenen Gerichten abgeschlossen worden sind. Das entspricht schon einmal einem Verstoß gegen die Grundprinzipien des Rechts. In der ganzen Welt ist es unmöglich, über eine schon einmal abgeschlossene Beschuldigung noch einmal ein Verfahren zu eröffnen. Man kann eine Gewerkschaft nicht deshalb vor Gericht stellen, weil sie die Rechte der Arbeiterklasse verteidigt oder den Sozialismus will. Die Junta beschuldigt die DISK mit Anklagen wie '... sie wollen das System verändern', die jeder Grundlage entbehren.

Wir haben während der Verhandlung mit den Anwälten der Angeklagten gesprochen. Sie alle sagen das gleiche. Den Anwälten wird keine Möglichkeit gegeben, ihre Mandanten richtig zu verteidigen. Der Vorsitzende des Gerichts verweist die Anwälte oft mit aus der Luft gegriffenen Begründungen des Saales. Wenn sie mit den Angehörigen der Angeklagten sprechen wollen, steht sofort ein Offizier oder ein Polizist neben Ihnen.

Als einmal mein Kollege, ein norwegischer Anwalt, mit den Angehörigen eines Angeklagten sprach, stand sofort ein Polizist neben ihm. Mit einem Tonbandgerät in der Hand versuchte er das Gespräch aufzunehmen.

Am zweiten Verhandlungstag stand einer der Angeklagten auf und erklärte, er sei einen Tag zuvor im Gefängnis gefoltert worden. Der Vorsitzende des Gerichts ließ ihn durch Polizeikräfte aus dem Saal entfernen, mit der Begründung, er störe die Ordnung des Verfahrens.

In dieser Zeit trafen wir auch mit dem ehemaligen Minister im Ecevit-Kabinett Hasan Fehmi Günes zusammen, der als Anwalt an dem Prozeß teilnimmt. Er erzählte uns selbst, daß zwei seiner Söhne im Gefängnis sind, und daß sein kleiner 15jähriger Sohn 33 Tage lang gefoltert worden sei.

**„In der Türkei wird alles mit Folter gemacht“**

D.T.: Konnten Sie auch noch andere Prozesse beobachten? Wie Sie wissen, finden ja zur Zeit in der Türkei noch eine ganze Menge Prozesse statt. Haben Sie vor, diese auch zu beobachten?

F.P.: Wir haben an dem DISK-Prozeß, wie gesagt als Vertreter der Internationalen Vereinigung Freier Gewerkschaften teilgenommen. So ist auch unsere Aufgabe darauf begrenzt, diesen Prozeß zu beobachten und der Organisation darüber einen Bericht abzugeben. Aber ich habe einige Berichte über andere Prozesse gelesen und weiß einiges darüber. Aber unserer Meinung nach wird es der DISK-Prozeß sein, der der Junta Kopfschmerzen bereiten wird. Nach uns nahm auch ein Schweizer Kollege, als Vertreter der Schweizer Arbeiter-

Gewerkschafts-Konföderation an dem Verfahren teil. Außerdem geht Ende dieses Monats der Vorsitzende der Internationalen Bauarbeiter-Gewerkschafts-Vereinigung, der Däne Bent Larsen, in die Türkei. Auch er wird an dem Prozeß teilnehmen. Und auch später werden Anwälte und Juristen aus anderen Ländern den DISK-Prozeß und auch andere Prozesse, die mit der DISK zusammenhängen, beobachten. Die Anwesenheit ausländischer Anwälte bei solchen Prozessen ist von sehr großem Nutzen, aber wir als einzelne Gewerkschafter werden zunächst nur an den Prozessen teilnehmen, die etwas mit der DISK zu tun haben. Es wäre sehr gut, wenn andere Organisationen Juristen auch zu anderen Prozessen schicken würden.

D.T.: Gibt es Ihrer Meinung nach eine Rückkehr zur Demokratie in der Türkei?

F.P.: Meiner Meinung nach kann man zur Zeit in der Türkei nicht von einer Rückkehr zur Demokratie sprechen. Vor allem vom Standpunkt rechtlicher Prinzipien aus gesehen. Vor allen Dingen darf man nicht vergessen, daß der Rat, der die Verfassung ausarbeiten soll, ein Rat ist, der von der Junta selbst berufen wurde. Wie demokratisch kann ein von der Junta selbst eingesetzter Rat schon sein und wie demokratisch die Verfassung, die er ausarbeitet?

Wie Sie wissen, hielt sich in den letzten Tagen eine Delegation des Europarates zu Untersuchungen in der Türkei auf. Die dänischen Abgeordneten Lasse Budtz (Sozialdemokrat) und Björn Elmquist (Libera-

ler), die an dieser DElegation teilnahmen, haben auf einer Pressekonferenz nach Ihrer Rückkehr das gleiche erklärt. Als ich in Paris war, habe ich mit ihnen gesprochen, und wir haben die Berichte, die sie dem Europarat übergeben werden, diskutiert. Die Beobachtungen der beiden waren genauso. Man kann in der Türkei wirklich nicht von einer Rückkehr zur Demokratie sprechen. Alles wird mit Folter gemacht. Wie kann man unter solchen Bedingungen von Demokratie sprechen?

D.T.: Der dänische Außenminister zog mit seiner Bemerkung 'Während wir Polen diskutieren, dürfen wir die Situation in der Türkei nicht vergessen', eine scharfe Reaktion des amerikanischen Außenministers Haig auf sich. Wie ist Ihrer Meinung nach die Haltung der dänischen Regierung zu dieser Sache?

F.P.: Die Ereignisse in Polen sind tatsächlich bedenklich und bedauerlich. Aber, wie es unser geehrter Minister schon erklärt hat, die Lage in der Türkei ist nicht anders als die in Polen. Das heißt sie ist noch viel viel schlimmer. Die westlichen Länder sollten den Äußerungen Haigs zu diesem Thema keine Bedeutung beimessen, sie müssen die doppelte Moral, die beim Thema Türkei zeigen, beiseite lassen und das Thema Türkei auch auf internationales Plattform auf die Tagesordnung setzen. Meiner Meinung nach, hat die dänische Regierung die gleiche Haltung.

D.T.: Vielen Dank.

# Beruhigende Briefe

Republik Türkei  
Nationaler Sicherheitsrat  
Generalsekretariat  
ANKARA

Gehrter Herr,

Wir haben eine Anzahl nahezu gleichlautender Briefe von Personen bekommen, die angeben, Mitglieder von amnesty international zu sein. Wenn auch der Wortlaut dieser Briefe variiert, das Thema ist das gleiche. Es wird behauptet, die Menschenrechte und -freiheiten seien in der Türkei eingeschränkt, und Gefangene würden gefoltert. Es ist wirklich unmöglich für Menschen, die in der Türkei leben oder dieses Land kennen, diese Behauptungen hinzunehmen, die sicher Produkte von falscher Information oder voreingenommenen Standpunkten sind.

Sie können sicher sein, daß in der Türkei alle gesetzlichen Handlungen in Übereinstimmung mit der Verfassung und den geltenden Gesetzen stehen. Sie werden sicherlich zugeben, daß Aktionen gegen die Gesetze dazu führen, daß das Land in Anarchie und Chaos stürzt. Es ist wahr, daß die Türkei in der jüngeren Vergangenheit unglücklicherweise schwer unter Unordnung und ungesetzlichen Aktionen, die hauptsächlich von extremistischen Gruppen durchgeführt wurden, gelitten hat. Deshalb überlasse ich es Ihrer eigenen Urteilsfähigkeit zu entscheiden, ob die herrschende Türkische Regierung als Verletzer der Menschenrechte angesehen werden kann, wo es doch ihr fundamentales Ziel ist, die Demokratie wieder herzustellen, und die Grundrechte der Menschen, einschließlich des Rechts

auf Leben, zu sichern. Tatsächlich fühlt sich jeder in der Türkei sehr viel sicherer als vor dem 12. September 1980, da die Rate von Morden und ungesetzlichen Aktionen um mehr als 80 % gesenkt wurde.

In Bezug auf die Folter-Behauptungen nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß die Türkische Verfassung und die Gesetzesvorschriften die Folter kategorisch verbieten. Aktivitäten der Regierung werden mit vollem Respekt gegenüber der Oberhoheit des Gesetzes durchgeführt. Es ist wirklich beunruhigend zu sehen, wie aufrichtige aber falsch informierte Menschen dazu gebracht werden können zu glauben, daß Folter eine systematische Politik der Regierung der Türkei sei. Jegliche Behauptung in dieser Beziehung wird als Information akzeptiert, und es werden sofort Untersuchungen eingeleitet. Sollte sich die Behauptung als wahr erweisen, werden sofort gesetzliche Maßnahmen gegen die Verantwortlichen eingeleitet.

In der Hoffnung, daß dieser Brief Sie beruhigen wird, verbleibe ich.

Ihr aufrichtiger

Saim Karabiber  
Chef der Untersuchungsabteilung  
für Gesuche und Beschwerden

Seit dem Militärputsch in der Türkei zeigt sich die Bundesregierung offiziell mal mehr, mal weniger besorgt um den Abbau der Menschenrechte und der Demokratie in der Türkei. Diese Sorge hindert sie jedoch nicht daran, der türkischen Junta spezielle Unterstützung bei der "Bekämpfung des Terrorismus" zu gewähren, was eine bessere Zusammenarbeit von türkischen und deutschen Sicherheitsbehörden einschließt.

Bei seinem letzten Türkei-Besuch stellte Bundesaußenminister Genscher der Türkei in Aussicht, künftig die Auslieferungsgesuche bezüglich gesuchter "Terroristen" wohlwollend zu prüfen. Das bedeutet für Gegner des Militärregimes u.U. das Abschieben in den Tod.

Momentan sind den Recherchen der türkischen Staatsbürger zufolge, 4 Linke aus der Türkei von der Auslieferung bedroht. So z.B. Selahattin Barakat in Düsseldorf und Ali Osman Dural in Stuttgart, denen beiden von türkischen Stellen vorgeworfen wird, in Trabzon 4 Angehörige linker Gruppierungen ermordet zu haben!!! Dieser Auslieferungsgrund ist fingiert, denn Zeugen haben in diesem Prozeß eindeutig Angehörige des POL-BIR (Polizeiverein der Grauen Wölfe) als Mörder identifiziert. Für beide Genossen wurde Abschiebehaft angeordnet.

In Köln sitzt seit Dezember 1981 der türkische Staatsbürger Faruk Sen in Abschiebehaft. Das Auslieferungsbegehren in seinem Fall stützt sich auf eine Verurteilung Sens wegen gemeinschaftlichen Mordes und Mordversuchs. Danach soll er 1975 bei einem Schußwechsel zwischen antifaschistischen Studenten und faschistischen Gruppen einen Faschisten erschossen haben. Während des Verfahrens in der Türkei verwickelten sich alle Zeugen (größtenteils Mitglieder der MHP) in Widersprüche, drei Offiziersanwärter

# Menschenrechte in der Türkei ... und in der BRD

stagen aus, sie seien zur Tatzeit mit Sen zusammen gewesen. Als Sen, der während der Untersuchungshaft ständig gefoltert worden war, vorübergehend Hafturlaub erhielt, floh er in die BRD, wo er um politisches Asyl bat. In Abwesenheit wurde er in der Türkei zu 28 Jahren Haft verurteilt. Im Mai 1981 erließ das Militärgericht einen Haftbefehl zur Vollstreckung des Urteils. Dieser Haftbefehl war die Grundlage für die Verhaftung Sens im Dezember 1981 in Köln. Faruk Sen ist, wie alle anderen Betroffenen auch, im Fall der Auslieferung in der Türkei vom Tode bedroht.

Der vierte Fall ist eine besondere Variante: hier soll ein türkischer Staatsbürger ausgeliefert werden, nachdem das erste Auslieferungsbegehren bereits abgelehnt wurde. Zeynel Aydınođ reiste 1975 in die BRD ein und bat hier Ende 1976 um politisches Asyl. Am 13.12.1977 stellte die türkische Regierung einen Auslieferungsantrag, der 3 Gründe enthielt: 1. Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation, 2. vorsätzlicher Mord, 3. unerlaubter Waffenbesitz. Aufgrund dieses Auslieferungsbegehrens wurde gegen Aydınođ am 10.1.1978 Auslieferungshaftbefehl vom 4. Strafsenat des OLG Düsseldorf erlassen. Der gleiche Senat hob am 18.9.1978 den Haftbefehl wieder auf und erklärte die Auslieferung für unzulässig, u.a. auch deshalb, weil nicht gewährleistet sei, "daß der Verfolgte im Falle seiner Auslieferung zur Strafverfolgung wegen des Tötungsdeliktes weder inner- noch außerhalb des Strafverfahrens aus politischen Gründen Verfolgungsmaßnahmen mit Gefahr für Leib und Le-

ben oder Beschränkung seiner persönlichen Freiheit ausgesetzt sein wird". Nach der Haftentlassung war Zeynel Aydınođ politisch gemeldet und verdiente seinen Lebensunterhalt als Metallarbeiter. Am 24.8.1981 reichte die türkische Regierung erneut ein Auslieferungsbegehren für Zeynel Aydınođ ein, diesmal mit der Angabe nur eines Grundes: vorsätzlicher Mord. Der 2. Strafsenat des OLG Düsseldorf ordnete daraufhin am 20.1.1982 die Auslieferungshaft an.

Wie die türkische Polizei mit Oppositionellen umgeht, zeigt eine Meldung aus der Tageszeitung 'Günaydn' vom 7.3.1979. Danach soll Zeynel Altındağ zusammen mit einer anderen Person einen 15-Millionen-Raub in Istanbul begangen haben: "...18 Personen, die den großen Raubüberfall gesehen haben, prüften tagelang eingehend die ihnen bei der Sicherheitsdirektion vorgelegten Tausende von Fotos und erkannten darunter Tayfun Bilgin und ZEYNEL ALTINDAG wieder. Es wurde mitgeteilt, daß einer der Räuber, ZEYNEL ALTINDAG, der von allen Augenzeugen eindeutig auf dem Foto wiedererkannt wurde..."

Angesichts solcher offensichtlich falscher Meldungen (Z. Altındağ befand sich zu dieser Zeit mit absoluter Sicherheit in der BRD!) wird die Willkür der türkischen Behörden nur allzu deutlich. Eine Rückkehr von Oppositionellen bedeutet den sicheren Tod für sie!

Keine Auslieferung von Oppositionellen an die Junta!  
Setzen wir uns ein für das Leben dieser 4 Menschen!

# ILHAN ERDOST GEDICHTE

Ilhan Erdost wurde im Jahre 1944 als Sohn einer armen Bauernfamilie geboren. Er ging in Artova zur Volksschule und besuchte das Gymnasium in Ankara. Nach Abschluß des Gymnasiums studierte er Jura. Als sein Bruder Muzaffer Erdost im Jahre 1971 von den Militärs verhaftet wurde, übernahm er dessen Verlag "Onur". Am 3.11.1980 wurde Muzaffer Erdost verhaftet und zwei Tage später auch Ilhan. Beide hatten sich freiwillig zur Polizei begeben. Die Inhaftierung stand im Zusammenhang mit ihrer verlegerischen Tätigkeit. Für Ilhan Erdost war es die erste Verhaftung. Am 7.11.1980 starb Ilhan Erdost, nachdem er ununterbrochen gefoltert worden war.

Im Folgenden veröffentlichen wir einige Gedichte aus einer größeren Sammlung. Sie beschäftigen sich mit dem Tod von Ilhan und wurden von seinem Bruder und Angehörigen der Familie geschrieben.

## "Du bist nicht tot, du bist getötet worden"

Dein Leben war ein Teil unseres Lebens,  
dein Kampf ein Teil unseres Kampfes.  
Das Leben,  
unantastbar, bedeutungsvoll und schön,  
bewässert schlingelnd wie ein Fluß  
die Berge und die Ebenen,  
wird das Verfaulte wegreiben.  
Das Flimmern, das zurückbleibt,  
ist die Klarheit,  
als wäre es dein mit Helligkeit erfülltes Herz.

Im Herzen  
Leiden und Sehnsucht,  
in der Sehnsucht das Lied,  
in dem Ilhan besungen wird.

Stolz  
wie der Zweig eines Aprikosenbäumchens,  
zierlich, empfindlich und zart,  
und doch, der Tod wird besiegt.  
Auf dem Haupt des mit Füßen Getretenen  
eine Krone.

Oh,  
Lesender, Denkender, Sprechender  
Oh,  
schöner Mensch  
Deine Gedanken sind stärker als die Erde.

Unter Schlägen getötet zu werden  
ist wie im Kampf zu sterben

Den letzten schwarzen Blick deiner Augen  
und die letzte zuversichtliche Erwartung auf deinem Gesicht  
haben wir der Erde übergeben.

Die Erde,  
weit, klar und geräumig,  
sie wird gepflügt und bestellt,  
Weizen wird wachsen,  
die Vögel werden in weitem Boden über ihn hinwegfliegen,  
Kraniche,  
wie die Augenbrauen deiner Tochter.

Die Sonne,  
unter ihr die Blätter, Äste und die Erde,  
in der Erde der Samen, an der Ähre Ilhan,  
der lachend blüht.

Im schneeweißen Blau  
steht unser Leiden aufrecht.

Mit seinesgleichen allein,  
so wühlen wir mit unserem Schmerz den Boden auf,  
bedecken mit unserer Sehnsucht seine Augen,  
über ihm der Rasen, die Wolken und der Wind.  
Eine leuchtende Rose blüht.

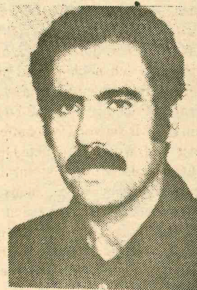
Die Wiesen,  
Regen wird fallen,  
die Erde wird duften, in der Erde Ilhan  
in seinem ersten Jahr.

## Klagelied

Hallende Stille von 16 Seiten im Verlagshaus  
Und die Unsterblichkeit des Buches  
Unser Toter, einem Buche gleich,  
ist überfallen worden,  
Unser geliebter, bedeutsamer Toter ist vor Schmerz in seiner Wiege  
zur Hälfte verkümmert.  
Laßt ab,  
den Leichnam soll sein winziges Baby bestatten  
und seine Lieder.

Ach, die taubbedeckten Wiesen dieses nebligen Tages.  
Sagt,  
sie sollen das Blut auf der Rose nicht zudecken,  
sein geliebtes, bedeutsames Blut vor Schmerz in seiner Wiege.  
Laßt ab, das Blut  
soll trocken wie ein rotes, seidenes Taschentuch.  
Die starke aufwärtsgerichtete Stirn des Toten  
in der schweren Erde des Landes.

Die heulenden Hände des Mordens  
vernichten den bleiernem Tag der druckreifen Schrift  
und die Nacht des denkenden Papiers.



Ilhan Erdost

Die stechenden Schmerzen der Lieder des schwitzenden Stahls.  
Und das pulsierende Blut unserer Herzen  
bringt alle, auseinanderströmenden Verse zusammen;  
im Stöhnen der verwundeten Federn,  
im schmerzhaften Lärm der Verlagshäuser.

Falls nun das Blut an den eisernen Wänden haftet,  
am Eisen meißelt  
rote Seide wie ein Tuch,  
Sagt,  
sie sollen das Blut nicht entfernen.  
Das Blut sollen sie nicht entfernen,  
Es möge erneut mit himmlischen Liedern  
die Lieder benetzen.  
Hebt  
die aufwärtsgerichtete, starke Stirn des Toten empor.  
Im Verlagshaus die hallende Stille der 16 Seiten  
die Unbesiegbare des Buches.

## Wenn dein Bruder lebt

Wenn dein Bruder lebt,  
seist du in Freiheit  
oder im Gefängnis,  
dann sind deine Leiden nicht tief.

Wenn dein Bruder lebt,  
seist du in der Zelle  
oder unter der Folter,  
so sind deine Leiden nicht endlos, Freund.

Wenn dein Bruder lebt,  
den Himmel atmet und die Sonne,  
sei deine Stimme auch erstickt,  
deine Füße verwundet oder in Ketten,  
dann ist dein Leiden nicht ewig.

Es wird ein Tag kommen,  
an dem die Ketten an deinen Füßen sich auflösen  
und die Mauer, die dich umgibt, zerfällt,  
an dem die Verbannung deiner Sprache aufhört.

Und eines Tages wirst du sicher lachen können,  
auch wenn jetzt dein Körper, dein Herz und Bewußtsein so sehr brennt.  
Eines Tages wirst du sicher lachend in einen Apfel beißen  
und unter den Bäumen langehen können.

Wenn dein Bruder lebt,  
so ist dein Leiden eines Tages beendet.  
Wenn dein Bruder lebt,  
mein Freund.

Muzaffer Ilhan Erdost, 30. Dezember 1980

## Kurzmeldung Folter

REGIERUNGSSPRECHER: FOLTER  
IST NOTWENDIG!

Ankara: "... letzten Monat hat ein Regierungssprecher zugegeben, daß einige der Befragungsmethoden, die in der Türkei angewandt werden, 'in anderen westlichen Ländern als Folter betrachtet werden mögen', aber er verteidigte dies, indem er erklärte, zur Bekämpfung des Terrorismus wäre es notwendig gewesen, einen Weg zu finden, 'um diese Killer zum Reden zu bringen'." (Zitiert nach: International Herald Tribune, 2.12.81)

# ... Wir schweigen, aber wir zeigen unsere Bedürfnisse ...

Ein hoher CHP-Funktionär gab im Dezember vergangenen Jahres das folgende Interview, in dem er die Position seiner Partei zur weiteren Entwicklung in der Türkei beschreibt und Stellung bezieht zur Lage innerhalb der CHP.

Einige Anmerkungen zu diesem Interview sind indes angebracht. Daß diese Partei schon in der Zeit vor dem Militärputsch keinen Widerstand gegen die Angriffe der 'Zivil - Faschisten' (MHP) organisieren konnte, und die Machtübernahme der Militärs ebenso widerspruchlos akzeptiert hatte, ist seit langem kein Geheimnis mehr. Daß der Putsch, mit all seinen Konsequenzen, wie die nicht mehr in Zahlen zu fassenden Menschenrechtsverletzungen oder die Zerschlagung aller demokratischen und revolutionärer Organisationen, als Rettungsaktion vor einem drohenden Bruderkrieg, ausdrücklich begrüßt wird, kann wohl nur noch als 'klassisch sozialdemokratischer Verrat' bewertet werden. Ein Verrat, auch an der eigenen republikanischen Tradition und an den eigenen Parteimitgliedern, die den Terror der Junta am eigenen Leib zu spüren bekamen.

Diese Selbstaufgabe geschieht freilich nicht nur aus Angst oder Naivität. Denn auch den CHP - Führern ist es nicht entgangen, daß in den nächsten Jahren unter ganz bestimmten Prämissen wieder Politik gemacht werden kann. Vorbereitungen für eine neue Partei, die an die Stelle der CHP treten soll, sind in Gange. Auch die Gefängnisstrafe, zu der der 'interge Vorsitzende der Partei, Bülent Ecevit, verurteilt wurde, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Partei eine grundlegende Kursänderung vollzogen wurde, um in einer "Demokratie" mit vielen Restriktionen" (so die Erwartungen des von uns interviewten CHPlers) eine Option für politische Einflußnahme zu besitzen.

Ecevits Verhalten, nämlich eine Gefängnisstrafe zu riskieren, sehen wir unter 2 Gesichtspunkten. Einmal ist es ein Anzeichen dafür, daß er ein sensibler Bourgeois - Politiker ist, der auch wie eine Reihe konservativer Politiker Kapitalismus in demokratischen Verhältnissen will, nur haben seine konservativen Kollegen wie z.B. Demirel, der Vorsitzende der AP, bessere Chancen ihre Einflußmöglichkeiten in anderen Zusammenhängen zu wahren. Zum anderen brachte sein Verhalten die Partei in die Schlagzeilen, den Nationalen Sicherheitsrat etwas in Bedrängnis und eine Solidaritätswelle bei einem großen Teil der CHP - Mitglieder. Das Stigma des politisch Verfolgten, das Ecevit fast martyrerhaft trägt, wird zudem zur Legitimation für die Passivität vieler CHPler, denn der Parteivorsitzende hat ja Widerstand geleistet, für alle seinen Kopf hingehalten. Ein Tranquillizer, der von vielen in der Partei bereitwillig angenommen wird.

## Interview mit einem CHP-Funktionär

Können Sie zuerst etwas zu den Haftbedingungen sagen, denen Herr Ecevit unterliegt?

Herrn Ecevit geht es im Großen und Ganzen gut. Wie Sie ja bereits wissen, wurde er wegen einer Rede, die er an das Türkische Fernsehen geschickt hatte und in der er gegen den 52. Erlass des Nationalen Sicherheitsrates verstieß, zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Haftbedingungen, denen Herr Ecevit unterliegt, sind akzeptabel. Seine Situation im Gefängnis ist bequem, er darf lesen, schreiben und nach Genehmigung auch Journalisten empfangen. Er hat dieses Urteil akzeptiert, er wird keinen Widerstand dagegen einlegen.

Der Putsch der Militärs ist 15 Monate alt, wie hat die Partei diesen Zeitraum überlebt?

Mit Begriffen wie Putsch wäre ich vorsichtig, doch davon später. Die CHP ist wie alle Parteien verboten. Unsere Ideen hat man indes nicht verboten können. Man kann sogar sagen, daß die Solidarität unter den Mitgliedern zugenommen hat, insbesondere nach den jüngsten Verfolgungen gegen uns. Im Bewußtsein der

Menschen ist Herr Ecevit immer noch der unbestrittene Führer der Partei. Lediglich in der Führungsspitze kann man von Unsicherheiten, Meinungsverschiedenheiten und Widersprüchen reden. Die Ursachen dieser Querelen innerhalb der Führungsspitze liegen an einer Grundhaltung gewisser Spitzen - Leute, die glauben, beweisen zu müssen, daß sie über alles einen Überblick haben. Durch deren Grundhaltung wird ein wichtiger Grundsatz der Partei verletzt, nämlich der, daß die Partei an ideellen Leitlinien orientiert ist und nicht von materiellen Interessen geprägt ist.

Können Sie die Positionen dieser beiden Linien innerhalb der Parteispitze genauer beschreiben?

Der Kampf um Hegemonie innerhalb des Parteiapparates ist nicht neu, er existierte schon vor dem September 80. Die Basis der Partei hat von Anfang an die Fraktion der Partei beschuldigt, die die ideellen Leitlinien verlassen wollte, für die Krise verantwortlich zu sein. Da das Votum der Basis in dieser Sache entscheidend sein wird, ist dieser Konflikt auch nicht so wichtig.



Ich möchte aber auch noch etwas Grundsätzliches zur Machtübernahme des Militärs sagen. Trotz des Parteienverbots und anderer Maßnahmen der Militärregierung bin ich der festen Überzeugung, daß das Versprechen, auf dem schnellsten Weg zur Demokratie zurückzukehren sehr ernst gemeint ist. Wir sind auch der Ansicht, daß die Machtübernahme unvermeidbar war. Vor dem September hat sich die Lage in allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen kontinuierlich verschlechtert, ich will hier nur ein Beispiel nennen: der Terror von rechts und links forderte immer mehr Todesopfer und brachte das ganze Land an den Rand des Ruins. Im Parlament war eine Solidarität in Sachen Terrorismuskämpfung nicht möglich. Von unserer Seite wurden viele Versuche unternommen, eine Einigung zu erreichen. So forderten wir die Adalet Partisi zu einer großen Koalition auf; kurzum, wir wollten einfach eine Lösung, an der alle demokratischen Kräfte der Gesellschaft beteiligt gewesen wären, um den drohenden Bruderkrieg zu verhindern. Vor diesem Hintergrund sind wir der festen Überzeugung, daß es unsere Aufgabe ist, der Militärregierung überall wo es nur möglich ist helfend zur Seite zu stehen, um den Soldaten den Rückweg zur Demokratie zu erleichtern. Es gibt natürlich Übergriffe und Verletzungen mancher Menschenrechte, aber das sind Einzelfälle, unschöne Anwendungen, auf die wir die Behörden natürlich aufmerksam machen. Wir versuchen das bei vielen Gelegenheiten, wir sagen ihnen was wir wissen und zeigen ihnen was wir sehen. Bei gemeinsamen Essen mit uns bekannten Militärs z.B. versuchen wir unseren Einfluß geltend zu machen.

Wie sieht die CHP die Militär - und Wirtschaftshilfen der OECD - Länder und der Weltbank? Welche Auswirkungen haben diese Hilfen auf den sog. Demokratisierungsprozeß?

Diese Hilfen sind keine Hilfen die von Regierung zu Regierung gegeben werden, es sind vielmehr Unterstützungen, solidarische Unterstützungen, die dem Geist der internationalen Solidarität befreundeter Völker entspringen. Ich glaube nicht, daß es sehr sinnvoll wäre wenn man uns diese

Hilfen streichen würde. Ich halte es auch nicht für hilfreich aus internationalen Organisationen auszutreten oder gar ausgeschlossen zu werden. Bei einem Stop dieser Hilfen wäre meiner Meinung nach der weite Weg zur Demokratie nur schwer vorstellbar.

Gilt das auch für die 80er Hilfen der Weltbank?

Ja, selbstverständlich. Sehen Sie die Bedingungen, an die die ersten Weltbank - Hilfen geknüpft waren, als Stütze demokratischer Entwicklungsprozesse?

Natürlich, auf den ersten Blick sieht das alles sehr widersprüchlich aus, aber in Wirklichkeit ist das nicht der Fall, wie ich schon sagte, alle Beziehungen abbrechen wäre nicht sinnvoll für unsere Rückkehr zur Demokratie. Diese Rückkehr würde ohne die Hilfen sehr viel länger dauern. Terrorismus, wie er vor dem September in meinem Land gang und gäbe war, ist keine Alternative für mich. Bestimmte Gruppen wollen, daß die Türkei aus allen internationalen Gremien ausgeschlossen wird. Sollte dies jemals eintreten, so wäre es eine

Katastrophe. Gerade zu Europa sollten wir noch engere Beziehungen haben. Mit dem ökonomischen Modell, das die Militärregierung gewählt hat, sind wir nicht ganz einverstanden. Wir wissen aber im Moment nicht genau was los ist, wir wissen nur, daß sich die Arbeiter, die Beamten und die Gewerkschafter beschweren. Ich glaube, daß das Friedmannsche Modell eigentlich nicht angebracht ist für die Türkei. Die Leute werden zu sehr in ihren Rechten eingeschränkt und die Preise steigen.

Nach Ihrer Ansicht ist die Junta auf dem Weg zur Demokratie. Haben Sie eine Vorstellung davon, wie diese Art Demokratie aussehen wird, wenn sie im Ziel ist?

Ich habe wie gesagt keinen Zweifel an der Rückkehr zur Demokratie. Nur müssen wir uns die Frage stellen: wie wird sie aussehen? Bei der Frage nach dem 'wie' möchte ich noch einmal ausdrücklich auf die Bedeutung Europas verweisen. Auf jeden Fall wird es keine Demokratie geben wie wir sie vor 1980 hatten. Aber ich glaube, daß die schlimmste Demokratie besser als jede Militärdiktatur ist. Ich glaube wir werden in den nächsten Monaten etwas ändern. Wir werden unsere Potentiale, unseren Kampfgeist in die Demokratie die kommen wird, mit einbringen. Auch wenn sie einige Restriktionen mit sich bringt.

Bleibt die Frage, ob die Junta es weiß, diesen Kampfgeist zu würdigen. Noch eine Frage zur Demokratisierung. Daß die Türkei für die strategischen Interessen der NATO lebenswichtig ist, ist unbestritten. Wie würden Sie die NATO - Mitgliedschaft der Türkei im Hinblick auf eine Demokratisierung bewerten?

Die USA sucht natürlich nach Möglichkeiten in der Region des Mittleren Ostens ihre Politik fortzusetzen. In diesem Spannungsfeld mußte und muß die Türkei eine für sie gesunde Politik machen. Über einige Punkte der Strategie der USA, die Situation hier in der Türkei zu beeinflussen, sind wir natürlich irritiert. Aber die offiziellen Politiker zeigen bis heute noch nicht, daß sie bereit sind auf die Forderungen Amerikas einzugehen.

Aber vielen Stellungnahmen von Evren oder Türkmens geht doch hervor, daß sie bereit sind wesentliche Forderungen der USA zu unterstützen. Ja, einige Verantwortliche wollen mehr Aufgaben im Nahen und Mittleren Osten übernehmen aber der Außenminister ist in dieser Frage sehr vorsichtig. Unter den Offizieren sind in der Tat viele, die eine engere Anlehnung an die USA wollen.

Zurück zur Situation Ihrer Partei. Die CHP ist von allen Möglichkeiten ausgeschlossen, in den Machtapparat hineinzuwirken. Ist es in dieser Situation nicht eine Frage des politischen Überlebens, eine Perspektive zu entwickeln, die eine Widerstandsmöglichkeit eröffnet?

Ecevit und die gesamte CHP respektieren alle Entscheidungen der Justiz und der Militärregierung bezüglich der Partei. Unser Ziel ist es, jegliche Konfrontation zwischen den Militärs und der Partei zu vermeiden. Im Gegenteil, es ist die Pflicht eines jeden Parteimitglieds, den Soldaten zu helfen den Weg zur Demokratie zurückzufinden. Wir haben indes auch Beziehungen zu anderen Kräften aus dem demokratischen Lager. Wir haben Kontakte zu einigen CHP - nahen Gewerkschaftern, zur AP, der MSP, zu dieser Partei existieren in erster Linie über Herrn Ecevit Beziehungen, ich persönlich habe keine Kontakte zu Mitgliedern dieser Partei. Aber wir sagen ganz klar und entschieden, wir wollen keinen Widerstand leisten!

Ich glaube nicht, daß es für die momentane Situation sehr hilfreich sein kann. In Polen mag das möglich sein, aber nicht in der Türkei!

Wie sieht die Hilfe der CHP für das Militär denn im einzelnen aus?

Es gibt einige Kontakte auf administrativer Ebene zu Militärs; dort wollen wir sehen wie wir mit diesen Leuten zusammenarbeiten können. Eigentlich praktizieren wir eine Art von Widerstand die ich durchaus in der Tradition Ghandis sehen würde,

Wir schweigen, aber wir zeigen unsere Bedürfnisse! Die Offiziellen sagen ja auch, daß sie 1984 zur Demokratie zurückkehren werden, bloß wie sieht die aus?

Was sagt die Basis der CHP zur Strategie der Parteiführung?

Nun, unsere Basis akzeptiert diese Politik. Ich erhalte beinahe täglich Anrufe, in denen unser Kurs bestätigt wird. Unsere Leute sind auch der Meinung, daß es heute keine anderen Möglichkeiten gibt, sich in der Türkei politisch zu bewegen als die von mir skizzierten Wege. Es gibt keinen Einspruch gegen uns.

In verschiedenen Meldungen ausländischer Zeitungen war davon die Rede, daß die CHP eine Stiftung gründen wird in der die Kader für die neue Partei ausgebildet werden sollen, die nach der Verabschiedung des Parteiengesetzes durch die Konsultative Versammlung und den Nationalen Sicherheitsrat gegründet werden soll. Nein, das ist eine absolut falsche Meldung, nein, das ist ganz falsch. (Nach dieser Frage will er von der Dolmetscherin etwas aufgeregter wissen, woher wir diese Information wirklich hätten.)

Erhalten Sie von der SPD oder einer ihrer Stiftungen wie z.B. der Friedrich-Ebert-Stiftung irgendwelche Hilfen?

Wir erhalten von unseren deutschen Freunden keine materiellen Hilfen, aber, und das ist ja erlaubt, unsere deutschen Freunde besuchen uns in regelmäßigen Abständen und machen uns Mut. Die Idee, eine neue Partei zu gründen, später einmal, ist in der Tat wichtig. Das 52. Dekret des Nationalen Sicherheitsrates läßt uns keine andere Möglichkeit.

Können Sie uns einen politischen Begriff geben, mit dem sich die derzeitige Regierungsform beschreiben läßt?

Nein, das ist nicht möglich, ich glaube, daß es zu früh ist um hierzu etwas zu sagen. Wir müssen noch abwarten und sehen was die Soldaten weiter unternehmen werden. Istanbul, im Dezember

## EUROPA UND DIE TÜRKEI ...

Zum 5. Mal wurde eine Entscheidung des Europarates zur Türkei verschoben. Ende Januar wurde im Europarat sowohl über Polen, als auch über die Türkei diskutiert. Daß es auch diesem Gremium beim Thema 'Menschenrechtsverletzungen' nicht um Humanitäres geht, sondern einzig und allein um die politische Verwertbarkeit, wurde wieder einmal deutlich. So wurde denn die polnische Junta auf das Schärfste verurteilt; während man sich bei der Beurteilung der türkischen Generäle sehr zurückhielt. Von einem Ausschuß der Militärs war gar nicht mehr die Rede. Eine "Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen" und die Aufforderung, den 'Demokratisierungs'-Kalender einzuhalten, war alles, was nach 42 Anträgen noch übrig blieb. Der Europarat setzt somit seine beschönigende Haltung auch nach mehreren Delegationsbesuchen in der Türkei fort. Allerdings wies man auf die Möglichkeit einer Staatenklage bei der Menschenrechtskommission hin. Eine solche Beschwerde würde bedeuten, daß die Zustände in der Türkei genau untersucht werden könnten. Als 1969 eine solche Beschwerde gegen die griechischen Obristen geführt werden sollte, zogen diese sich selbst aus dem Europarat zurück. Auch die türkischen Generäle haben schon mit dem Austritt gedroht, was einem Schuldbekenntnis gleichkommt.

Norwegen, Schweden, Dänemark, Frankreich und Holland trafen sich inzwischen, um eine solche Klage vorzubereiten, konnten sich aber, laut Angaben der türkischen Presse, bisher nicht über alle Einzelheiten einigen.

## ...DIE TÜRKEI UND EUROPA

Die Reaktionen der türkischen Junta auf die Diskussionen in Europa zeigen deutlich, daß das immer wieder von den Europäern vorgebrachte Argument, nur wenn die Türkei im Europarat verbleibe, könne man den nötigen Einfluß auf die Generäle ausüben und sie zwingen, zur Demokratie zurückzukehren, jeglicher Grundlage entbehrt:

Am 6. Februar veröffentlichte der Generalstab "Maßnahmen zum inneren und äußeren Schutz des Landes, zur Wahrung seiner Interessen und zur Verhinderung einer Beeinflussung der unabhängigen türkischen Gerichte von außen":

...1. Vereine, Berufsverbände, Gewerkschaften, Stiftungen und ähnliche Vereinigungen dürfen nur mit Erlaubnis der örtlichen Kriegrechtskommandantur Vertreter oder Delegationen von ausländischen offiziellen oder inoffiziellen Vereinigungen einladen und Veranstaltungen, die den Zweck haben, mit solchen Seminare, Konferenzen o.ä. abzuhalten, durchführen.

2. Solche Delegationen oder Einzelpersonen, die ohne Einladung in unser Land kommen, können an Besprechungen und Versammlungen von Vereinen, Berufsverbänden, Gewerkschaften, Stiftungen und ähnlichen Vereinigungen nur mit einer Erlaubnis der örtlichen Kriegrechtskommandantur teilnehmen.

3. Da die ausländischen Radio- und Pressemeldungen ständig das Gift von Lüge, Haß und Verleumdung gegen die Türkei und die heutige Regierung ausspucken, dürfen Meldungen dieser Medien - auch als Zitat - in der türkischen Presse nicht veröffentlicht werden." (Milliyet, 7.2.82)

Außerdem sind die türkischen Zeitungen voll von Artikeln gegen die europäischen Gremien, in denen die Generäle sehr deutlich machen, daß ihnen jede Kritik von außen vollkommen gleichgültig ist und sie auch weiterhin allein das tun werden, was sie selbst für richtig halten. Mit seiner laschen Haltung gibt der Europarat den Jungagenerälen seine formale Zustimmung zu deren Schreckensherrschaft, die gekennzeichnet ist von systematischer Folter, Hinrichtungen, Todesurteilen und anderen Menschenrechtsverletzungen. Die Gelder, die dabei immer noch als Wirtschafts- und Militärhilfe in das Land gepumpt werden, bilden das materielle Gegenstück zu der ideologischen Unterstützung des Regimes!

# EIN KINDERGARTEN GENANNT 'BERATENDE VERSAMMLUNG'

Seit gut zwei Monaten sind nun also die Mitglieder des Scheinparlamentes, genannt 'Beratende Versammlung' im Amt, und man hat von ihnen nicht viel hören können, außer daß die entsprechenden Kommissionen gewählt wurden und einige der Mitglieder sich zu den geplanten Gesetzesänderungen geäußert haben. Es hätte nicht viel gefehlt, und die Repräsentanten des Staates von Juntas Gnaden hätten sich ebenso bekämpft wie einst die nun vielgehaßten Politiker der AP und CHP.

Grund dafür war, daß die Lakaiken der Militärs keine genauen Anweisungen über ihre Befugnisse bekommen hatten. Denn nur so konnte es passieren, daß Einzelne kurz nach Eröffnung der Versammlung schon Interviews mit den Zeitungen machten, die über ein Jahr lang keine Politiker hatten befragen können und sich jetzt auf diese 'Ersatz'politiker stürzten. Aber daß es sich hier nicht um gestandene Politiker mit Sinn für Diplomatie handelte, merkte man schon nach den ersten wenigen Äußerungen.

In diesem Artikel werden wir zunächst einige dieser Bemerkungen und die Reaktionen darauf schildern, um sodann eine Analyse dieser Tatsache vorzunehmen. Die Zitate stammen entweder aus den angegebenen Zeitungen, oder sind dem 'türkeinfondienst' entnommen, der alle 14 Tage die Nachrichten der türkischen Presse übersetzt.

Nachdem die Beratende Versammlung am 23.10.81 zusammengetreten war und in zwei Wahlgängen auch ihren Präsidenten hatte wählen können, stellte sich dieser schon Anfang November der Presse und gab sehr kühne Vermutungen bezüglich der 'Rückkehr zur Demokratie' von sich. Am 4.11.81 war von Sadi Irmak folgendes in der Presse zu lesen:

*In einem Sonderinterview mit dem Reporter der Nachrichtenagentur THA gab Sadi Irmak, der Vorsitzende der Beratenden Versammlung an, daß es für die zukünftige Verfassung im Prinzip drei verschiedene Fassungen gebe, für die bislang noch keine Entscheidung gefallen sei. Hierbei handele es sich um wesentlichen um die Funktion des Staatspräsidenten, der laut Auffassung Nr. 1 nur repräsentative Funktion haben soll; nach Auffassung Nr. 2 alle Exekutivvollmachten innehaben soll und nach Auffassung Nr. 3 etwas begrenzter und weicher sein soll. Sadi Irmak sagte dann: 'Nach meiner persönlichen Auffassung ist die dritte Lösung die für die Türkei günstigste.' Des weiteren entschied sich Irmak in seiner persönlichen Wahl eher für eine Parlamentslösung ohne Senat. Auf den möglichen Zeitpunkt für die Rückkehr zur Demokratie angesprochen, sagte er: 'Es ist sehr schwierig, jetzt schon eine Zeit anzugeben. Die allgemeine Ansicht deutet auf zwei Jahre Dauer hin. Aber ich habe keine genaue Vorstellung über die Dauer. Ich kann nur soviel sagen, daß es nicht so lange dauert, daß die Bevölkerung überdrüssig wird.'*

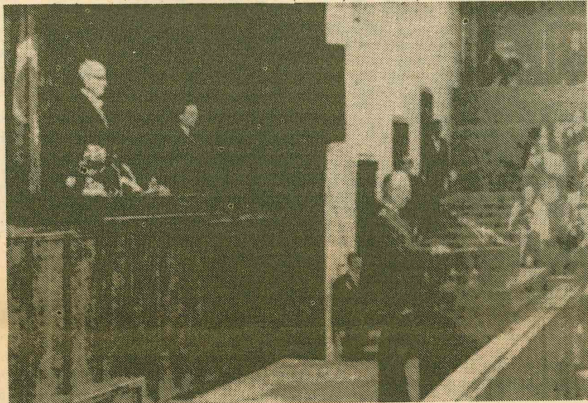
Schon kurz darauf bekam dann der Präsident der Beratenden Versammlung, als ehemaliger Ministerpräsident (während der letzten Militärdiktatur) einer der wenigen 'erfahrenen' Politiker, die Antwort auf seinen kecken Vorstoß. Außerhalb der Tagesordnung ergriff Ismail Arar, der über das Kontingent des Nationalen Sicherheitsrates in die Versammlung gekommen war, das Wort und kritisierte den Präsidenten aufs Schärfste. Der verstand nun auch sofort den Wink mit dem Zaunpfahl und entschuldigte sich öffentlich mit den Worten: 'Da habe ich wieder einmal dazu gelernt.'

Mit seiner Äußerung zur Dauer der Arbeit als 'Verfassungsgebende Versammlung' hatte Sadi Irmak aber eine Diskussion entfacht, die über Tage hinweg nicht verebben sollte. Dieser Diskussion fügte er

dann am 12.11.81 noch eine neue Dimension hinzu, indem er in der Zeitung *Tercüman* verlauten ließ daß man in einer 'optimalen' Zeitdauer wieder zur Demokratie zurückkehren werde. Dieses Mal verhielt sich Herr Irmak aber wesentlich diplomatischer als beim ersten Mal. Zunächst sagte das Wort 'optimal' nicht sehr viel aus. Und auch seine anderen Antworten waren eher nichtssagend.

So antwortete er auf die Frage, wieviel Parteien es geben werde:

*'Das wird durch die soziale Struktur und die Notwendigkeiten des Landes bestimmt. Ich glaube, daß unsere Versammlung die besten Bestimmungen ausarbeiten wird.'* Bei der Frage, ob der Nationale Sicherheitsrat sich auflösen werde, wenn es eine neue Regierung gibt, sagte er schlicht: 'Das wird er selber entscheiden.' Der verehrte Versammlungspräsident hatte dann noch einige Auftritte in der Öffentlichkeit (insbesondere war darunter auch eine Reise in die Bundesrepublik), aber seine Äußerungen wurden immer farbloser.



Anders hingegen die Mitglieder der Beratenden Versammlung, die in der Verfassungskommission ihre Ansichten zu der neuen Verfassung äußern sollten. Der Vertreter der Provinz Bingöl machte den Anfang mit den Bemerkungen:

*'Bei der Erarbeitung der Verfassung von 1961 wurde davon ausgegangen, daß zu einem entsprechenden Überbau sich auch ein angemessener Unterbau entwickeln würde. Diese marxistische Betrachtungsweise wurde in die Verfassung von 1961 insgeheim mit eingearbeitet. Die Verfassung von 1961 war eine Falle. So wie die Verfassung von 1924 wurde auch in der Verfassung von 1961 von der Gewaltenteilung ausgegangen. Aber in der Zeit von 20 Jahren wurde von den politischen Führungen stets der Vorwurf vorgebracht, daß hierdurch die Exekutive geschwächt worden ist. Die Türkei von Atatürk und die türkische Nation ist keine Nation, die sich im Sinne des Marxismus leiten läßt. Wir können uns keine Verfassung geben, die sich an den Verfassungen von Deutschland, Frankreich oder Italien orientiert. Wir können uns eine Verfassung geben, die unserer eigenen Physis angemessen ist.'*

Ihm folgte der Abgeordnete von Istanbul, Muhsin Zekai Bayer, der auch sehr subjektiv seine Meinung zur Verfassungsänderung mitteilte:

*'Es muß daran gedacht werden, daß man die Vertretung der politischen Parteien im Parlament ändert und zu einem Zweiparteiensystem wandelt. Der Staatspräsident sollte vom Parlament gewählt werden und mit gesetzlichen Vollmachten durch die Verfassung ausgestattet werden. Die gesetzgebende Kraft sollte in einem alleinigen Parlament ausgeübt werden. So wie in Frankreich sollte die Kontrolle über die Gesetzgebung durch ein Verfassungsgericht geschehen. Die Gesetze, die aus dem Parlament kommen und vom*

*Verfassungsgericht bestätigt wurden, sollen nach der Bestätigung durch den Staatspräsidenten rechtskräftig werden'*

Schon vorher hatten sich einzelne Mitglieder zu verschiedenen Problemen geäußert. Von einigen war bemängelt worden, daß die derzeitige Regierung nicht durch die Beratende Versammlung kritisiert werden könne. Andere wiederum wagten noch konkretere Schätzungen zur Erarbeitung der Verfassung. Wenn man die Daten, die durch den Staatspräsident Evren in der Neujahrsansprache gegeben wurden, noch in Erinnerung hat, werden die Worte des aus dem Kontingent des Nationalen Sicherheitsrates in die Beratende Versammlung berufene Ertugrul Zekai Okte besonders bedeutend. Er sagte bei der Erarbeitung der Geschäftsordnung am 17.11.81:

*'Die Verfassung könnte am 12.09.1982, das Parteiengesetz am 12. September 1983 und das Wahlgesetz am 1. März 1984 fertiggestellt sein.'*

Dieser Äußerung wurde nicht widersprochen, aber es kam noch in der gleichen Sitzung zu einem Wortgefecht zwischen den Mitgliedern der Kommission zur Erarbeitung der Geschäftsordnung, die sich nicht einigen konnten, wer für die Kommission als Sprecher auftreten solle.

Die nächste "Bombe" ließ aber der Vorsitzende der Kommission für die Erarbeitung der Verfassung platzen. Nachdem sich der Nationale Sicherheitsrat immer wieder gegen eine Einmischung der alten Politiker gewandelt hatte, und nicht nur durch Worte, sondern auch Gesetze, Haftstrafen und andere Mittel gegen gestandene Politiker wie Ecevit vorgegangen war, ließ jetzt der Prof. Dr. Aldikacti als Vorsitzender der Verfassungskommission verlaufen, daß sie sich auch an die alten Parteiführer wenden könnten, um von ihnen einen Rat für die neue Verfassung zu erhalten.

Am 27.11.81 konnte man von ihm in *Hürüyet* lesen:

*'Wir werden eine neue und nationale Verfassung ausarbeiten. Wir beabsichtigen, eine dauerhafte Verfassung zu erstellen! Er betone, daß man sich zu Anfang mehr mit den formalen Fragen der Arbeit im Ausschuss beschäftigt habe. Auf eine Nachfrage aus den Reihen der Journalisten nach Beteiligung der Bevölkerung sagte*

Die Reaktion auf diese Bemerkung war um einiges schärfer, als gegen den Präsidenten der Versammlung Irmak etwa einen Monat vorher. Ertugrul Alati forderte in der Beratenden Versammlung, daß gegen Prof. Orhan Aldikacti und die Zeitung, die die entsprechende Meldung veröffentlichte (Tercüman), ein Prozeß eingeleitet werden müsse, da sie sich gegen die Gesetze des Nationalen Sicherheitsrates gewandt hätten (Cumhuriyet, 01.12.81).

Auch an dieser Reaktion zeigt sich, daß es sich bei den Marionetten der Militärs nicht um ein eingespieltes Team handelt, sondern daß hier erst noch eine Zeit vergehen muß, bis die Spielregeln auch den letzten Hinterbänkler klar sind.

Niemand hat bisher zwar direkt in der Öffentlichkeit eine "rote Karte" durch die Generäle bekommen, aber sofort nach einer nicht ganz akzeptablen Äußerung kamen die Entschuldigungen, die zeigen, daß jeder weiß, wer der Herr im Hause ist.

Einzelne Bemerkungen deuten auch darauf hin, daß viele der Mitglieder der Beratenden Versammlung genau wissen, daß sie im Prinzip gar nichts zu bestimmen haben, und sich deshalb auch persönlicher Meinungsäußerungen enthalten. Aus diesem Grunde ist der Einwand von Irmak, daß

die Militärs schon selber am besten wissen ob sie sich später wieder ganz zurückziehen werden, die ehrlichste aller Antworten.

Nach all den Aktionen der Junta, von der Auflösung politischer Parteien bis zur Bestrafung der ehemaligen Vorsitzenden der CHP, Bülent Ecevit, war klar, daß keine zivile Alternative mehr geduldet werden würde. Die angeblich "neue" Mannschaft in der Regierung und in der Beratenden Versammlung besticht eben nicht durch einen frischen Elan, sondern durch absolute Unerfahrenheit und wenn man so will, Tolpatschigkeit. Ein Wachstumsministerium, das bei den Zuschauern Lachsalven auslösen würde, wenn die Angelegenheit nicht so ernst wäre.

## „Die Türkischen Generäle Sehen Nicht Wie Demokraten Aus“

*Unter dieser Überschrift berichtete Pierre Schori von einem Besuch in der Türkei in der Zeitung 'International Herald Tribune' (16.12.81). Pierre Schori ist Sekretär für Internationales der Schwedischen Sozialdemokratischen Partei. Wir haben die wichtigsten Aussagen Schoris übersetzt und drucken sie hier ab:*

*'Heute, 15 Monate nach dem Putsch in der Türkei, wird die Demokratie nicht gefestigt, wohl aber die Diktatur und die willkürlichen Militärgesetze, die alle Macht in den Händen des Nationalen Sicherheitsrates lassen. Außerdem können wir beobachten, daß eine totalitäre Gesellschaft gegründet werden wird, in welcher die Militärs sich vielleicht der Form halber in die Kasernen zurückziehen werden, aber an der Macht bleiben werden durch eine Anzahl von Institutionen und Körperschaften, die sie kontrollieren... Die ausgewählte Konstituierende Versammlung hat keine Macht. Der Terrorismus in den Straßen wurde gestoppt, das ist wahr, aber er wurde durch den staatlichen Terror ersetzt', wurde mir in der Türkei verübert. Die Hauptidee bezüglich der türkischen Ausrichtung auf Europa war die Modernisierung der Gesellschaft durch den europäischen Einfluß. Die Ironie will es, daß die Türkei Europa beeinflusst, indem die Generäle Methoden einführen, die sie aus Lateinamerika geborgt haben. Die systematische Folter ist zügellos gegenüber politischen und gewerkschaftlichen Dissidenten. Ein Zentrum der Folter ist das Ocagi Humayun Gebäude in der Davutpaşa-Kaserne in Ankara... Todesstrafen sind zu hunderten beantragt und übertreffen damit den schrecklichen Standard in Lateinamerika.'*

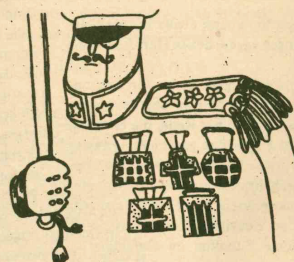
ter angetreten haben. Als einzige Begründung wurde angegeben, daß einige Minister nur 4 Tage in der Woche in Ankara bei ihren Regierungsgeschäften, aber drei Tage in Istanbul gewesen seien. Es war zu erwarten, daß der Minister für Zoll- und Staatsmonopol, Recai Baturalp, als erster von dieser Revision, die unter anderem als 'Verjüngung' des Kabinetts bezeichnet wurde, betroffen würde. Er hatte eine grundlegende Verbesserung im Zollwesen in absehbarer Zeit angekündigt, was ihm aber nicht gelungen ist. Es hieß, daß er deshalb seinen Hut nehmen mußte. Für ihn wurde Prof. Ali Bozer ernannt. Er ist Dekan der juristischen Fakultät in Ankara und gehört dem Aufsichtsrat der OYAK (dem hauseigenen Konzern der Militärs) an.

Wie man sieht, ein vielbeschäftigter Mann, bei dem die Frage ist, ob er mehr als 4 Tage in der Woche für sein Ministeramt übrig hat.

Nachdem ursprünglich von 9 Ministern die Rede war, die ausgetauscht werden sollten und täglich neue Gerichte im Umlauf waren, wurden zum Schluß außer dem Zollminister noch drei weitere Minister ausgetauscht:

- anstelle des ehemaligen Energie- und Bodenschätzungsministers Serbülen Bingöl wurde Fahrir Ilkel ernannt. Er gehört zum Aufsichtsrat der Koc Holding und ist 56 Jahre alt.

- anstelle des ehemaligen Minister für Gesundheit und Soziales, Necmi Ayanoglu, wurde Prof. Kaya Kilitcugay ernannt. Er war nach seiner Graduirung als Mediziner Militärarzt und wurde 1972 zum Professor ernannt. Er ist 52 Jahre alt.



- anstelle des ehemaligen Industrie- und Technologieministers Sahap Kocotopcu wurde Mehmet Turgut ernannt. Er gehörte seit 1961 dem Parlament an.

Sicher hatte der Nationale Sicherheitsrat seine Gründe für die Umbildung, doch sie blieben im Verborgenen, die Bevölkerung wurde nur mit Gerüchten abgespeist. Offenkundig ist nur eines, daß ein Aufsichtsratsposten bei einem Großkonzern eine gute Eintrittskarte in das Kabinett der Junta ist.

## VERJÜNGT INS NEUE JAHR

Im Dezember 1981 war plötzlich in den Medien der Junta von einer Revision im Kabinett des Ministerpräsidenten Ulusu die Rede. Von einer Revision, deren Hintergründe bis heute im Dunklen geblieben sind, obwohl vier neue Minister zum Jahreswechsel ihre Äm-



# TER . SCHLAGLICHTER . SCHLAGLICHTER . SCHLAGLI

## 500 Lira Strafe für Wäscheaufhängen

Nachdem man schon kurz nach dem Putsch die fliegenden Händler mit den Handkarren aus den Straßen der Städte verbannt hatte, möchte die Militärrherrschaft nun auch noch die Wäsche der Bürger von den Balkonen verschwinden lassen. Zu diesem Zwecke wurden extra Polizeistreifen eingerichtet, die nichts anderes zu tun haben, als Übeltäter zu ermitteln und Bußgeld gegen solche Leute zu verhängen, die immer noch ihre Wäsche vor den Augen der Nachbarn aufhängen sollten.

## DISZIPLIN IM AUSSEN-MINISTERIUM

Der bei der Flugzeugführung nach Sofia so erfolgreiche Staatssekretär im auswärtigen Amt, Kamuran Gürün, hat im eigenen Amt mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es gab doch tatsächlich Beamte und Beamtinnen, die sich nicht der militärischen Disziplin der Staatsorgane unterwerfen wollten. Sie sprachen nicht nur während der Dienstzeit miteinander, sondern brachten teilweise auch ihre Kinder mit in die Amtsstuben. Einige ließen sich sogar zu deftigen Scherzen hinreißen, indem sie ihre Mitarbeiter in anzüglicher Weise berührten. All dies ist nun per Erlaß unterbunden worden.

Resultat: noch eine Institution vor der Disziplinlosigkeit gerettet.

## KEINER DARF OHNE STRÜMPFE IN DIE SCHULE

Das Erziehungsministerium hat endlich die notwendige Ordnung in den Schulen geschaffen. Von nun an müssen Schüler und Lehrer Strümpfe tragen, wenn sie in die Schule wollen. Außerdem ist das Tragen von Barttracht und Kopftüchern streng untersagt. Der Haarschnitt und auch die übrige Kleidung wird fein säuberlich durch einen Erlaß geregelt.

Problematisch wurde der Erlaß nur an einer Stelle: das Tragen von Kopftüchern. Vorreiter waren in diesem Fall die theologischen Schulen, an denen die Mädchen traditionell nur mit Kopftuch zum Unterricht erscheinen. Da an eine Zurücknahme des Erlasses nicht zu denken war, wurden dann auch die Konsequenzen ergriffen. Drei Mädchen, die trotz des Erlasses wieder mit Kopftuch zum Unterricht erschienen, wurden festgenommen und es ist unklar, ob ihnen jetzt auch der Prozeß gemacht werden wird.

Damit war die Sache aber nicht ausgestanden. Nun meldeten sich Stimmen aus der beratenden Versammlung, die diesen kritisierten. Aber wie schon in anderen Fällen wurden die Abweichler gleich wieder von 'Linientreuen' kritisiert. Was soll man nun davon halten?

Ist die Junta etwa so fortschrittlich, weil sie sich an den Westen anpassen möchte? Wohl kaum. Hier wird versucht, mit Gewalt das durchzusetzen, was die Technokraten für Recht und Ordnung halten. Aufgrund der Reaktionen hat man aber gemerkt, daß man sich doch die falschen Leute zu Feinden machen könnte. Deswegen verlautete inzwischen, daß eine

Kommission beim Erziehungsministerium eingerichtet worden ist, die die Richtlinien für die Kleidung der Schüler und Lehrer ausarbeiten soll.

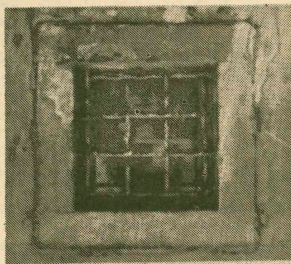
## 100 000 Menschen Dürfen Nicht Ausreisen

Wie aus den oberen Etagen der Polizeidirektion verlautete, dürfen mehr als 100.000 Menschen nicht aus der Türkei ausreisen. Dies ist die Erfolgsbilanz des Zentrums für Information, das kurz nach dem Militärputsch eingerichtet worden ist. In der Mitteilung heißt es, daß die genauen Daten dieser Menschen aufgenommen worden seien, die wegen politischen Gründen, aus steuerrechtlichen oder militärischen Erwägungen heraus das Land nicht verlassen dürfen. Durch diese Maßnahme ist es den Betroffenen unmöglich, sich in irgendeiner Provinz einen Paß ausstellen zu lassen und dadurch wird die Ausreise verhindert.

Es ist anzunehmen, daß unter diesen 100.000 'Verdächtigen' die große Zahl der politischen Gefangenen noch gar nicht aufgeführt ist, so daß die wahre Zahl der komplett überwachten Personen von Einiges höher sein dürfte.

## 1982 WERDEN 29 GEFÄNGNISSE ERÖFFNET

Der Bau von Gefängnissen hat inzwischen ein enormes Tempo erreicht. Während der Justizminister noch im September verlauten ließ, daß in der Türkei 47 neue Gefängnisse gebaut werden, liegt die Planung für 1982 bei 29 Gefängnissen, von denen es sich bei 13 um sogenannte große Gefängnisse mit einer Kapazität von 1.500 - 2.000 Gefangenen handelt. Allein 18 der insgesamt 29 Gefängnisse sollen bis Ende März 1982 fertiggestellt sein.



Trotzdem wird auch dann der Platz für die große Zahl von Gefangenen nicht ausreichen. Selbst bei einem Zuwachs von 30.000 Plätze wäre die Gesamtzahl der Gefängnisplätze noch bei 80.000 und das reichte nicht einmal für die politischen Gefangenen. Mit anderen Worten werden auch in Zukunft weiterhin Schulen und Kinos als Kasernierungsmöglichkeit für Oppositionelle genutzt werden.

## 91 Frauen in Mamak wegen Hungerstreik angeklagt

Jetzt wurde in Ankara ein Prozeß gegen 91 Frauen eröffnet, die im Juli 1981 im Militärgefängnis von Mamak zusammen mit anderen Gefangenen einen Hungerstreik gegen die Haftbedingungen durchführten. Den

Frauen, die den Organisationen Devrimci - Yol, TKP und Partizan zugeordnet werden, sollen am 28.7.81 sich den Sicherheitskräften widersetzt haben, indem sie Parolen wie 'Schluß mit der Folter in Mamak. Die Soldaten sind die Brüder des Volkes' gerufen haben. Auf diese Aktion steht laut Gesetz, so wie es von den Militärs interpretiert wird, eine Strafe bis zu 4 Jahren.

Hieran sieht man, daß die Militärs gegen jede Art von Kritik vorgehen, auch dann wenn ihnen durch die Aktion selbst keine Gefahr droht. Der Prozeß zeigt aber auch, daß die Sicherheitskräfte den Streik nicht haben totschweigen können. Dies muß unbedingt als Erfolg gewertet werden, der sich durch eine entsprechende Prozeßführung auch noch ausweiten läßt. Es ist traurig aber wahr, die Gefängnisse scheinen sich zum einzigen Ort des Widerstandes entwickelt zu haben.

Ein Beispiel dafür sind die letzten Hungerstreikaktionen in Mamak/Ankara und Metris sowie Alemdag/Istanbul. In Ankara waren es allein 3.000 Gefangene, die sich an dem Hungerstreik zum Protest gegen das Massaker von Kahramanmaraş beteiligten. (1978 hatten die Faschisten in Kahramanmaraş ein Blutbad unter der alevitischen Bevölkerung angerichtet, das zur Ausrufung des Blutbades diente). Schon kurz nach Beginn des Hungerstreikes wurden Nasuh Mithap, Oguzhan Müftüoğlu und Melih Pekdemir zur erneuten Folterung geschleppt, weil man den Mitgliedern des Zentralkomitees von Devrimci Yol vorwarf, diesen Streik angezettelt zu haben.

In Istanbul gingen die Militärs mit gleicher Härte gegen alle Beteiligten vor, indem sie Tränen- und Brandbomben in die Abteilung der Streikenden warfen. Dabei wurde einem Gefangenen in Alemdag der Arm abgerissen. Diese erneute Frechheit leisteten sich die Militärs just zu einem Zeitpunkt, als sich die Delegation des Europarates in der Türkei aufhielt, aber man kann sicher sein, daß diesen Politikern nichts davon bekannt wurde. Trotzdem muß man positiv erwähnen, daß von amnesty international bis hin zur GEW eine ganze Menge Institutionen aus Europa gegen diese Grausamkeit protestierten.

## 3 Abgeordnete der CHP Freigesprochen

Bei systemkonformen Politikern nehmen die Militärrichter doch manchmal Abstand von ihrer Justizwillkür. In Balıkesir waren drei ehemalige Parlamentarier der sozialdemokratischen CHP angeklagt, während des Wahlkampfes im Jahre 1977 Parolen auf Straßen und Wände schmierern gelassen zu haben. Ihr Prozeß fand zunächst einmal vor einem Zivilgericht statt, da dann keine Mühe hatte, aufgrund der miesen Beweislage, die drei Ex-Politiker Sadullah Usumi, Yüksel Cakmur und Nuri Bozayel freizusprechen.

## YILMAZ GÜNEY IST ZIEL EINER DIFFAMIERUNGSKAMPAGNE

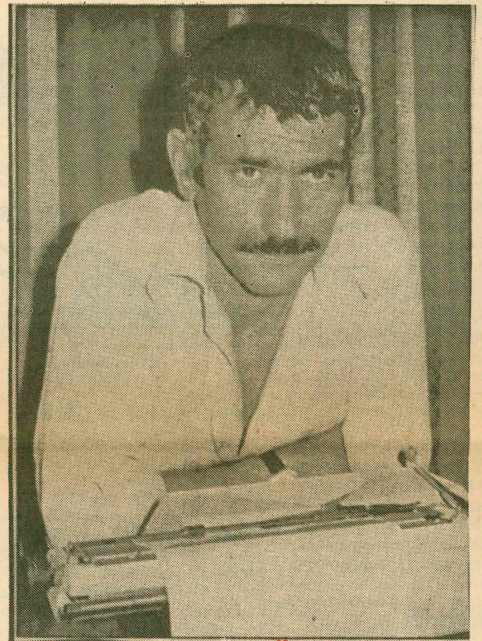
Nachdem es dem wohl bekanntesten Regisseur der Türkei, Yılmaz Güney, Mitte Oktober gelungen war, aus der Haft ins Ausland zu flüchten, hatte die Boulevardpresse der Türkei nichts besseres zu tun, als Gerücht über Gerücht zu veröffentlichen. Während sie

sich anfangs noch darauf beschränkten, zu vermuten, in welches Land denn nun Yılmaz Güney geflohen seien könnte, wurden die Nachrichten später immer dreister.

Zunächst hieß es, daß Yılmaz Güney jetzt seine Lebensgeschichte für 200.000 Dollar verkaufen würde, dann erschien ein Bericht in der rechten Zeitung 'Tercüman', daß ihm Jürgen Roth zur Flucht verholfen haben sollte. Die Richtigkeit von Jürgen Roth stand vier Tage später in einer völlig unbeachteten Ecke und war als solche gar nicht zu erkennen.

Den Gipfel aber schoß die türkische 'Bild-Zeitung' Hürriyet, ab, als sie be-

hauptete, daß Yılmaz Güney nun als neuer Chef der illegalen TKP vorgesehen sei. Hürriyet wußte von geheimen Treffen in Ost-Berlin und einem Kongreß, der in einer verschneiten Ortschaft von Bayern mit allen oberen Chargen der TKP stattfinden sollte, um Yılmaz Güney dort zum Kronprinzen des alternden Vorsitzenden der TKP zu küren. Dies ist die übelste Stimmungsmache gegen einen Künstler, der sich nie einer bestimmten politischen Richtung untergeordnet hat. Nun ja, Yılmaz Güney gab auf seine Weise eine Antwort auf diese Anschuldigungen, einen Kommentar in der Oppositionellenzeitung 'Demokrat Türkiye', deren erste Nummer im Februar 1982 erschien.



YILMAZ GÜNEY

## TÜRKEI INFORMATION

türkei information berichtet aus der Türkei und von türkischen und kurdischen Arbeitern in der Bundesrepublik. türkei information erscheint 2-monatlich.

Ich möchte Abonnent der türkei information werden   
Preis für 1 Jahr: DM 15,-

Anschrift: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

türkei information  
Ebertplatz 12  
5000 Köln 1

Stadtparkasse Köln  
Konto: L. Ulusal 144 9132 17  
BLZ: 370 501 98

## TÜRKEI INFODIENST

türkei infodienst gibt Meldungen der türkischen Presse in deutscher Übersetzung wieder. Er versucht hiermit, trotz der Zensur, der die gesamte türkische Presse unterliegt, ein Bild von der Lage in der Türkei wiederzuspiegeln.

Nur über Abonnement beziehbare! erscheint 2-wöchentlich

Ich möchte den türkei infodienst abonnieren.

1/2 Jahr, DM 15,-  1 Jahr, DM 30,-

Anschrift: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

türkei infodienst  
Ebertplatz 12  
5000 Köln 1

Stadtparkasse Köln  
Konto: L. Ulusal 144 9132 17  
BLZ: 370 501 98

# WIRTSCHAFTSRÜCKBLICK '81

Gäbe es einen Nobelpreis für Optimismus, für das Jahr 1981 hätte ihn zweifelsohne Turgut Özal, Wirtschaftsfachmann der türkischen Junta, erhalten:

„Seit einiger Zeit legt Turgut Özal, Stellvertretender Ministerpräsident für wirtschaftliche Entwicklung, einen strahlenden Optimismus über die Lage der türkischen Wirtschaft an den Tag. Er scheint dazu angespornt zu sein durch die Kontakte, die er in Washington mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds... hatte und aus welchen angeblich Zufriedenheit über den bisherigen Gang des wirtschaftlichen Sanierungsprogramms hervorging.“ (‘Neue Züricher Zeitung’, 9.12.1981)

So sagte Özal nach seinem Besuch in Washington: „Es ist jedenfalls hervorzuheben, daß die Leistungen der Türkei im Jahr 1981 dazu geführt haben, daß sich die Wirtschaft in einer Weise verbessert hat, die einmalig in der Welt ist – immer verglichen mit den Leistungen des Jahres 1980.“ (Nach: ‘Handelsblatt’, 2.12.1981)

Özals Optimismus steht im krassen Gegensatz zu den Äußerungen verschiedener türkischer Industrieller. Der Vorsitzende der Handelskammer in Ankara erklärte: „Nicht allen Betrieben geht es gut, besonders nicht den binnenmarktorientierten.“ (Nach: International Herald Tribune, 2.12.81) Und die Zeitung ‘Milliyet’ schrieb in einem Kommentar: „Es besteht kein Zweifel, daß unsere Privatindustrie ums Leben kämpft.“ (Nach: ‘Neue Züricher Zeitung’, 2.12.1981).

„Einmalige Verbesserung“ u. „Kampf ums Leben“, das paßt nicht zusammen. Es stellt sich die Frage, was im vergangenen Jahr in der türkischen Wirtschaft wirklich passierte, daß zum Schluß solche unterschiedlichen Beurteilungen herauskommen.

## Monetarismus als Grundlage

Greifen wir dazu noch ein Stück weiter zurück: Im Januar 1980 hat die damalige Regierung Demirel mit einem Wirtschaftsprogramm eine grundlegende Wende in der türkischen Wirtschaftspolitik eingeleitet. Diese neue Wirtschaftspolitik wurde von der Junta konsequent weitergeführt.

Die beiden Eckpfeiler der neuen Wirtschaftspolitik waren zum einen die Steigerung der türkischen Exporte, um so dem Außenhandelsdefizit zu Leibe zu rücken, und zum anderen der Kampf gegen die Inflation, die bei über 100% gelegen hatte. Daß gerade diese beiden Punkte für wichtig erachtet wurden (und nicht z.B. die immense Arbeitslosigkeit in der Türkei), erklärt sich aus der derzeitigen Lieblingstheorie der westlichen Kapital- und Finanzgrößen: Der Monetarismus lehrt, daß in einem Land wie der Türkei vorrangig die Inflation und das Handelsdefizit zu bekämpfen seien, alle anderen Probleme würde die freie Marktwirtschaft im freien Spiel der Kräfte von selbst beheben, wenn man nur etwas Geduld an den Tag lege.

Folgerichtig betrachtet Özal als waschechter Monetarist die türkische Wirtschaft unter dem Gesichtspunkt der Exportsteigerung und der Inflationsbekämpfung. Sind dabei Erfolge zu verzeichnen, so ist die Wirtschaft auf dem richtigen Weg und sein Optimismus verständlich. Tatsächlich hat es die monetaristische Wirtschaftspolitik erreicht, daß im ersten Halbjahr 1981 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum die Exporte um 50,7% gestiegen sind und daß die Inflationsrate von über 100% auf

unter 40% gesunken ist. Auf diese Zahlen begründet Özal seinen Optimismus. Was er durch die Brille des Monetarismus nicht sieht, ist der Preis, den die türkische Wirtschaft für diese Entwicklung zu zahlen hatte.

in jene Industriezweige fließen, die exportfähig sind, um so die immer noch knappen Devisen auf den Export zu konzentrieren.

Tatsächlich ist der industrielle Export im ersten Halbjahr 1981 um 96,1% angestiegen. Doch ist diese

Steigerung zum einen begleitet von einem Anwachsen der dafür notwendigen Importe, so daß unter dem Strich sich das Handelsbilanzdefizit ausgeweitet hat, und zum anderen sind es nur wenige Industriezweige, die die Umstellung auf Exportproduktion erfolgreich durchführen konnten. Die Mehrzahl der türkischen Industrieerzeugnisse sind auf den internationalen Märkten nicht konkurrenzfähig, also können sie auch nicht exportiert werden. Daraus hat sich im vergangenen Jahr eine Situation der türkischen Wirtschaft entwickelt, die sich am besten mit dem Begriff ‘gespaltener Markt’ beschreiben läßt.

„Durch die Maßnahmen vom 24. Januar gerieten etliche Firmen in Not, da der Binnenmarkt eingeschränkt wurde und die Kreditzinsen erheblich anstiegen. Insbesondere bei Firmen, die Konsumgüter für den Binnenmarkt produzieren und wesentlich auf ausländische Quellen angewiesen sind, machte sich dies bemerkbar. Es wurde beobachtet, daß einige Firmen durch gesenkte Preise zwar den Umsatz steigern konnten, aber demgegenüber sehr wenig Gewinn erzielen konnten oder sogar mit Verlust arbeiteten. Es hat den Anschein, daß ohne eine Öffnung des Binnenmarktes die Firmen, deren Aussichten auf eine Exportorientierung gering erscheinen, sich nur sehr schwer erholen werden.“ (‘Cumhuriyet’, 4.12.1981)

Ein solche anhaltende Flaute kann ein großer Konzern durchstehen, nicht aber ein kleiner Betrieb, der auf beständigen Absatz angewiesen ist. Die Zahl der Pleiten ist folglich im vergangenen Jahr auf schwindende Höhen angestiegen.

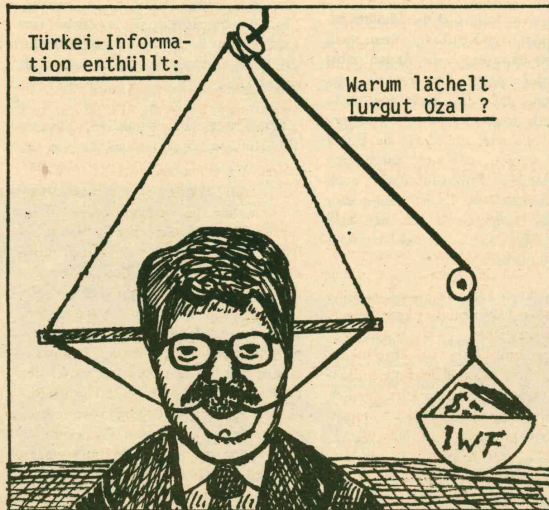
Nun wird nicht nur deutlich, warum verschiedene türkische Industrielle die Industrie in einem Überlebenskampf sehen, sondern wir können auch direkt angeben, aus welchen Industriekreisen diese Klagen kommen:

- Die exportfähige Industrie lebt in einem kapitalistischen Scharlatanland. Sie klagt sicher nicht.
- Die wenigen großen Konzerne wissen, daß sie eine Absatzflaute sehr lange durchhalten können, während sie mit Genugtuung feststellt, daß lästige Konkurrenten, die nicht so finanzkräftig sind, durch die Flaute von der Bildfläche verschwinden und so sich die wirtschaftliche Macht immer mehr in immer weniger Händen konzentriert.
- Die Klagen kommen von der kleinen und mittleren Industrie, die nicht exportfähig ist, und die Klagen entsprechen der Realität, denn diese Industriellen kämpfen oft tatsächlich um das wirtschaftliche Überleben.

Der ‘gespaltene Markt’ entsteht aus den unterschiedlichen Entwicklungen in der exportfähigen Industrie. Er hat als Grundlage die rapide gesunkene Kaufkraft der Massen. Seine Auswirkungen sind zum einen vermehrte Pleiten in der nicht exportfähigen Klein- und Mittelindustrie, was die Arbeitslosigkeit in die Höhe treibt, zum anderen eine rasch voranschreitende Monopolisierung der türkischen Wirtschaft, die schon bisher von nur sieben großen Holding-Gesellschaften geprägt war.

## Der Rückgang der Inflationsrate

Eine weitere Auswirkung hat der ‘gespaltene Markt’ ebenfalls: Da die Firmen ihre Produkte kaum noch loswerden aufgrund der gesunkenen Kaufkraft, versuchen sie, zumindest einen Teil der Waren loszuwerden, indem sie die Preise nicht weiter erhöhen oder gar senken, und indem sie bessere Ratenzahlungsmöglichkeiten anbieten, um so doch noch den einen oder anderen Kunden zu finden. Wenn die Preise nicht mehr wie bisher steigen, dann heißt das, daß die Inflationsrate zurückgeht. Turgut Özal jubelt, denn das scheint ihm ein Zeichen wirtschaftlicher Gesundung zu sein. Man muß mit der Blindheit eines Monetaristen geschlagen sein, wenn man ein Sinken der Inflationsrate, das durch die Erdrosselung des Binnen-



## Export und Import

Betrachten wir zunächst die Situation bei den Exporten. Traditionell exportiert die Türkei vor allem landwirtschaftliche Güter. Für diesen Bereich stellt die OECD in einem Bericht über die Türkei fest: „Die Türkei wird wahrscheinlich nicht in der Lage sein, ein weiteres bedeutsames Wachstum der Agrarexporte zu erreichen, ohne daß substantiell höhere Investitionen mittelfristig durchgeführt werden.“ (OECD Economic Surveys: Turkey; Paris, 1981, S. 16) Für mittelfristige wesentlich höhere Investitionen fehlt in der Staatskasse jedoch das Geld. Wenn es der Türkei dennoch gelungen ist, im ersten Halbjahr 1981 den landwirtschaftlichen Export um fast ein Viertel zu steigern, so einzig und allein deshalb, weil diese landwirtschaftlichen Produkte dem türkischen Binnenmarkt entzogen worden sind. Das bedeutet, daß Grundnahrungsmittel in der Türkei knapper geworden sind. Knappere Grundnahrungsmittel aber heißt, daß im Bereich der Grundnahrungsmittel die Inflationsrate weiterhin hoch ist. Für die Bevölkerung bedeutet also die Exportsteigerung bei landwirtschaftlichen Produkten, daß die Grundnahrungsmittelversorgung sich verschlechtert hat.

Anders sieht es bei den Exportchancen für industrielle Güter aus. Da die türkische Industrie, um arbeiten zu können, auf den Import von Rohstoffen, Montage- und Ersatzteilen angewiesen ist, die notwendigen Devisen für den Import dieser Waren aber bisher fehlten, sind die Kapazitäten der türkischen Industrie nur zu einem Bruchteil ausgelastet, so daß es ohne neue Investitionen möglich wäre, die Produktion zu steigern, wenn ausreichend Devisen zur Verfügung stünden. Die Milliardenkredite der westlichen Industrieländer wie auch die erhöhten Überweisungen von im Ausland arbeitenden Türken haben hier einen größeren Spielraum geschaffen. Dennoch reicht dieses Geld nicht aus. Deshalb hat die Junta dafür gesorgt, daß Devisen vor allem

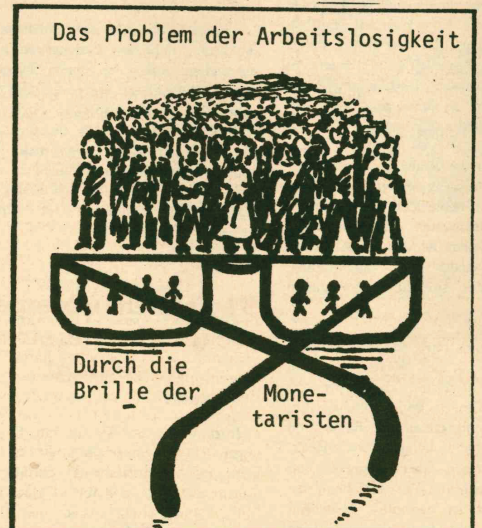
Stand, der über gewisse Reichtümer verfügt, verkaufte, was nicht nett und nagelfest war, um das Geld auf die Banken zu tragen, da diese traumhafte Zinsen zahlten. So standen zwar Gelder für die Exportoffensive zur Verfügung (auch lagen die Zinsen für Exportkredite weit unter den sonstigen Kreditzinsen), aber die Kaufkraft der großen Masse der türkischen Bevölkerung ist rapide gesunken.

## Der Gespaltene Markt

Da der Export die heilige Kuh der Monetaristen ist, wurde alles getan, ihn anzukurbeln. Das heißt vor allem, der exportfähigen Industrie alle möglichen Geldquellen zu erschließen, damit die finanziellen Voraussetzungen für verstärkten Export gegeben sind. Dazu werden die Löhne und Gehälter eingefroren und ein Steuergesetz verabschiedet, um die Lohnkosten niedrig zu halten und über die Steuereinnahmen Gelder für die Exportoffensive freizusetzen. Dazu wurden die Zinsen für Spareinlagen und Kredite freigegeben, die daraufhin sprunghaft in die Höhe schnellten. Der Mittel-

stand, der über gewisse Reichtümer verfügt, verkaufte, was nicht nett und nagelfest war, um das Geld auf die Banken zu tragen, da diese traumhafte Zinsen zahlten. So standen zwar Gelder für die Exportoffensive zur Verfügung (auch lagen die Zinsen für Exportkredite weit unter den sonstigen Kreditzinsen), aber die Kaufkraft der großen Masse der türkischen Bevölkerung ist rapide gesunken.

Einen ungefähren Eindruck von der Verelendung, der die Mehrzahl der Bevölkerung unter der monetaristischen Politik unterworfen ist, geben die folgenden Zahlen: Seit Beginn der monetaristischen Politik im Ja-



marktes entstanden ist, für eine Gesundung hält. Aber die Monetaristen halten es nun mal mit dem alten Chirurgenpruch: 'Operation gelungen, Patient tot!'

### Zusammenfassung

Die Exporte sind gestiegen, aber da die Importe ebenfalls gestiegen sind, hat sich das Außenhandelsdefizit weiter erhöht. Die Exportsteigerung war möglich, indem alle verfügbaren Gelder in diesen Zweig geleitet wurden. Das hatte zur Folge, daß die Kaufkraft der Massen um die Hälfte gesunken ist. Eine breite Verelendung hat eingesetzt. Gleichzeitig hat die Senkung der Massenkaufkraft den Binnenmarkt so sehr eingegengt, daß zahlreiche Pleiten zu verzeichnen waren. Dementsprechend ist die Arbeitslosigkeit angestiegen, und die großen Konzerne wurden noch dominierender, die Monopolisierung ist vorangeschritten. Als Folge des eingegengten Binnenmarktes ist die Inflation gesunken. Die gesunkene Inflation ist Ausdruck der tiefen Krise, in der sich große Teile der türkischen Industrie befinden und keineswegs Ausdruck der Gesundung.

### AUSBLICK

Nach zwei Jahren monetaristischer Politik in der Türkei stellt sich die Frage, was die Zukunft der türkischen Wirtschaft und vor allem der Bevölkerung bringen wird. Es ist nicht zu erwarten, daß die monetaristische Politik aufgegeben wird, denn diese Politik ist vom Internationalen Währungsfond und den westlichen Industrieländern diktiert, die gerade durch die monetaristische Politik ihre imperialistischen Ziele am besten zu verwirklichen sehen. Folgende Punkte lassen sich dementsprechend absehen:



- 1.) Eine Fortsetzung der Exportoffensive auf dem Sektor der landwirtschaftlichen Produkte hat enge Schranken, da die türkische Landwirtschaft nur durch eine grundlegende Landreform und hohe Investitionen zu einer Steigerung ihrer Produktivität fähig wäre.
- 2.) Eine Fortsetzung der Exportoffensive auf dem Sektor der industriellen Produktion ist über einen längeren Zeitraum zwar möglich, jedoch um den Preis steigender Importe. Sollten die Kredite der westlichen Industrieländer spärlicher fließen oder der Weltmarkt eine rasche Einengung erfahren, so wird allerdings die Exportoffensive von außen erdröselt werden.
- 3.) Da die Importe weiterhin steigen werden, wird die Junta über kurz oder lang das Problem des Außenhandelsdefizits letztlich nur dadurch angehen können, daß sie versucht, die Importe zu drosseln. Um die

Exportoffensive nicht zu gefährden, wird sie zu dirigistischen Eingriffen in die Importstruktur greifen müssen, indem sie Einfuhrbeschränkungen bzw. Einfuhrverbote für all jene Güter erläßt, die nicht unmittelbar der Exportindustrie nutzen. So wird die einheimische Industrie weiter erdröselt werden, die Versorgungslage der Bevölkerung sich folglich noch verschlechtern.

4.) Jene Industriezweige, die nicht auf Export umstellen können - und das sind die meisten - werden wegen der schlechten Absatzlage eine steigende Zahl von Pleiten und Entlassungen aufweisen. Auf die Dauer wird die Junta nicht drumherumkommen, auch in den unrentablen Staatsbetrieben Massenentlassungen durchzuführen, so daß die Zahl der Arbeitslosen in nächster Zeit noch erheblich ansteigen dürfte.

5.) Die Inflationsrate wird vorerst noch weiter sinken, da für eine Belebung des Binnenmarktes die Voraussetzungen fehlen. Die höchste Inflationsrate dürfte allerdings bei den Grundnahrungsmitteln liegen, da hier die Nachfrage nach wie vor gegeben ist. Die offiziellen Inflationszahlen werden daher immer mehr mit Vorsicht zu genießen sein, da es für die Bevölkerung uninteressant ist, ob die Autopreise sinken, wohl aber ob die Brotpreise überdurchschnittlich steigen.

6.) Der 'gespaltene Markt' wird weiterhin charakteristisch für die türkische Wirtschaft sein. Das heißt, eine Betrachtung der türkischen Wirtschaft muß immer mehr davon ausgehen, daß der Binnenmarkt eine andere Entwicklung nimmt als die Exportindustrie.

7.) Die großen Konzerne werden noch größer werden, da der eingegengte Binnenmarkt und die dadurch ansteigenden Pleiten eine Monopolisierung unterstützen. Die Monopole zusammen mit den kleineren Exportbetrieben werden der Sieger der monetaristischen Politik sein. Doch ist zu bedenken, daß auch die Mehrzahl der Produkte der Großkonzerne international nicht konkurrenzfähig sind. Deshalb können die Konzerne nicht bedeutsam in das Exportgeschäft einsteigen. Sie werden auf dem Binnenmarkt ihre kleineren Konkurrenten niederrücken, als Sieger dastehen, aber der türkischen Wirtschaft keine neuen Impulse geben können. Die einzige Flucht nach vorn, die sie antreten werden und müssen, ist der Ausverkauf der türkischen Wirtschaft an die kapitalistischen Metropolen. Selbst die letzten Reste einer eigenständigen türkischen Wirtschaftsentwicklung werden dann der Vergangenheit angehören.

8.) Der Mittelstand, der jetzt sein Geld auf die Bank trägt, um von den Zinsen zu leben, wird ebenso wie die Binnenmarktindustrie ruiniert werden, denn bei Ruinierung des Binnenmarktes wird es für kleinere Banken und die zahlreichen Bankiers unmöglich sein, die hohen Zinsen für Spareinlagen weiterzuzahlen, da die Kredite, die ebenso hohe Zinsen haben, für potentielle Kreditnehmer immer unerschwinglicher werden.

9.) Die türkische Wirtschaft ist nicht auf dem Weg der Gesundung, sondern wird in absehbarer Zeit eine solche Verelendung der Masse der Bevölkerung mit sich bringen, daß sich trotz der Unterdrückung und des Terrors durch die Junta, die Frage des Widerstandes unanwendbar stellen wird. Dabei ist festzustellen, daß außer in den exportfähigen Sektoren von der wirtschaftlichen Ruinierung nicht nur Arbeiter und Bauern betroffen sein werden, sondern ebenso Kleinkapitalisten, Händler, und viele mehr, so daß in der Opposition all jene Ideologien und Denkweisen einfließen werden, die den betroffenen Klassen und Schichten eigen sind.

## Kurznachrichten Wirtschaft

**"Beamtenbriefe stimmen mich weinerlich"**  
so äußerte sich Turgut Özal gegenüber dem Wochenmagazin "Yanki", von dem er zum "Mann des Jahres" gewählt worden war. Er meinte unter anderem, daß alle Gesellschaftsschichten unter der gegenwärtigen Politik zu leiden hätten und weiterhin Verzicht üben müßten. Die inflationäre Entwicklung sei nur für Schwarzmarktclowns von Vorteil. Für Arbeitnehmer, Beamte und Rentner sei sie hingegen der Feind Nummer eins. Deshalb sei für das Jahr 1982 eine Inflationsrate von 25 % vorgesehen.

### EG behindert den Import von türkischem Garn und Rosinen

Die EG - Landwirtschaftskommission hat zum Schutz ihrer Mitglieder die Erhebung von Importsteuern für türkisches Garn und Rosinen beschlossen. Schuld an dieser Entwicklung seien die Dumping-Preise der türkischen Produzenten.

### Kleinsparer ruiniert

**"Bankier beging Selbstmord"**  
**"Ein Privatbankier hat sich aus dem Staub gemacht"**  
**"Büro eines Privatbankiers niedergebrannt"**  
Das sind die Schlagzeilen, die in den letzten Tagen und Wochen die Titelseiten der türkischen Tageszeitungen beherrschten. "Was ist geschehen?" fragte sich jeder Kleinsparer und lief zu seinem Bankier, um sein Geld vor Ablauf der Rate zurückzuholen. In den wenigsten Fällen konnten aber die Sparer ihr Geld zurückbekommen. Die Bankiers hatten sich nämlich still verdrückt oder aber Konkurs angemeldet. Die Sparer wurden in einigen Fällen mit dem orakelhaften Spruch empfangen: "Man kann im Leben gewinnen oder verlieren. Sie stehen leider auf der Seite der Verlierer." Die Tragödie hatte schon 1980 begonnen. Damals gab die Regierung die Zinssätze für Bankeinlagen frei, und die Zinsen schnellten innerhalb von einem Jahr auf 50 % hoch. Da jedoch diese monetaristische Maßnahme zum Abfließen des Kapitals vom Aktienmarkt zu Banken führen würde (für Aktien dürfen per Gesetz nicht mehr Dividenden ausgeschüttet werden als 28 %), umgingen die Börsenbankiers die neu entstandene Situation mit einem geschickten

Trick: Sie verlangten vom Kunden statt des nominellen Wertes einer Akte gerade den Wert, der bei der Ausschüttung der gesetzlich vorgeschriebenen Rendite für den nominalen Wert genau den Zinssatz der Banken ergibt.

Neben den Börsenbankiers bildete sich aber noch eine weitere Personengruppe heraus, die sich mit dem undefinierbaren Namen "Markt- bzw. Privatbankier" betitelten. Das sind einfache Leute, welche, ohne einen Groschen in der Tasche zu haben, sich einen schönen Namen zulegen und mit entsprechender Reklame dann wirklich das Vertrauen der Kleinsparer gewinnen. Da sie keine Konten eröffnen dürfen, verkaufen sie ihre eigenen Schecks mit der eingezahlten Summe und Zinsen darauf. Sie bieten dabei Zinsen bis zu 150 % an. Daß aber die Kleinsparer diesen Gaunern auf den Leim gehen, liegt daran, daß sie in einer Notlage sind. Sie müssen ihren geringen Lohn bzw. ihr Gehalt durch die Zinsen, die sie für ihr angespartes Geld bekommen, aufbessern.

Auf diese Weise sammelte sich bei etwa 200 "Marktbankiers" eine Kapitalsumme von 40 Milliarden TL (das sind etwa 615 Millionen DM) an. Da jedoch dieses Geld bei so hohen Zinsen nicht zu verleihen war, versuchten die Bankiers mit dem Geld Geschäfte zu machen. Bald zeigte sich aber, daß bei der geringen Kaufkraft der Konsumenten keine Geschäfte zu machen waren. Mit der Zeit überstiegen die Zinszahlungen die täglichen Einnahmen. Damit kam für die "Marktbankiers" die Zeit, sich aus dem Staub zu machen. Die um sich greifende Panikstimmung verstärkte noch die Fluchtbewegung. Als der Staat eingriff, die Betätigung der Bankiers untersagte und dem Finanzmarkt eine starke monopolistische Struktur verordnete, war es zu spät. Die Kleinsparer waren miniert und der Staat dachte nicht daran, diese zu entschädigen.

### Haushalt 1982

Die türkische Junta plant für 1982 einen Staatshaushalt in Höhe von 1.815 Mrd. Lira. Das ist eine Steigerung zum Vorjahr von 33 %. Allein die Verteidigungsausgaben sollen 353 Mrd. Lira betragen. Das heißt, daß 19 % des Staatshaushaltes für Rüstung ausgegeben werden! (Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 4.12.81)

### Arbeitslosigkeit

Ende 1981 ist die Arbeitslosigkeit in der Türkei nach offiziellen Angaben auf fast 2,5 Millionen Menschen angestiegen. Das staatliche Planungsamt bestätigt damit, daß die Arbeitslosigkeit zugenommen hat. Die angegebene Höhe entspricht jedoch nicht den Tatsachen, da die Berechnungsmethode des staatlichen Planungsamtes über die Hälfte der tatsächlichen Arbeitslosen nicht berücksichtigt, sodaß die Arbeitslosenquote bei über 30 % liegen dürfte. Ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit ist zu erwarten. Vor allem die staatlichen Betriebe, die rund die Hälfte der türkischen Wirtschaft ausmachen, werden dabei eine Rolle spielen. So hat der Internationale Währungsfond (IWF) in einem Bericht über die türkischen Staatsbetriebe gefordert, daß erstens für ausscheidende Arbeiter keine neuen Arbeiter mehr eingestellt werden dürfen, und daß zweitens die Kredite für die Staatsbetriebe beschränkt werden. Nichterfüllung dieser Forderungen betrachtet der IWF als Vertragsbruch der türkischen Regierung, sodaß die Kreditlinien dann eingestellt würden. Unter dem Zwang dieser Forderungen werden weitere Entlassungen nicht lange auf sich warten lassen. (Quelle: Raport, 1.12.81 und Cumhuriyet, 8.12.81)

### Europäische Kredite gesperrt?

Unter den westeuropäischen Staaten macht sich ein gewisser Unmut über die Situation in der Türkei breit. Vor allem die Inhaftierung von Bülent Ecevit wird von führenden Politikern als untragbar bezeichnet. Dänemark und Norwegen haben beschlossen, der Türkei keine Kredite mehr zu gewähren. In Bonn wurde beschlossen, die im Entwicklungsetat für 1982 vorgesehene Türkei - Hilfe von 460 Mio. DM vorerst nicht auszuführen. Von den eingepplanten 460 Mio. DM entfallen 130 Mio. DM auf Entwicklungsprojekte und 330 Mio. DM auf reine Zahlungsbilanzhilfe (FAZ, 8.12.81). Die EG - Kommission hat die vorgesehene Finanzhilfe in Höhe von 1,5 Mrd. DM ebenfalls vorläufig gesperrt (Südwestpresse, 5.12.81). Am 12.1.82 besuchte dann der türkische Außenminister Turgut Özal die EG - Kommissionspräsidenten Gaston Thorn in Brüssel. "Mit Zufriedenheit nahm Thorn den Kalender über die Rückkehr zur Demokratie zur Kenntnis, ebenso die von Türkmern bestätigte Freilassung Ecevits am 1. Februar" (NNZ, 14.1.82). So wird davon gesprochen, daß die EG noch im Januar die Türkei-Hilfe freigibt und auch in Bonn scheint sich die Regierung mit den dürftigen Demokratisierungsversprechen der Junta zufrieden zu geben. Der Haushaltsexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Würz, betonte, daß die Türkeihilfe der BRD vorerst nicht gestoppt werden solle. Außerdem könne die Rüstungssonderhilfe gar nicht gestoppt werden, weil die Verträge darüber schon 1978/1979 abgeschlossen worden seien (Südwestpresse, 14.1.1982). Demnach werden die technische Militärhilfe in Höhe von 79 Mio. DM und die Polizeihilfe in Höhe von 10 Mio. DM ohne Verzögerung gewährt. Aller Voraussicht nach wird sich auch in diesem Jahr das gleiche Spielchen abspielen wie im vergangenen: Ein paar kritische Töne über die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, ein paarmal shake-hands und vertrauliche Gespräche und zum Schluß wird selbstverständlich das Geld bezahlt.

### US - Hilfe für die Türkei

Im Gegensatz zu den westeuropäischen Staaten macht sich die Reagan - Regierung keinerlei Mühe, mit einem Menschenrechts-

mäntelchen die Unterstützung der türkischen Diktatur zu verhüllen. So erklärte der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger bei seinem Besuch in der Türkei: "Uns interessiert die europäische Haltung nicht. Die Wirtschafts- und Militärhilfe für die Türkei wird weitergehen. Wir glauben, daß die Türkei sich auf dem Wege zur Demokratie befindet." (Tercüman, 7.12.81) So soll die Türkei 703,5 Mio. Dollar von den USA erhalten. 400 Mio. davon seien Verkaufskredite für militärische Ausrüstung, 300 Mio. Wirtschaftskredite und 3,5 Mio. dienen der militärischen Ausbildung (Tercüman, 18.12.81). Dies fügt sich nahtlos in die Bemühungen der US - Regierung ein, ihren Einfluß vor allem im Nahen und Mittleren Osten zu verstärken. So hat das US - Repräsentantenhaus einer Regierungsvorlage zugestimmt, die vorsieht, im Jahr 1982 die Auslandshilfe der USA auf 5,7 Mrd. Dollar zu erhöhen. Vor allem die Militärhilfe wird drastisch erhöht: von 665 Mio. auf 1,07 Mrd. Die Hälfte dieser Gelder soll in die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens fließen (Türkei, Israel, Ägypten). (NNZ, 12.12.81)

### Verstärkte arabische Kredite

Verschiedene arabische Länder entwickeln sich zu einem wichtigen Kreditgeber für die Türkei. Eine internationale Bankengruppe, der hauptsächlich arabische Finanzinstitute angehören, wird der Türkei einen Kredit von 70 Mio. Dollar gewähren. Damit soll die Türkei in die Lage versetzt werden, die irakischen Erdöllieferungen zu bezahlen (NNZ, 4.12.81).

Saudi-Arabien gewährt der Türkei einen Kredit von 150 Mio. Dollar für den Bau des Kraftwerks in Elbistan, die Elektrifizierung der Eisenbahn und den Bau einer neuen Abfertigungshalle des Flughafens Yesilköy (Tercüman, 7.12.81). Offensichtlich ist nicht nur die Türkei im Rahmen ihrer verstärkten Exportbemühungen an den arabischen Ländern interessiert, sondern verschiedene reaktionäre arabische Länder halten es angesichts der gespannten Lage im Nahen Osten für wichtig, die Türkei für sich zu gewinnen.

## Freie Gewerkschaften

Nach Monaten der Spekulation um die Bestimmungen des neuen Gewerkschaftsgesetzes (früher das Gesetz Nr. 274) stand dieses am 21.11.1981 in seiner letzten Form, wie die Zeitungen schrieben, auf der Tagesordnung des Nationalen Sicherheitsrates. Einen Tag später wurde in diesem Gremium auch das zukünftige Tarifgesetz verhandelt. Danach wurde es jedoch sehr still um die beiden Entwürfe. Es ist anzunehmen, daß doch noch nicht alles so klar ist, wie man sich darzustellen bemühte. Bis zum heutigen Tage ist nicht bis in alle Einzelheiten geklärt, wie diese beiden Gesetze nun wirklich aussehen werden.

Wir wollen an dieser Stelle die entscheidenden Punkte aus dem neuen Gewerkschafts- und Tarifgesetz darstellen und einer vorläufigen Bewertung unterziehen. Im Text des ehemaligen Gesetzes Nr. 274, das in der Neufassung 13 Paragraphen und 5 Übergangsparagraphen umfaßt, heißt es unter § 8, der die Überschrift "Bedingungen für die Gründung von Gewerkschaften und Konföderationen" trägt:

1. Die Arbeitergewerkschaften werden für alle Arbeiter, die im Lande in einem Arbeitsbereich beschäftigt sind und für den Arbeitsbereich im ganzen Lande gegründet. Gewerkschaften können nicht nach Berufen gegründet werden. Die Arbeitgeberverbände werden für einen Arbeitsbereich für die Gesamttürkei für alle dort tätigen Arbeiter gegründet.
2. Konföderationen können gebildet werden, wenn wenigstens 7 Gewerkschaften

# Kurznachrichten Wirtschaft

verschiedener Arbeitsbereiche zusammenkommen.

Unter § 9 wird die Beteiligung an internationalen Bündnissen geregelt. Im Einzelnen heißt es dort:

1. Die nach diesem Gesetz gegründeten Arbeiter- und Arbeitgebervereinigungen können nach freier Wahl internationalen Arbeiter- und Arbeitgebervereinigungen beitreten oder aus ihnen austreten, wenn diese keine Aktivitäten entfalten, die den Prinzipien der Staatsführung der Türkei, der Qualität des auf den Menschenrechten aufbauten National-, demokratischen, laizistischen Sozialstaates, der Unteilbarkeit des Staates mit Land und Nation widersprechen, sowie nicht der Tatsache entgegenstehen, daß die Rechtsprechung bedingungslos unter der Vorherrschaft der türkischen Nation in keinem Fall an eine bestimmte Person, Schicht oder Klasse übergeben werden kann. Die Aktivitäten

dürfen auch nicht der Religions- oder Gewissensfreiheit widersprechen.

Paragraph 10 setzt sich mit der Leitung von Gewerkschaften auseinander:

1. Die Gründer einer Gewerkschaft müssen persönlich in dem Arbeitszweig beschäftigt sein.  
2. Neben allgemeinen Voraussetzungen (unbescholtener Bürger) müssen die Leiter von Gewerkschaften auch türkisch lesen und schreiben können und türkische Staatsangehörige sein.

Die zentralen Bestimmungen des neuen Gesetzes Nr. 275 (Tarifgesetz), das insgesamt 14 Paragraphen umfaßt, lauten:

Das Gesetz sieht vor, daß für mehrere Arbeitsplätze, die an die gleiche Einrichtung gebunden sind, gemeinsame Tarife verabschiedet werden. Die Tarifabkommen sollen Zeiträume von 1-3 Jahren umfassen, können aber auch längerfristig verabschiedet werden. Gewerkschaften, die das neue Tarifgesetz nutzen wollen, müssen in einem Betrieb mindestens 51 % der Arbeiter, in einem Arbeitsbereich mindestens 10 % der Arbeiter organisiert haben.

Obwohl zu Zeit wie schon oben erwähnt, die letztgültige Fassung noch nicht feststeht, kann man doch für die zukünftige Situation der Gewerkschaften auch auf dem Hintergrund des jetzt schon vorliegenden Entwurfs des Gewerkschaftsgesetzes einige Schlüsse ziehen. Zunächst einmal ist festzustellen, daß es weitaus schwieriger sein wird, Gewerkschaften zu gründen. Deshalb wird die Zahl der Gewerkschaften auch viel geringer sein als in der Vergangenheit. Vor dem Putsch existierten in der Türkei ca. 800 Einzelgewerkschaften. Auf dem Boden dieses Gesetzes werden wohl nur noch 100 übrig bleiben.

Die Möglichkeit der Existenz von mehr als einer Gewerkschaftskonföderation ist nach dem Gesetz theoretisch gegeben, jedoch praktisch so gut wie unmöglich, da die Kriterien enorm hoch gesetzt wurden. Welche Gruppierung wird schon in der Lage sein, 7 Gewerkschaften zu vereinen, die eine Konföderation bilden können. Dies trifft besonders die oppositionellen Bewegungen sehr hart. Deren Einfluß wird mit diesem Gesetz ganz klar zurückgedrängt. Die Türk-Is nimmt hier eine Monopolstel-

lung ein. Sie wird belohnt für ihre jederzeit systemtreue und juntafreundliche Politik der Disziplinierung der Arbeiter. Wenn sich überhaupt jemals außerhalb der Türk-Is Konföderation etwas tun sollte, dann mit großer Wahrscheinlichkeit eine weitere Integrationsgewerkschaft, vielleicht mit sozialdemokratischer Ausrichtung nach dem Muster des DGB in der Bundesrepublik.

Einschneidend sind auch die Bestimmungen über den Beitritt zu internationalen Vereinigungen. Hier ist es nicht mehr die Gewerkschaft, die darüber zu befinden hat, sondern es ist der Staat, der genau diejenigen auswählt, die genehm sind. Die Opposition in der Türkei wird hier hart getroffen. Für sie ist die internationale Unterstützung enorm wichtig, um sich Gehör zu verschaffen. Sind diese Fäden durchgeschnitten, so verschlimmert sich die Lage weiter. Nur systemkonforme Kräfte dürfen sich im internationalen Rahmen bewegen. Die Opposition wird isoliert und stumm gemacht.

Ein unerhörter Schachzug ist der Junta auch bei den Bestimmungen über die Leiter von Gewerkschaften gelungen. Solche

Leute, die sich in der Vergangenheit politischer Vergehen strafbar gemacht haben, werden nie wieder die Chance haben, eine führende Rolle in der Arbeiterschaft zu spielen. Dies trifft besonders die DISK-Funktionäre. Aber auch solche Männer wie Bülent Ecevit könnten in Zukunft in der Leitung einer Gewerkschaft keinen Blumenstrauß mehr gewinnen.

Näheres und Ausführlicheres wird man erst sagen können, wenn die Bestimmungen endgültig feststehen und man sehen kann, wie das Gesetz in der Praxis gehandhabt wird. Es ist der Junta auf jeden Fall gelungen, einen Rahmen für die gewerkschaftliche Arbeit zu schaffen, der ihren Interessen entgegenkommt und die Disziplinierung und Niederhaltung der Arbeiter gewährleistet. Jedoch sollte man die Rechnung nie ohne den Wirt machen. Die Zukunft wird zeigen, inwieweit die Arbeiter in der Türkei sich ein solches Korsett verschreiben lassen, ohne zu protestieren, wenn es zu eng sitzt!



## Türkische Kapitalisten sind zerstritten

Als der Kleinkapitalist Murteza Celikel im Juli '81 in der Istanbuler Industriellenkammer das Wort ergriff und die Verstaatlichung der Banken forderte, stand er noch ziemlich isoliert da: Die Redner, die nach ihm ans Rednerpult traten, verurteilten es, daß in einer Hochburg des Privatigentums gegen die Banken zu Felde gezogen würde. Sie hüteten sich aber davor, die Diskussion allzu sehr in die Länge zu ziehen und dadurch die Kapitalisten in ihrer Gesamtheit zu kompromittieren (Türkei-Information Nr. 10, S. 15).

In der Zwischenzeit hat aber die "Wühl-tätigkeit" der Dissidenten immer größere Kreise gezogen. So erklärte z.B. der Vorsitzende der Vollversammlung der Istanbuler Industriellenkammer, Ibrahim Bodur: "Das vom 1. Juli 1980 datierende Banksystem versetzt den Markt durch die Freigabe der Zinssätze in einen chaotischen Zustand. Die Industrie ist im Begriffe zerstört zu werden... Kleinen und mittleren Betrieben sowie derjenigen Großindustrie, die mit Banken nicht verschmolzen sind, droht der Untergang..." In die gleiche Richtung argumentierte auch der Vorstandsvorsitzende, Saban Cavusoglu: "Den seit 3 Jahren andauernden Investitionsrückgang kann die Industrie nicht mehr verkraften. Die Verengung des Binnenmarktes trieb einige Wirtschaftssektoren in eine große Krise. 1982 muß in diesen Sektoren ein Jahr der Gesundung sein."

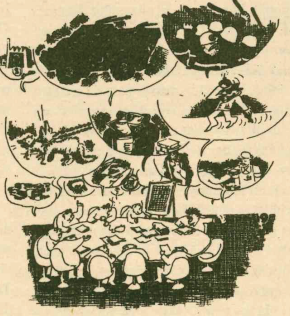
Wie weit die Spaltung durch die Reihen der Kapitalisten geht, trat bei den Vorstandswahlen der Istanbuler Industriellenkammer am 1.12.81 zum Vorschein. Keine der Fraktionen, weder die binnenmarktorientierte noch die exportorientierte, konnte die Wahlen für sich entscheiden. Nach den Worten von Murteza Celikel "begann in der Industriellenkammer die Epoche der Koalitionen."

Das dicke Ende kam aber gleich am Tag darauf. Der Chef des Arbeitgeberverbandes TISK, Halit Narin, trat an die Öffentlichkeit und gab folgende Presseerklärung ab: "...Die Geld- und Kreditpolitik erschüttert alle Unternehmen in ihren Grundfesten. Sie versuchen die höheren Kosten durch neue Schuldenaufnahmen aufzufangen. Zudem besteht nicht die Möglichkeit, jede Ware zu exportieren oder neue Geschäftspartner zu finden. Das bringt die Betriebe in eine kritische Lage... Aus diesem Grunde muß 1982 die Wirtschaftspolitik anders festgelegt werden... Kein Betrieb kann heute voraussehen, was in einem Monat passiert. Jedermann muß sich auf den morgigen Tag konzentrieren. Es werden keine Investitionen getätigt... Wir können das Jahr 1982 mit der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik nicht bestehen. Keine Wirtschaftspolitik in der Welt wurde 2 Jahre lang eingehalten. Soetwas gibt es nur in der Türkei. Wir sind aber am vorgesehnenen Ziel angelangt. Der Feind ist ins Meer geworfen. Man kann dem Soldaten nicht mehr befehlen, er soll losmarschieren. Er hat keine Kraft mehr." Auf diese Erklärung hin ging die exportorientierte Fraktion der Kapitalisten zum

Gegenangriff über. Riza Aydin, Präsident der Handelsbörse, und Nuh Kusculu, Vorstandsvorsitzende der Istanbuler Handelskammer, gaben eine Erklärung ab und bedauerten es, daß der Privatsektor mehrstimmig spricht. Im übrigen sei die gegenwärtige Wirtschaftspolitik richtig und erfolversprechend.

Wie tief die Kapitalisten gespalten sind, sah man an der Erklärung, die aus der Istanbuler Industriellenkammer kam. Während der inzwischen zum Vorstandsvorsitzenden avancierte Nurullah Gezgin die Erklärung von Narin verurteilte, wurde sie von Ibrahim Bodur, dem Vorsitzenden der Vollversammlung, begrüßt.

ES trat immer mehr hervor, daß die exportorientierte Fraktion mehrheitlich die im 'Verein der Industriellen und Arbeitgeber der Türkei' (TÜSIAD) organisierten Kapitalisten sind. TÜSIAD selbst stellte sich voll hinter die von Özal betriebene Wirtschaftspolitik und hob hervor, daß sonst kein alternatives Wirtschaftskonzept existiert. Auch Özal, der selbst TÜSIAD-Mitglied ist, meldete sich zu Wort und bekundete wiederholt seine Standfestigkeit: "Ich empfehle es allen, die sich über die hohen Zinsen beklagen, zum Export überzugehen. Sie werden in diesem Fall Kredite zu günstigen Zinsen bekommen... Es ist falsch, eine Änderung in der Wirtschaftspolitik zu erwarten. Im Kernpunkt können wir unser bisheriges Konzept nicht aufgeben."



Insgesamt läßt sich festhalten, daß das "Gefecht" unter den Kapitalisten, wie beim ersten Mal im Juli, ziemlich schnell zuende ging. Es ist jedoch zu erwarten, daß die Fraktionskämpfe weitergehen und in Zukunft heftiger aufflackern. Daß es aber immer noch möglich ist, den aufgebrochenen Graben zuzuschütten, liegt darin begründet, daß die binnenmarktorientierte Fraktion keine Alternative aufzuweisen hat und außerdem in der Hochzinspolitik wohl in allen ökonomischen und politischen Maßnahmen mit der exportorientierten Fraktion übereinstimmt.



Diesmal

## Türkei

Jetzt sollten Sie Ihren Türkei-Urlaub planen. Denn man kann wieder in die Türkei reisen und einen unvergeßlich schönen Urlaub erleben.

Die Türkei ist wieder das Land geworden, wo Ferien noch Freude machen. 7.000 km feine Sandstrände an 4 Meeren mit vielen unberührten Landschaften und reizvollen Städten wie z.B. Istanbul, Troja, Izmir, Ephesus, Kusadasi, Antalya, Alanya, Göreme und viele andere erwarten Sie. Kosten Sie dort die vielfältigen gastronomischen Spezialitäten und erleben Sie eine liebenswürdige und vielseitige Folklore. Besuchen Sie unsere Museen und antiken Stätten. Die Türkei hat unzählige davon, die von 12 großen alten Kulturen Zeugnis geben.

Aber auch an die sehr günstigen Einkaufsmöglichkeiten für Teppiche, Leder, Kupfer und Schmuck sollten Sie denken. Über allem aber steht die Gastfreundschaft der Türken - sie ist im wahrsten Sinne des Wortes sprichwörtlich. Kommen Sie und erleben Sie sie!

## Mehr als Sonne, Sand und Meer

Fördern Sie ausführliches Informationsmaterial an:

INFORMATIONSBETEILUNG DES TÜRKISCHEN GENERALKONSULATS  
Baseler Straße 35-37 D-6000 Frankfurt a.M. 1, Telefon 0611/23 50 81-2  
Karlsplatz 7 A D-8000 München 2, Telefon (089) 59 49 02 und 59 43 17  
Talstr. 74, CH Zürich, Telefon 01/221 0810, 221 0812

INFORMATIONSBETEILUNG DER TÜRKISCHEN BOTSCHAFT  
Mahlstr. 5, A-1010 Wien, Telefon 02 22/52 21 28-9

# Was die Türkei Ihnen jetzt bieten kann

Im Sommer 1980 war die Türkei ein im Westen von Terrorismus und Inflation zerrissenes Land. Jetzt - fünfzehn Monate später - blickt sich ein anderes Bild. Der Terrorismus ist nur noch eine Erinnerung - die Inflationen können im 2/3 gemindert werden.

Gegen Ende des Jahres 1981 haben die Türken ihr inneres Problem, etwa in den Hintergründen, vor sich lösen und sich mehr dafür interessiert, was sie der Welt zu bieten hat: (1) (2) (3) (4) (5) (6) (7) (8) (9) (10) (11) (12) (13) (14) (15) (16) (17) (18) (19) (20) (21) (22) (23) (24) (25) (26) (27) (28) (29) (30) (31) (32) (33) (34) (35) (36) (37) (38) (39) (40) (41) (42) (43) (44) (45) (46) (47) (48) (49) (50) (51) (52) (53) (54) (55) (56) (57) (58) (59) (60) (61) (62) (63) (64) (65) (66) (67) (68) (69) (70) (71) (72) (73) (74) (75) (76) (77) (78) (79) (80) (81) (82) (83) (84) (85) (86) (87) (88) (89) (90) (91) (92) (93) (94) (95) (96) (97) (98) (99) (100)

Wir von der Koc Gruppe sind der Meinung, dass es für die Türkei fünf Möglichkeiten gibt, gesunde Handelsbeziehungen auf internationaler Basis herzustellen:

Die erste Möglichkeit bietet der Tourismus sowie Investitionen auf touristischem Gebiet. Die Türkei verfügt im Tourismus über das größte noch unerschlossene Potenzial aller Länder in oder um Europa.

Nirgendwo sonst in der Welt findet man ein so angenehmes Klima, abgesehen von der landschaftlichen Schönheit der Küsten und den zahlreichen historischen Monumenten.

Dem Touristen und ebenso dem Touristik-Unternehmer bietet die Türkei eine einzigartige Chance zur "Bereicherung".

Als zweites Gebiet wären Investitionen allgemeiner Art zu nennen.

Für ausländische Investoren ist die Türkei zur Zeit ein höchst attraktives Land. Die Bearbeitung von Investitionsanträgen, die verschiedene Regierungsstellen durchlaufen müssen, war früher Jahre dauerte - ist heute eine Frage von Tagen.

Der Agrarsektor ist ein vielversprechender Investitionsbereich. Die Türkei ist eines von den letzten Ländern der Welt, die keine Lebensmittel exportieren müssen. Die Wachstumsmöglichkeiten sind praktisch unbegrenzt.

Drittens bemüht die Türkei neue Technologien. Damit bietet sie Absatzmöglichkeiten für alle Arten von technischen Produkten, die auf dem neuesten Stand sind.

Viertens bietet die Türkei Beziehungen zu internationalen Organisationen, um die hier vorhandenen Überkommen zu erschließen. Dies ist wichtig für den mehrjährigen Wohlstand der Türkei.

Schließlich glauben wir, dass die Türkei als Exporteur des glänzenden Zukunftsmotors, des verarbeiteten Eisen- und Stahlproduktes, in Konkurrenz tritt.

Koc, der größte Industrie- und Handelskonzern der Türkei hat sich jetzt auf allen fünf Gebieten engagiert. Und wir würden uns gern über das eine oder andere auch mit Ihnen unterhalten.

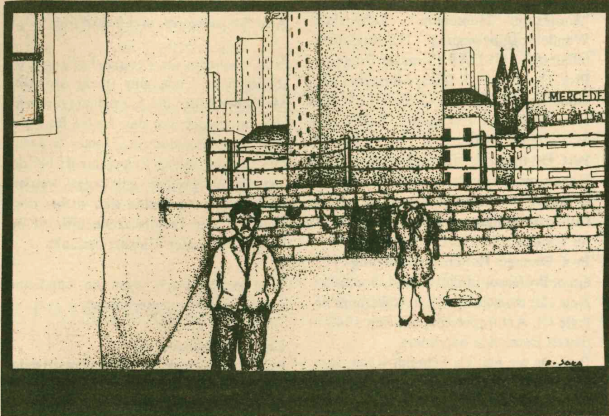
Bitte, setzen Sie sich mit Herrn Mehmet Executive Vice President, Koc Holding A.Ş., Fındıklı, Istanbul - Türkei in Verbindung. Telefon 43 29 00. Telex 24 218 hoc tk.

Die Koc Gruppe

WER STEHT HINTER  
DER JUNTA?

# Die Würde des Gastarbeiters ist zweifelhaft - Fremdenhaß in der Bundesrepublik -

In der Deutschen Nationalzeitung war sie als "Mitgliederversammlung der NPD mit Gästen" angekündigt, auf der Hinweistafel am Eingang des Haus Dornbusch (ein Bürgerhaus, das von der stadteigenen Saalbau AG verwaltet wird) stand schlicht: Saal 1: BI - gemeint war das Gleiche: die Bürgerinitiative Ausländerstopp, die am 13.11.81 nach Gießen nun auch in Frankfurt gegründet wurde. Angemietet wurde das Bürgerhaus von der NPD, sie befand sich an diesem Abend übrigens in bester brauner Gesellschaft: in einem Nebenraum tagte und das regelmäßig, wie uns ein jugoslawischer Kellner mit Empören erklärte, die HIAG, eine Nachfolgeorganisation der Waffen-SS. Am Eingang des Saal 1 waren einige Schlägertypen postiert, die den Eintritt von 2,-DM kassierten, sich bemühten, jedem Besucher ein Exemplar des Buches "Ausländerproblem-eine Zeitbombe. Entscheidung zur Jahrtausendwende" von Bernhard Barkhold aufzuschwatzen und darüber hinaus nervös auf die Eingangstür äugten, denn eine Gegendemonstration war angesagt. Es waren etwa 50 Besucher im Saal, zum größten Teil alte Leute, aber auch etwa 15 jüngere Leute im Alter zwischen 18 und 30. Der Versammlungsleiter, ein Herr Naumann eröffnete die Sitzung und begrüßte den NPD-Vorsitzenden von Hessen, Guttjahr und den Sprecher des Abends, Fritz Spahn aus Bensheim. Letzterer hielt einen ca. 1 1/2 stündigen Vortrag über Ursachen und Wirkungen des Ausländerproblems, bei welchem ersämtliche rhetorische Register zog. Er bezeichnete die Ausländerbeschäftigung in der BRD als "Menschenhandel, gegen den sich die NPD als Humanisten entschieden wenden..... Natürliche Unterschiede bei den Menschen werden nicht berücksichtigt, aufgrund genetischer Unterschiede ist es unmöglich, daß mehrere Völker sich mischen..... am Ende dieses Jahrtausends werden Rassenkämpfe stehen.... es stimmt nicht, daß die Gastarbeiter die deutsche Wirtschaft wieder aufbauen, das waren unsere deutschen Frauen.....



wisse, daß Mitglieder aller anderen Parteien ebenfalls Sympathien für die Initiative hätten. Er schloß seine Rede mit einem flammenden Appell an die Anwesenden, sich in der NPD zu organisieren und sie zu wählen, da sie als einzige ein Programm gegen die Überfremdung biete. Es bleibt noch anzumerken, daß sich während der Veranstaltung einige Demonstranten vor dem Haus Dornbusch versammelt hatten, der kümmerliche Überrest einer Demo gegen die Startbahn West, an der ursprünglich 200 Menschen teilgenommen hatten, war auf ca. 150 geschrumpft. Das gibt zu denken - wo bleibt die Solidarität der Linken in Sachen Ausländerpolitik? Wir schätzen die BI "Ausländerstopp" als sehr gefährlich ein, da sie die in der Bevölkerung vorhandenen Ängste und Vorurteile schürt und eine geschickte Propaganda betreibt. Wie die "Endlösung" der Ausländerfrage sich für die NPD darstellt, ist auf makabre Weise zu ersehen aus folgendem "Witz", der schon seit geraumer Zeit auf Frankfurter Schulhöfen kursiert: Was ist der Unterschied zwischen Türken und Juden? Die Juden haben es schon hinter sich, die Türken noch vor sich. -Was ist ein Unglück? Wenn ein Schiff mit 2000 Türken an Bord sinkt. Was ist eine Katastrophe? Wenn die Türken schwimmen können.

Diese Witze werden offen erzählt und diejenigen, die sich dagegen wenden und ausländerfeindliche Aktivitäten anprangern, erhalten anonyme Anrufe und Morddrohungen. So zum Beispiel die Gruppe Gießen der Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen (IAF), die, nachdem sie sich öffentlich dagegen gewandt hatte, daß die NPD zur Gründung ihrer Initiative 'Ausländerstopp' einen Saal der Stadt zur Verfügung gestellt bekam, eine Reihe von Drohbriefen und anonymen Anrufen erhielt.

Oder die Vorsitzende der IAF, die nach einem im STERN erschienenen Artikel über bi-nationale Ehen so viele Morddrohungen erhielten, daß sie ihre Kinder bei Freunden unterbringen mußten. Als sie kürzlich eine Ausstellung des jugoslawischen Malers Dragutin Trumbetas eröffnen wollte, wurde sie von anonymen Anrufern gewarnt, nicht dorthin zu gehen. Als sie es doch tat, wurde während der Veranstaltung ihr Auto demoliert.

Diese Aggressivität, die sicher nicht nur aus faschistischen Kreisen kommt, wird durch die Berichterstattung in den Medien geschürt und stellt wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs dar. Man kann ja heute auch wieder offen ausländerfeindlich sein, nachdem sogar das Bundeskabinett mit

seinen ausländerfeindlichen Beschlüssen den Ausländern den "Kampf" ansagt.

Unterschiede im Sprachgebrauch von NPD und den im Bundestag vertretenen Parteien sind kaum noch festzustellen, Forderungen nach "Ausländer raus" werden auch deutlich gestellt in der Pressemitteilung 36/81 des Senator des Inneren in Berlin, Lummer, in der er der Presse die neuen Beschlüsse vorstellte. Dort heißt es unter anderem im Absatz "Grundsätze und Forderungen an den Gesetzgeber" in Punkt 3: "Ergänzung des Ausländergesetzes um folgende Ausweisungstatbestände:  
-Wer Gewalt anwendet oder zur Gewaltanwendung aufruft.  
(Dabei soll es nicht darauf ankommen, ob und wann eine strafrechtliche Verurteilung erfolgt)  
-Wer gegen Vorschriften, Versammlungs- und Vereinsrecht oder darauf gegründete Auflagen oder Anordnungen verstößt. (Dies gilt z.B. für die Verletzung der Anmeldepflicht, Verweigerung von Auskünften über Tätigkeit und Organisation des Vereins, Verbot der Mitnahme von Waffen usw.)  
-Wer dem Vorstand eines unter Anordnung der sofortigen Vollstreckung verbotenen Ausländervereins angehört.  
- (...)

Punkt 5:  
Konsequente Praxis, daß Ausländer nach Abschluß einer Ausbildung an einer Hochschule, Fachschule oder sonstiger Ausbildungseinrichtung in ihre Heimat zurückkehren, damit die ihnen durch die Ausbildung gewährte personelle Entwicklungshilfe auch wirksam werden kann.

Punkt 6:  
Ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung mit Vollendung des 18. Lebensjahres ist aus grundsätzlichen Erwägungen nicht möglich.

Eine gesetzliche Anspruchsloslösung widerspricht der Systematik des deutschen Einbürgerungsrechts und stellt keine praktikable Lösung dar."

Die Berliner Beschlüsse und die Empfehlungen des Bundeskabinetts gehen nach Meinung einiger CDU/CSU-Abgeordneter noch immer nicht weit genug. In einem Entschließungsantrag an den Deutschen Bundestag fordern sie daher am 25.11.81 unter anderem:  
"Die Bundesregierung wird aufgefordert, endlich wirksame Maßnahmen gegen den Mißbrauch des Asylrechts zu treffen, damit der anhaltende Flut von Scheinasylanten und Wirtschaftsflüchtlingen Einhalt geboten wird.  
(...)

Die Eingliederung aller in der BRD leben-

der Ausländer unter Wahrung ihrer vollen nationalen und kulturellen Eigenständigkeit ist weder möglich, noch in beiderseitigem Interesse wünschenswert.

(...)  
Die Rolle der BRD als nationaler Einheitsstaat und Teil einer gespaltenen Nation erlaubt nicht die Einleitung einer unumkehrbaren Entwicklung zum Vielvölkerstaat." Die Empfehlungen des Bundeskabinetts an die Innenminister der Länder sind, kurz zusammengefaßt, folgende:  
-Ausländische Jugendliche, die älter als 16 Jahre sind, dürfen nicht mehr zu ihren Eltern in die Bundesrepublik ziehen  
-Ausländische Jugendliche unter 16 Jahren dürfen nur dann in die Bundesrepublik ziehen, wenn beide Elternteile hier leben.  
-Ausländer, die als Kinder von Arbeitsemigranten eingereist sind, dürfen ihren ausländischen Ehegatten, den sie im Herkunftsland geheiratet haben, erst dann nachkommen lassen, wenn sie sich bereits mindestens 8 Jahre hier aufhalten, wenigstens 1 Jahr verheiratet und mindestens 18 Jahre alt sind sowie aus eigener Erwerbstätigkeit einen angemessenen Lebensunterhalt für sich und ihren Ehegatten bestreiten können.

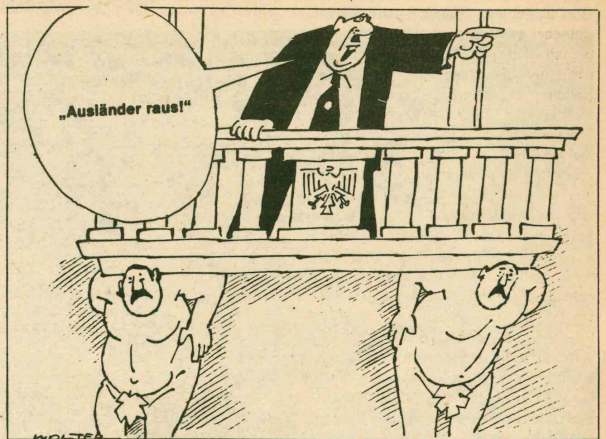
Das hat z.B. für einen jungen Spanier, der mit 15 Jahren zu seinen Eltern in die Bundesrepublik eingereist ist, inzwischen einen Arbeitsplatz und eine ausreichende Wohnung hat, nun im Alter von 18 Jahren eine in Spanien lebende Frau heiratet, die Folgen, daß er seine Ehefrau frühestens nach 5 Jahren zu sich in die Bundesrepublik

stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung", wird gegenüber den Ausländern in schwerwiegender Weise verletzt.

Was für die Deutschen von den meisten gesellschaftlichen Kräften dieses Landes als einer der höchsten Werte angepriesen wird: das Familienleben, wird vielen Ausländern in der Bundesrepublik und Berlin durch die neuen Regelungen vorenthalten. Dies ist ein unhaltbarer Zustand. Daher fordern wir:

- Rücknahme aller Maßnahmen zur Einschränkung der Familienzusammenführung für die Ausländer;
- Wahrung ihres Menschenrechtes auf Zusammenleben mit der Familie;
- Nicht Abbau, sondern Ausbau der Rechte der Ausländer;
- Schaffung gleicher Rechte für die Ausländer in allen Lebensbereichen.

Um ein einheitliches und geschlossenes Vorgehen gegen die neuen Beschlüsse und die zunehmende Ausländerfeindlichkeit entwickeln zu können, rief die IAF in Frankfurt und die Grünen/alternativen Listen in Göttingen am 16.1.82 zu einem Koordinierungstreffen auf. Beide Initiativen sollen nach Möglichkeit zusammengeführt werden und eine gemeinsame Koordinationsgruppe bilden. Die Teilnehmer des Frankfurter Treffens diskutierten die weitere Arbeit unter folgenden Aspekten:



nachholen und mit ihr zusammenleben kann.

-Hier lebende Ausländer, die eine Aufenthaltserlaubnis nur zum Zwecke einer Aus- und Fortbildung erhalten haben, dürfen für die oft mehreren Jahre ihres Studiums nicht mehr ihre Ehegatten und Kinder nachholen.

-Nach einer Regelung des Berliner Senats können sogar ausländische Jugendliche, die bereits in Berlin bei ihren Eltern leben, ausgewiesen werden, wenn sie bei Erreichen des 18. Lebensjahres keine Arbeits- oder Ausbildungsstelle haben.

Diese Maßnahmen stellen einen schweren Angriff auf das Familienleben der in der Bundesrepublik und Berlin wohnenden und arbeitenden Ausländer dar.

Artikel 6 des Grundgesetzes, in dem es ausdrücklich heißt: "Ehe und Familie

1. Die Zahl der Aktiven muß entschieden vergrößert werden. Dazu ist es nötig, sowohl in den ausländischen Vereinen und Organisationen als auch in deutschen Gruppen Basisarbeit zu leisten.

2. Die gemeinsame Betroffenheit von Ausländern und Deutschen muß herausgearbeitet werden. Es geht nicht nur um die Verteidigung der Rechte ausländischer Arbeitnehmer, sondern um die Wahrung der verfassungsmäßig garantierten demokratischen Rechte aller in der BRD lebenden Menschen.

3. Die Arbeit muß langfristig angelegt werden und sowohl auf kommunaler, regionaler, Bundes- und Europaebene geführt werden. Eine Lobby ist aufzubauen. Bei einem weiteren Treffen, das am 30.1.82 in Bonn (VIA, Theaterstr.10) stattfinden wird, sollen weitere gemeinsame Schritte diskutiert werden. Wir werden weiter über die Arbeit dieses Bündnisses berichten.



# AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT

## IN DER BRD

Am 4.2.1982 fand eine Bundestagsdebatte zum Thema "Ausländerpolitik" statt. Durchweg alle Politiker sind sich darüber einig, daß "zu viele Ausländer in der BRD leben", "die Grenzen der Aufnahmefähigkeit erreicht" sind, die "Türkenflut uns zu überschweben droht". Und sie sind sich ebenfalls darüber einig, daß es eine "latente Ausländerfeindlichkeit" gibt.

Latent? Bombenanschläge auf Asylantenheime, Morde auf offener Straße, Prügeleien, Drohbriefe - da kann man wohl kaum noch von "latent" reden. Und alle behaupten sie, etwas dagegen tun zu wollen. Was? Nun, weniger Ausländer hereinlassen, die die schon hier sind, "rückkehrbereiter" zu machen oder ihnen einfach das Leben hier so unangenehm machen, daß sie von selbst gehen, wie es erklärtes Ziel der repressiven Haltung gegenüber Asylanten ist.

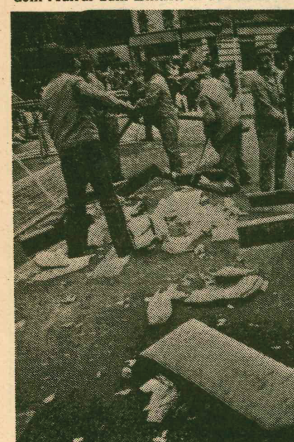
Die neuen "Maßnahmen zur Begrenzung des Familiennachzuges" ebenso, wie die "Maßnahmen zur Verbesserung der Auswahl (!) von ausländischen Studienbewerbern" werden hingestellt als notwendig im Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit und für die bessere Integration der hier lebenden Ausländer.

Die rechtliche Diskriminierung der Ausländer durch solche Gesetze und Erlasse ist eine wesentliche Voraussetzung für das ENTSTEHEN von Ausländerfeindlichkeit. Denn warum sollte, wer vor dem Gesetz nicht gleichgestellt ist, im sozialen Leben als gleichwertig angesehen werden?

Die Politiker aller Parteien selbst sind es, die die "latente" Ausländerfeindlichkeit schüren, und sowohl dem "Bürger auf der Straße" als auch den rassistischen Hetzern der gesamten rechten Szene die Argumente liefern.

In Köln werden bereits jetzt Unterschriften gesammelt für eine Kampagne "Ausländer stopp", initiiert von dem berühmtesten berüchtigten Professor Hagen Prehl.

14 Professoren, die an bundesdeutschen Hochschulen unterrichten, haben einen "Schutzbund für das deutsche Volk" gegründet. Hier Auszüge aus ihrem "Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981", und dem Aufruf zum Eintritt in den Bund:



Völker-Synd (biologisch und kybernetisch) lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch und durch Traditionen weitergegeben werden...

Welche Zukunftshoffnung verbleibt den Hunderttausenden von Kindern, die heute sowohl in ihrer Muttersprache wie in der deutschen Sprache Analphabeten sind? Welche Zukunftshoffnung haben unsere eigenen Kinder, die in Klassen mit überwiegend Ausländern ausgebildet werden? Werden sich die Abermilliarden für die Verteidigung unseres Landes am Ende einer solchen Entwicklung lohnen?... (Heidelberger Manifest)

Er (der Schutzbund; d. Verf.) wird vielmehr dem nicht mehr wegzuleugnenden, drohenden Untergang unseres Volkes mit folgenden Zielen entgegenzutreten:

1. Durchsetzung und Anerkennung des Grundwertes der Bundesrepublik Deutschland "DEUTSCHES VOLK", entsprechend dem Eid des Bundesministers und der Minister, wie er in der Präambel zum

Grundgesetz festgeschrieben ist.

2. Stärkung der deutschen Familien mit allen gebotenen Mitteln.

3. Die Beschränkung der Fremdeinwanderung auf ein Mindestmaß, verbunden mit einer humanen Rückführung der Eingewanderten in ihre Heimatländer mit ideeller und sachlich tragbarer Hilfe.

Am 23.1.82 fand ein Podiumsgespräch zum Thema "Wissenschaftliche und ethnische Grundlagen des Heidelberger Manifests vom 17. Juni 1981" statt. Freunde, die die Gelegenheit hatten, dieses Gespräch zu verfolgen, fertigten ein Protokoll an, aus dem die folgenden Auszüge stammen:

Referat Frau Mikisch: "Jeder Abenteurer aus dem hintersten Winkel" fände bei uns Asyl, 2 Deutsche müßten für die Ernährung eines Asylanten arbeiten... Schon 1944 sei von den Amerikanern geplant gewesen, den deutschen Idealismus durch Beimischung von 10 % anderer Rassen zu zerstören...

Referat Dr. Phillip, (Rechtsanwalt): 80 % der Asylanten hier seien "Asylbetrüger", das Übel sei das Asylrecht selbst, nicht seine Anwendung... Ausländer "überbieten die Deutschen im Krankfeiern"...

Diskussionsbeitrag Herr Finckelstein: Tatsächlich hätten die weißen Amerikaner einen höheren IQ (Intelligenzquotient; d.Seiz.) als die Neger, hingegen aber die Juden und die weißen Amerikaner einen höheren IQ als die Europäer. Dies liegt daran, daß die Juden die Intelligenz geachtet hätten, d.h. die Rabbiner haben ihre Kinder mit Rabbinerkindern verheiratet...

Referat Frau Kistner: Nur Narren können glauben, daß wir diese Menschen... in unsere abendländische Welt hineinziehen. Wir würden uns orientalische Slums in eigenen Land schaffen. Um mit ihrer listenreichen Schläue, die keine Dankbarkeit kennt, fertig zu werden, muß man selbst Orientale sein...

Referat Prof. Schmidt-Kaler: Der Druck von außen brauche einen Gegendruck, also

dem o.g. Podiumsgespräch hat der Berliner Innenminister Lummer seine Vorschläge zum Ausländergesetz angenommen und durchgesetzt!

Weitere Daten zu den Professoren:

Prof. Dr. phil. W. Haverbeck, Vorsitzender des "Weltbundes zum Schutze des Lebens", gründete in Vlotho/Weser das "Kollegium Humanum". Lebenslauf: Wandervogelbewegung, NS-Studentenbund, dann NSDAP (Strasser-Flügel).

Prof. Dr. rer. nat. J. Illies, Jahrgang 1925, Honorarprofessor Uni Gießen, Leiter der Limnologischen Flußstation Schlitz des Max-Planck-Instituts für Limnologie.

Prof. Dr. med. P. Manns, Jahrgang 1923, Honorarprofessor der Uni Mainz, stellvertretender Direktor der Abteilung Abendländische Religionsgeschichte im Institut für Europäische Geschichte Mainz.

Prof. Dr. med. H. Schade, Jahrgang 1907, em.o. Professor in Düsseldorf, Spezialgebiete: Humangenetik (!), Bevölkerungsbiologie (!), Anthropologie, hat sich 1943 in diesen Bereichen habilitiert.

Prof. Dr. rer. nat. Th. Schmidt-Kaler, Jahrgang 1930, Mathematiker o. Professor an der Uni Bochum.

Prof. Dr. rer. nat. H. Schröcke, apl. Professor Uni München, Abteilungsvorstand am Institut für Kristallographie und Mineralogie.

Prof. Dr. med. K. Schürmann, o. Professor Uni Mainz, Direktor der Neurochirurgischen (!) Uniklinik.

Prof. Dr. phil. F. Siebert, Jahrgang 1904, habil. Professor Uni Mainz, neuere und neueste Geschichte.

Es hat in einigen Städten schon Proteste gegen diese Professoren gegeben, z.B. in München. Bisher ist aber von offizieller Seite noch gegen keinen von ihnen etwas unternommen worden.

Keine Faschisten an bundesdeutschen Hochschulen!!!  
Stoppet die Ausländerfeindlichkeit!!!

### "Hoffentlich bald mehr!"

Von einem 'deutschen Freund' erhielt eine Berlinerin diesen anonymen Brief zugeschickt. Hintergrund der Sache: Die Tochter der Briefempfängerin hatte einen Türken geheiratet. Ein Kommentar ist wohl überflüssig:

"Ich habe am Donnerstag Nachmittag im Fernsehen Ihre Sendung gesehen. In fand es Unmöglich das sich schon das Deutsche Fernsehen für Ihre Ausländerpöpleme Sendezeit beansprucht die allein uns Deutsche gehört. Ich kann nur sagen ich hoffe möge bald die Zeit wiederkommen. Das wir Deutsche wieder Deutsche sein können.

Und die 4 Mio Ausländer hingehen da wo sie hingehören, oder sonst Aufhängen oder Vergasen, vor allen die Männer die mit Ausländer verheiratet sind und alle Deutschen. Dazugehören auch einige SPD Politiker unter andern Kansler Schmidt - Verräter/Karsten (Verbrecher Lambsdorf (Ausbeuter, und viele mehr. Ich bin 47 Jahre und so wie ich Denke Denken Mio Deutsche. Mögen unsere Häuser und Straßen von allen Ausländer befreit werden.

und unsere Straßenlaternen mit den Leichen schmücken. damit kein Ausländerschwein wowie all Ihre Huren und Zuhälter. Deutschen mütterboden je mehr betreten.

Und Deutsche Frauen wieder Deutsche Kinder gebären und Sauberest Blut in den Adern fließt."

(Quelle: IAF - Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen)

## WEGEN GUTER ARBEIT

Vom 9. - 30.1.1982 veranstaltete die Stadt Braunschweig in Zusammenarbeit mit dem Förderkreis ausländische Arbeitnehmer und dem Amt für Industrie- und Sozialarbeit der ev.-luth. Landeskirche eine Fotoausstellung mit dem Thema "Morgens Deutschland - abends Türkei". Parallel zu der Ausstellung lief ein Rahmenprogramm, das u.a. verschiedene Filme, eine Podiumsdiskussion zum Thema "Ausländerpolitik" mit der Bundesbeauftragten für Ausländerfragen der Bundesregierung, Frau Lieselotte Funcke, der Vorsitzenden der IAF, Rosi Wolf-Almanasreh u.a. enthielt. Verantwortlich für Planung und Durchführung des Programms war das Amt für Industrie- und Sozialarbeit.

Nun, nachdem die Veranstaltung sehr erfolgreich zu Ende ging (mehr als 5000 Menschen hatten die Ausstellung gesehen), soll ein Mitarbeiter des Amtes für Industrie- und Sozialarbeit, Holger Schwenck, wegen seines Engagements bei der Veranstaltungsreihe gekündigt werden. Paradoxerweise hatten sich vorher noch Vertreter der Landeskirche offiziell bei Holger für seinen Einsatz bedankt.

Bitte wendet Euch gegen die Kündigung und schreibt Protestbriefe an:

Landeskirchenamt der ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig  
Neuer Weg 88 - 90  
3340 Wolfenbüttel



## VIDEOCOLOR

### Türken und Deutsche Gemeinsam!

Nur selten hat ein Arbeiterkampf im süddeutschen Raum soviel Aufsehen in der Öffentlichkeit erregt wie der Kampf in der Belegschaft des Ulmer Videocolor-Werkes. Ein Grund dafür ist die offen zur Schau getragene Unverfrorenheit des französischen Großkonzerns Thomson-Brandt, zu dessen Imperium das Videocolor-Werk gehört. Im Rahmen einer Konzernumstrukturierung hat Thomson-Brandt im März das Ulmer Werk dichtzumachen. Jedoch nicht, weil die in Ulm hergestellten Farbfernseh-Röhren nicht konkurrenzfähig wären, sondern weil Thomson-Brandt die Produktion in Italien billiger weiterführen kann. So ist geplant, die hochmodernen Maschinen aus Ulm nach Italien zu verfrachten und sie dort wieder in Betrieb zu nehmen. Die Folgen dieser Konzernpolitik ist die geplante Entlassung aller 1600 Arbeiter und Angestellten in Ulm im März.

Die Entlassungen plant Thomson-Brandt zu einer Zeit, wo jeden Tag neue Nachrichten über die wachsenden Arbeitslosenzahlen in der BRD zu hören sind. Unter den bei Videocolor Beschäftigten sind viele, die 40 oder 50 Jahre alt sind und deshalb nur wenig Aussicht haben, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Und 950 Arbeiter sind Ausländer, die meisten davon Türken, die nun Angst haben müssen, als ausländische Arbeitslose diskriminiert und abgeschoben zu werden.

Doch die Belegschaft nahm die Entlassungsdrohung nicht einfach hin. Seit Mitte Januar wird der Betrieb bestreikt, die Arbeiter blei-

15./16.1. luden sie ihre Familien und Freunde in die Fabrik ein zu einer Solidaritätsveranstaltung. Ein türkischer Arbeiter erklärte, unter dem Befehl aller, es sei gleichgültig, ob jemand Deutscher, Türke, Grieche, Jugoslawe oder Italiener sei, wichtig sei nur, daß alle gemeinsam gegen die Unternehmer stünden. Soviel gemeinsame Kampfesgeschlossenheit war Thomson-Brandt zuviel. Am 19. Januar erklärte die Geschäftsführung, sie wolle 950 Arbeiter fristlos kündigen, da der Streik nach geltendem Recht illegal ist. Fristlose Kündigung bedeutet, daß die Entlassenen keine Gelder aus dem Sozialplan erhalten und daß das Arbeitsamt zwei Monate lang keine Arbeitslosenhilfe leistet. Doch der Streik geht weiter, und die Streikenden halten den Streik über ihren konkreten Fall hinaus für wichtig: 'Die Belegschaft von Videocolor sieht ihren Proteststreik auch in Stellvertreterfunktion. Sie befürchtet, daß der Modellfall für Arbeitsplatzvernichtung Ulm' Schule machen wird. Den Streikenden gibt das Bewußtsein, ihren Opfergang auch für alle anderen anzutreten, Hoffnung und Stärke. Es ist auf den ersten Blick zu erkennen, daß bei Videocolor gerade die verzweifelte Lage für alle Antrieb und Kitt ist. Die rund 950 ausländischen Mitarbeiter des Werkes sind voll dabei. Gerade bei ihnen, die theoretisch am meisten zu verlieren haben, spürt man, daß ihnen die Solidarität mit den deutschen Kollegen viel wert ist.' (Stuttgarter Zeitung, 20.1.82)

Keine Entlassungen bei Videocolor!

### KURZMELDUNGEN!!!

Die Beschlüsse des Bundeskabinetts werden nun nach Berlin auch in Hessen und NRW zum 1.4.1982 in Kraft treten. Die anderen Bundesländer werden vermutlich mit- oder nachziehen. Über die Beschlüsse im Einzelnen wurde bereits an anderer Stelle dieser turkei information berichtet. Ausnahmen von den Beschlüssen sind für sog. "Härtefälle" vorgesehen und für solche Leute, bei denen "integrationspolitische Bedenken einem Familiennachzug nicht entgegenstehen". Hierzu wird nach bundeseinheitlicher Abstimmung besondere Weisung ergehen!

Das Kirchliche Außenamt der EKD hat sich nach den Protesten verschiedener einzelner Kirchengemeinden nun auch gegen die Verschärfung der Ausländerpolitik der Bundesregierung gewandt und fordert alle kirchlichen Mitarbeiter auf, sich engagiert gegen jede Form der Ausländerfeindlichkeit einzusetzen und die Begegnung von Ausländern und Deutschen in kirchlichen Räumen zu fördern.

In einzelnen Städten der BRD haben sich Initiativen gegen die Erlasse der Bundesregierung zur Familienzusammenführung gegründet, oder bestehende Initiativen weiteten ihre Arbeit entsprechend aus. So fanden z.B. in Berlin (30 000 Teilnehmer), Hamburg (3 500), Bremen, Braunschweig und München (3 000) Demonstrationen gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung und die wachsende Ausländerfeindlichkeit statt. Der ASA der FHS München gründete einen AK 'Mehr Ausländer an deutsche Hochschulen', der hauptsächlich gegen die Aktionen der 'Heidelberger Manifest'-Unterzeichner vorgeht. Dieser AK sucht Kontakte zu Unis, an denen noch weitere Unterzeichner des 'Heidelberger Manifests' sitzen!

In Frankfurt wird das Türkei-Komitee in Zusammenarbeit mit Betriebsräten, Anwälten und Vertretern verschiedener Ausländer-Initiativen am 13.2.82 eine Veranstaltung durchführen, bei der in zwei Sprachen (deutsch/türkisch) über Inhalte und Folgen der Beschlüsse informiert werden wird. Ähnliche Veranstaltungen werden zur Zeit in fast allen größeren Städten durchgeführt.

Die IAF und die AL/Grünen hatten jeweils zum 16.1.1982 zur Gründung einer 'Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit' aufgerufen. Beide Initiativen wurden am 30.1.82 bei einer vom VIA initiierten Treffen zusammengeführt. Der nächste Treff dieser gemeinsamen Initiative findet am 6.3.82, 15.00 Uhr, in Frankfurt, Haus Riederwald, statt. Als erste bundesweite Aktion des Bündnisses wird im Juni in Duisburg ein Ausländerkongreß mit Arbeitsgruppen zu verschiedenen ausländer-spezifischen Themen stattfinden.

# 666 Bergarbeiter aus Yeni Çelték Gewerkschafter von Yeralu Maden-İş Antifaschisten von Devrimci Yol werden vorm Kriegsgericht Erzincan angeklagt

## Der Umfang des Prozesses

Obwohl die Militärstaatsanwaltschaft in Erzincan die 352-seitige Anklageschrift schon am 17.8.1981 fertigstellte (dann vervielfältigt und als Buch drucken ließ), ist bis heute der Prozeßbeginn noch nicht klar. Es gibt eine ganze Menge Angeklagte, deren Befragung noch nicht endgültig abgeschlossen ist (d.h. aus denen man noch nicht die gewünschten Geständnisse herausgepreßt hat), sodaß die Anklageschrift an diesen Punkten noch einer Ergänzung bedarf.

Die zuständigen Militärstaatsanwälte sind Adil Küçükay und Gürkan Ersoy; die Tagetab Nr. ist 1980/322, das Geschäftszeichen 1980/289, und das Urteil bekommt die Nummer 1981/535.

In diesem Prozeß werden die Arbeiter des Bergwerkes Yeni Çelték, sowie die angeblichen Mitglieder von Devrimci Yol aus den Orten Suluoova, Havza, Merzifon und Vezirköprü angeklagt. Insgesamt beträgt die Zahl der Angeklagten 666, die sich folgendermaßen nach Berufsgruppen verteilen:

Arbeiter	478
Bauern	105
Selbständige	49
Lehrer	19
Schüler/Studenten	8
Ingenieure	3
Techniker	3
Rechtsanwalt	1

Die Arbeiter sind bis auf 10 alle von Yeni Çelték.

Auch aus dieser Aufstellung ergibt sich die Besonderheit des Prozesses. Neben der großen Anzahl an Arbeitern fällt die Menge an Bauern und Landarbeitern auf. Allein von dieser Warte her kann man das Verfahren in zweierlei Hinsicht als MASSESSENPROZESS bezeichnen.

Man hat in diesem Prozeß die Arbeiter von Yeni Çelték und die Angehörigen von Devrimci Yol in der weiteren Umgebung gemeinsam angeklagt, weil der Staatsanwalt davon ausgeht, daß die Gewerkschaft Yeralu Maden-İş unter der Vorherrschaft von Devrimci Yol gestanden hat, und alle Aktivitäten in dieser Richtung geplant wurden. In den allgemeinen Anklagepunkten, die zu Anfang der Anklageschrift aufgelistet sind, kommt dies zum Ausdruck:

1. Aufbau einer marxistisch-leninistischen, ideologisch gefärbten Organisation, mit dem Ziel, durch verbreitete Zweigstellen in der gesamten Türkei sich auszudehnen und durch die Leistung der militanten Mitglieder die Verfassung der Türkischen Republik ganz oder teilweise zu verändern oder umzustürzen, oder gewaltsame Anstrengungen zu ihrer Beseitigung zu unternehmen.

2. Beteiligung an den Vergehen zu 1.

3. Mit dem Ziel der Veränderung oder des Umsturzes oder der gewaltsamen Abschaffung der Verfassung der Türkischen Republik, eine ideologische Besetzung des Braunkohle-Betriebes Yeni Çelték durchzuführen, die Produktionsstätte und die Produktionsmittel im Namen der Organisation zu beschlagnahmen und im Namen der Organisation zu betreiben, und Grund für die Schließung des Betriebes darzustellen.

4. Gründung eines Vereins mit dem Ziel der Errichtung der Gewaltherrschaft einer sozialen Klasse über eine andere, diesen Verein leiten oder anleiten.

5. In einen solchen Verein eintreten.

6. Teilnahme an der ideologischen Besetzung des Betriebes, an dem ungesetzlichen Streik und den ungesetzlichen Produktionsaktionen, die zur Schließung des Betriebes führten.

7. Schmuggel, um marxistisch-leninistischen Organisationen, den militanten

Mitgliedern Waffen und Munition zu beschaffen.

8. Trotz des Nachforschens der Regierung Schuldigen Unterschlupf gewähren, oder ihnen helfen; Nichtmitteilung des Aufenthaltes von Personen, die steckbrieflich gesucht werden; geheime Behandlung von militanten Mitgliedern und Nichtmitteilung an die zuständigen Stellen.

9. Gewalt gegen Personen, gemeinsame Verweigerung, Auflehnung gegen die Regierung, gemeinsamer Widerstand, indem mehr als 5 Personen zusammenkommen.

10. Töten eines diensthabenden Staatsbeamten, versuchter Mord an mehr als einem Staatsbeamten, Beschließung eines Polizei-Streifenwagens und versuchter Mord durch Bombenüberfall; Beteiligung an diesen Vergehen.

Bis auf die Punkte 3. und 6. handelt es sich um die üblichen Anklagepunkte, die auch aus anderen Prozessen bekannt sind. Hier sind eben die berühmt-berichtigten § 141 (aus der faschistischen Mussolini-Verfassung) und § 146 angesprochen. In den Punkten 3. und 6. werden dann direkt Aktionen am Arbeitsplatz mit bestimmten Strafen belegt. Die Anzahl der Angeklagten zeigt, daß fast die halbe Belegschaft von Yeni Çelték hier vor Gericht steht.

Für die Angeklagten werden folgende Strafmaße gefordert (jeweils nach dem entsprechenden Paragraphen):

1.	63	Todesstrafe	§ 146/1
2.	115	5-15 Jahre	§ 146/1-3
3.	1	Zuchthaus	§ 150
4.	4	8-15 Jahre	§ 141/1
5.	18	5-12 Jahre	§ 141/5
6.	11	bis 5 Jahre	§ 296/1
7.	320	bis 5 Jahre	§ 201/2
8.	2	verschieden	verschieden

Hieraus ist zu ersehen, daß von den zu nächst beschuldigten 666 Angeklagten noch 534 angeklagt werden. Für die übrigen ergibt sich folgendes Bild:

Einstellung des Verfahrens	20
Einstellung bei Arbeitern	85
Pause in der Beweisaufnahme	24
Tot Festgenommene	3

Zu den Personen, bei denen die Beweisaufnahme vorläufig ausgesetzt wurde, gehört auch der Vorsitzende der Gewerkschaft Yeralu Maden-İş, der laut Zeitungsberichten vom 10.7.81 in Istanbul verhaftet wurde. Mehrere Male wurde er nach Auskünften der 'alternativen türkierhilfe' zu Folterungen abgeführt. In der Pressemitteilung der 'alternativen türkierhilfe' vom 15.10.81 heißt es, daß Cetin Uygur zunächst 66 Tage lang gefoltert wurde und am 6.10.81 wieder zur politischen Polizei gebracht wurde, um erneut gefoltert zu werden. Über sein Schicksal ist momentan nichts bekannt.

## Die Anklageschrift im Einzelnen

Wir wollen hier keine weiteren Auszüge aus der Anklageschrift wiedergeben, sondern uns mit einigen Bemerkungen zum Aufbau dieses Pamphletes begnügen. Wie schon oben erwähnt, umfaßt die Anklageschrift 352 Seiten. Sie hat folgende Abschnitte:

1. Die Vergehen
2. Die Beschuldigten
3. Marxismus-Leninismus und das türkische System, allgemein
4. Gründe, die den Boden für die Entwicklung der Terrororganisationen in der Türkei bildeten
5. Die Bewegung 'Devrimci Yol' und die Einheiten in den Gebieten, die an Yeni Çelték angeschlossen sind, im besonderen
6. Einige Schulelemente, die den Beschuldigten zur Last gelegt werden
7. Einzeluntersuchung der Aktionen der Beschuldigten und Anwendung der entsprechenden Paragraphen für die Be-

schuldigten

8. Anklage

Es kostet nicht viel Mühe, hinter einer solchen Gliederung sehr verworrene Vorstellungen zu vermuten. Allein schon das Gerüst für ein solches Opus zeigt, wie wenig die Militärstaatsanwälte im Grunde der Aufgabe einer hieb- und stichfesten Anklage gerecht werden (nun ja, unter den derzeitigen Verhältnissen ist das wohl nicht mehr so wichtig). Auf einige weitere Schwächen der Anklageschrift kommen wir unten noch einmal zurück.

Zu Punkt 2. der Anklageschrift sind außerdem oben schon verarbeitete Material über Berufszugehörigkeit noch andere statistische Daten vorhanden. Diese Daten beziehen sich zum einen auf das ALTER DER ANGEKLAGTEN. Da nur bei 11 Beschuldigten das Geburtsdatum fehlt, läßt sich eine genaue Altersaufteilung abgeben:

Altersgruppe	Zahl
bis 20 Jahre	55
21 bis 25	100
26 bis 30	165
31 bis 35	107
36 bis 40	74
41 bis 45	71
46 bis 50	73
älter als 50	10

Ohne Vergleichsdaten mit anderen Prozessen zu haben, kann man hier wohl sagen, daß aus allen Altersgruppen Menschen vertreten sind, ja man sollte hinzufügen, daß hier schon etwas ältere Menschen überdurchschnittlich vertreten sind, was wiederum eine Besonderheit dieses Prozesses ausmacht. Im Schnitt liegt das Alter der Beschuldigten bei 33 Jahren.

## Dauer der vorläufigen Haft

Bis hinein in den Europarat wurde die Frage der vorläufigen Festnahme durch Polizei und Militär in der Türkei diskutiert. Die Dauer dieser Zeit für Verhöre, bei denen weder ein Staatsanwalt noch ein Richter hinzugezogen zu werden braucht (und natürlich auch Verteidigerkontakt strikt verboten ist), war in den verschiedenen Perioden kurz vor und nach dem Putsch zunächst von 4 auf 15 Tage, dann auf 30 und schließlich durch die Militärs auf ganze 90 Tage heraufgesetzt worden (das sind drei Monate!).

In der Anklageschrift wird die Dauer der vorläufigen Haft zwar nur bei 154 Personen angegeben. Aber schon diese Zahlen sind aufschlußreich genug:

0 bis 15 Tage	niemand
15 bis 30 Tage	1
30 bis 45 Tage	7
45 bis 60 Tage	43
60 bis 75 Tage	35
75 bis 90 Tage	31
mehr als 90 Tage	37

Es gibt also niemand, der entsprechend der bundesdeutschen Gesetzgebung nur für 48 Stunden festgehalten worden wäre. Selbst in Südafrika liegt die offizielle Dauer der vorläufigen Haft noch unter der kürzesten Dauer bei dieser Aufstellung (dort sind es 14 Tage). Praktisch alle Aufgeführten mußten mehr als anderthalb Monate in der Haft zubringen, bevor sie offiziell durch Staatsanwalt oder Richter inhaftiert wurden. Und... was noch viel erstaunlicher ist: in der Anklageschrift wird zugegeben, daß ein Großteil der Gefangenen über mehr als 90 Tage festgehalten wurde. Hier darf jeder kritische Leser ruhig hinzufügen, daß diese Personen über mehr als 90 Tage gefoltert wurden (oder aber in den ersten Monaten so sehr gefoltert wurden, daß sie nicht so schnell wieder auf die Beine gebracht werden konnten). Dieses trifft für knapp 1/4 der Gefangenen zu. Schaut man einmal in die Liste, so werden die Zahlen noch grausamer:

Yaşar Yılmaz	160 Tage
A. Sabri Yavuz	160 Tage
Mustafa Büyüker	179 Tage
Hikmet Hamarat	180 Tage

## Die Kritik der marxistisch-leninistischen Ideologie

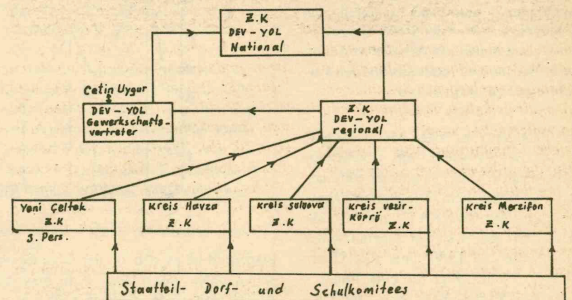
Wie schon bei der Anordnung der einzelnen Punkte, so waren die Militärstaatsanwälte natürlich auch überfordert, als es darum ging, den Marxismus-Leninismus einer kritischen Bestandsaufnahme zu unterziehen. Die Abschnitte über die allgemeine Theorie zeigen zwar Fleiß bezüglich der vielen Zitate, die man ausgesucht hat. Es steht hier aber zu vermuten, daß diese Abschnitte bei anderen Anklageschriften abgeschrieben sind, weil auch an anderen Stellen eine Zusammenarbeit mit den Militärstaatsanwälten anderer Regionen zu verzeichnen ist.

Natürlich haben die Offiziere für die Anklageschrift nur solche Passagen zitiert, die sie ihrer Meinung nach leicht widerlegen können. Aus dem Kommunistischen Manifest sind z.B. nur jene Passagen ausgewählt, in denen Marx/Engels etwas über die Religion oder die Familie sagen. An diesen Punkten dürfen die Staatsanwälte sowohl mit der Unterstützung der öffentlichen Meinung als auch mit der der Richter rechnen (die ja wie sie Soldaten sind). Überhaupt scheint es das einzige Bestreben der juristisch auftretenden Offiziere gewesen zu sein, den Angeklagten und Richtern zu beweisen, daß der Marxismus-Leninismus nicht mit der friedlichen Koexistenz der Klassen in der Türkei zu vereinbaren ist. Daß die Paragraphen, die ein Eintreten für die Arbeiterklasse verbieten, aus der faschistischen Mussolini-Verfassung übernommen wurden, braucht ein solcher Staatsanwalt natürlich nicht zu erwähnen.

Noch lächerlicher wird die Kritik, wenn sie über die Organisation Devrimci Yol geht. Hier werden zwar auch sehr lange Zitate aus der 'Grundsatzklärung' und anderen Publikationen wiedergegeben, aber es gelingt natürlich nicht, ein auch nur ansatzweise glaubwürdiges Gesamtbild der theoretischen Grundlagen darzulegen. Als Kronzeugen werden zwei Verhaftete aus der Region Fatsa angeführt: Adnan Keskin und Erol Kartal. Da gerade sie es sind, die die Theorie von Devrimci Yol erläutern, ist klar, daß hier die Staatsanwälte wohl abgeschrieben haben, wie schon oben vermutet.

## Die Organisationsformen

Sehr weit hinten in der Anklageschrift werden erst die erforderten Aussagen ausgewertet, indem die Staatsanwaltschaft auf die Formen der Organisation eingeht. Allerdings müssen die Militärstaatsanwälte entweder geschlapt haben, oder aber nicht genügend Informationen verglichen haben, denn an vielen Punkten widerspricht sich die Anklageschrift selber. Insbesondere bei der Zusammensetzung der einzelnen Komitees werden unterschiedliche Zahlen erwähnt. Wir möchten hier nicht das Verwirrspiel der Staatsanwaltschaft nachvollziehen, sondern geben die Organisationsformen anhand eines Schaubildes wieder.



Aus diesem Schaubild soll eine hierarchische Ordnung hervorgehen. Aber bestimmte Zweige dieses Schaubildes sind in der Anklageschrift gar nicht oder nur dürftig dargestellt. Insbesondere die Verbindung zu den oberen Komitees ist etwas, das fast komplett fehlt.

An dieser Stelle der Anklageschrift wird dtändig versucht, die verschiedenen existenten legalen Organisationen (über die Gewerkschaft bis hin zu Vereinen wie das Volkshaus oder DIK-GER (Fortschritt-

liche Dorfjugend) bis hin zu YABA-DER (ein Verein von auswärtigen LKW-Fahrern) als Scheinorganisationen der illegal bezeichneten Organisation Devrimci Yol zu diffamieren. Hier wird peinlich genau eine Entwicklung beschrieben, wie sie angeblich in der Kohlengrube und in den umliegenden Orten abgelaufen sein soll. In Yeni Çelték soll der Einfluß von Devrimci Yol in folgender Weise angewachsen sein:

1. betriebliche Gewerkschaft trennt sich von Türk-İş und schließt sich der Yeralu Maden-İş an
2. Ausschaltung der Funktionäre von Türk-İş (nachdem 4 Personen ermordet worden waren)
3. Auseinandersetzung in der Führung von Yeralu Maden-İş und danach erneute Säuberung
4. Übernahme der Leitung von Yeni Çelték und Herrschaft über den Betrieb

## Vorwürfe gegen die örtlich Organisierten

Neben dem Bergwerk von Yeni Çelték spielt in diesem Prozeß auch eine Umgebung von ca. 40 km Radius eine Rolle. Nach wie vor steht aber das Bergwerk selbst im Mittelpunkt. Nicht nur die Anzahl der Angeklagten, sondern auch die Art der Vorwürfe gibt den Kohlearbeitern eine Sonderstellung. In der Einzelaufstellung der 'Verbrechen' finden sich folgende Anschuldigungen:

1. Aufmalen von Parolen der Devrimci Yol im Bergwerk und in der Umgebung
2. In Ausbildungskursen für Arbeiter wurden unter großer Anzahl von Arbeitern Themen wie "Kampf gegen Faschismus", "Revolutionarismus", "Marxismus/Leninismus" in Kursen, Vorträgen und Seminaren behandelt.
3. Es wurden Flugblätter verteilt, die marxistisch-leninistische Ideologie und die Ansichten von Devrimci Yol enthielten.
4. Jede Art von marxistisch-leninistischer Literatur wurde verteilt.
5. Flugblätter zum 1. Mai, Plakate, Aufkleben von Etiketten, Aufhängen von Bombenplakaten oder Postern.
6. Bewaffnung der Organisationsangehörigen, der Betrieb Yeni Çelték wurde zum Waffenlager.

Es ist zwar richtig, daß eine Bewaffnung der Arbeiter stattfand, nachdem sie merken, daß man sie mit Gewalt vertreiben wollte. Wo aber die eigentliche Gefährlichkeit lag, zeigen die Punkte davor. So erwähnt die Anklageschrift mit großer Verachtung, daß mehrere LKWs notwendig waren, um die verbotene Literatur abzutransportieren (u.a. auch die Tageszeitung 'Demokrat').

Voller Entrüstung wird von den Militärstaatsanwälten konstatiert, daß die Arbeiter es gewagt haben, sich gegen die herrschende Ordnung zu wenden. Wörtlich heißt es:

"Die größte Aktion, die in Yeni Çelték durchgeführt wurde, ist dies: UNGESETZLICHE BESETZUNG, NACHDEM DER BETRIEB GESCHLOSSEN WURDE, BESCHLAGNAHME DER PRODUKTIONSMITTEL, VERGESELLSCHAFTUNG DER PRODUKTION IM NAMEN DER ORGANISATION UND ILLEGALE WIDERSTANDSAKTIONEN."

Da die Staatsanwaltschaft selber schon die Worte groß geschrieben hat, braucht man dem wohl nichts mehr hinzuzufügen.

# 600 Bergarbeiter aus Yeni Çeltek Gewerkschafter von Yeraltı Maden-iş Antifaschisten von Devrimci Yol werden vorm Kriegsgericht Erzincan angeklagt

Vor dem Kriegsgericht der 3. Armee in Erzincan wird ein sehr aufschlußreicher Prozeß vorbereitet. Die Staatsanwaltschaft hat dieses Verfahren auch sinnigerweise 'Yeni Çeltek (dies ist das Bergwerk, wo die Arbeiter beschäftigt waren) und THKP/C Devrimci Yol' genannt. Bevor wir jedoch auf diesen Prozeß näher eingehen, sollte etwas von der Vorgeschichte dieses Bergwerks in Yeni Çeltek und der Gewerkschaft 'Yeraltı Maden - İş' (Bergarbeitergewerkschaft) berichtet werden.

Nachdem 1975 die Bergarbeiter begonnen hatten, sich in der Gewerkschaft 'Yeraltı Maden - İş' zu organisieren, kam es in den Jahren 1976 und 1978 zu zwei Streiks, bei denen die Arbeiter ihre Forderungen weitestgehend durchsetzen konnten. Der Streik im Jahre 1978 dauerte z.B. 20 Tage, an deren Ende alle Forderungen akzeptiert waren, außer der Forderung, daß der Unternehmer nicht ohne weiteres aussperren oder Produktionsstop verordnen durfte.

Aus diesem Grunde wundert es nicht, daß von den wenigen noch in der 'Maden - İş' Gewerkschaft organisierten Arbeitern praktisch alle zu 'Yeraltı Maden - İş' wechselten. (Maden - İş gehörte Türk - İş an und Yeraltı Maden - İş war dem DISK angeschlossen). Schon kurz nach der Gründung besaß 'Yeraltı Maden - İş' mehr als die Hälfte der insgesamt 980 Arbeiter, sodaß das Tarifrecht auf ihrer Seite lag.

Im Jahre 1980 spitzten sich die Konflikte erneut zu. Ein weiterer Tarifabschluß stand ins Haus. Aber die Verhandlungen führten zu keinem guten Ende. Außerdem hatte sich die allgemeine Mißstimmung unter den Arbeitern auch wesentlich gesteigert. Niemand hatte vergessen, daß im Februar 1980 die streikenden Arbeiter von TARİŞ durch das Militär überfallen worden waren. Als dann schließlich in Yeni Çeltek die Lohnverhandlungen scheiterten, bestimmte der Arbeitgeber kurzum, daß er die Arbeitsstätte geschlossen habe.

Es braucht wohl nicht erwähnt zu werden, daß er sich dabei nicht an gesetzlich vorgeschriebene Fristen oder andere Bestimmungen hielt. Den Arbeitern eröffnete er am 24. April 1980 den Beschluß, woraufhin diese in einer Urabstimmung am 27.4.80 beschlossen, in den Streik zu treten. Am 30. Mai begann dann der Streik. Bis zu diesem Datum hatten die Arbeiter versucht, in dem Betrieb die Produktion und den Vertrieb selber zu organisieren.

Und siehe da, zum ersten Mal wirtschaftete der Betrieb wieder mit Überschuß, und es gab in der Umgebung keinen Schwarzmarkt für Kohle mehr. Die großen Tageszeitungen 'DEMOKRAT' und 'CUMHURİYET' setzten sich in längeren Serien gegen Ende Juli 1980 unter den Überschriften 'Neues Ziel für eine Punkt-Operation: Yeni Çeltek?' oder 'Ist Yeni Çeltek an der Reihe?' mit der Situation in dem Bergwerk auseinander. Trotz unterschiedlicher politischer Ausrichtung der beiden Zeitungen war in beiden Fällen die Schlußfolgerung die gleiche: hier handeln der Unternehmer und der Staat unter Absprache nach reiner Willkür. In beiden Zeitungen wurde die Befürchtung geäußert, daß es über kurz oder lang zum Einsatz des Militärs in den Kohlengruben kommen könne, um ähnlich wie in TARİŞ einen Streik und Betriebsbesetzung zu brechen.

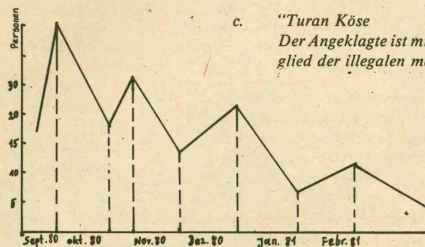
## Operationen

Die Verhaftungswelle nach dem 12.09.1980 zeigt, daß die Pläne für einen militärischen Einsatz auch für Yeni Çeltek schon in der Schublade lagen. Für eine bestimmte Anzahl der in dem oben erwähnten Prozeß Angeklagten liegen die Daten der Festnahmen vor. Hiernach ergibt sich folgendes Bild:

Datum der Festnahme:	Personen	Anteil %
12.09.-30.09.	48	30
Oktober	30	18
November	14	8
Dezember	40	25
Januar	17	9
Februar und später	19	10

Hieraus ist zu ersehen, daß schon in den ersten 18 Tagen 30% der Festnahmen erfolgten (obwohl nur für 168 Gefangene diese Daten vorliegen, lassen sich die Prozente als Verallgemeinerung errechnen, weil in jeder Periode immer nur eine Auswahl von Personen erfaßt wurde). Nimmt man zu den ersten 18 Tagen noch den Monat Oktober dazu, so ergibt sich, daß in den ersten anderthalb Monaten fast die Hälfte der Beschuldigten festgenommen wurde.

Was nicht in der Anklageschrift zu lesen ist, das ist die Tatsache; daß die Festnahmen sich nicht nur auf die jetzt Angeklagten beschränkten, sondern daß auch alle möglichen Freunde und Verwandte, Geschwister und Eltern festgenommen wurden. Nachdem durch entsprechende Verhörmethode (Folter) neue Auskünfte zusammengetragen worden waren, erfolgte eine neue Verhaftungswelle, an deren Ende man wieder einige freilassen konnte, aber erneut genügend Informationen zusammen hatte, um einen dritten Zugriff zu starten. Eine entsprechende Grafik für Yeni Çeltek ergibt, daß es insgesamt drei solcher Höhepunkte (Verhaftungswellen) gegeben hat:



Insgesamt ist es also zu vier Oparationshöhepunkten gekommen, wenn man die Aktion von Ende Februar noch hinzunimmt. Hier wurden aber nur noch die zurückgebliebenen, zerstreuten Kräfte aufgesammelt. Die Operation dauerte denn auch nicht sehr lange. Anhand der Angaben in der Anklageschrift lassen sich folgende Daten für die Verhaftungswellen festhalten:

Erste Operation	12.09.80 bis 20.10.80
Zweite "	21.10.80 bis 30.11.80
Dritte "	01.12.80 bis 31.01.81
Vierte "	nach dem 01.02.81

## Tot Festgenommene

Wenn man sich einmal die lange Liste der Festnahmen anschaut, so wird ein Unterschied zu anderen Regionen deutlich. Kaum irgendwo wurde so schnell etwas unternommen (mit Ausnahme von Fatsa) wie in Yeni Çeltek. Außerdem konzentrierten sich die Festnahmen nicht nur auf 'führende Köpfe', sondern reichten bis in die breitesten Massen, wie es sonst nur in einigen Landstrichen von Kurdistan und in den 'Gecekondus' (Slums) der Fall war.

Wen wundert es da, daß die Aktionen mit der größten Grausamkeit durchgeführt wurden. Ziemlich weit zum Schluß der Anklageschrift werden einige Namen von 'tot Festgenommenen' genannt, deren 'Vergehen' zwar in der Anklageschrift mit aufgeführt sind, die aber nicht mehr angeklagt werden konnten. Der Originaltext an diesen Stellen lautet:

a. "Adem Özer (Ali Hoca)  
Der Beschuldigte, der Vertreter der illegalen marxistisch-leninistischen Organisation Devrimci Yol in Su-luova war, zog während des Eingriffs vom 12.09.1980 mit Waffen in die Berge, und während einer von den Sicherheitskräften durchgeführten Operation reagierte er nicht auf die Aufforderung sich zu ergeben, eröffnete das Feuer gegen die Sicherheitskräfte und wurde bei der bewaffneten Auseinandersetzung tot festgenommen..."

b. "Bayram Lafci (Nevzat)  
Das militante Mitglied der illegalen marxistisch-leninistischen Organisation Devrimci Yol ist während des Eingriffs vom 12.09.1980 mit Waffen in die Berge von Havza gezogen und hat dort mit Sadi Cirak und Freunden eine bewaffnete Bande gegründet. Während der Operation der Sicherheitskräfte vom 03.12.1980 kam er der Aufforderung sich zu stellen nicht nach, und am Ende der bewaffneten Auseinandersetzung wurde er tot festgenommen..."

c. "Turan Köse  
Der Angeklagte ist militantes Mitglied der illegalen marxistisch-leninistischen Organisation Devrimci Yol. Während des Eingriffs vom 12.09.1980 zog er mit anderen Militanten bei Havza auf den Berg Susuz. Dort bildete er zusammen mit Sadi Cirak und Freunden eine bewaffnete Bande. Während der Operation der Sicherheitskräfte vom 09.12.1980 hörte er nicht auf die Warnung sich zu ergeben und ließ sich auf eine bewaffnete Auseinandersetzung mit den Sicherheitskräften ein. Bei dieser Auseinandersetzung wurde der Angeklagte getötet."



Protest gegen Kahramanmaraş-Massaker



Warnstreik am 20. März 1978